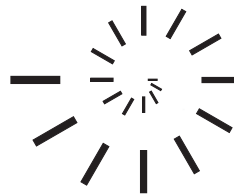




# WÜRTTEMBERGISCHER **G**ESCHICHTS- UND **A**LTERTUMS**V**EREIN

**Pädagogische Hochschule  
Schwäbisch Gmünd**  
University of Education



## **Landesgeschichte in Forschung und Unterricht**



---

**13. Jahrgang**

# **Landesgeschichte in Forschung und Unterricht**

Beiträge des Tages der Landesgeschichte in der Schule  
vom 26. Oktober 2016 in Bad Mergentheim

Herausgegeben für den  
Württembergischen Geschichts- und Altertumsverein

die

Abteilung Geschichte  
des Instituts für Gesellschaftswissenschaften  
der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd

und die

Abteilung Geschichte  
des Instituts für transdisziplinäre Sozialwissenschaft  
der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe

von Gerhard Fritz und Frank Meier

**13. Jahrgang**

2017

## **Impressum**

Alle Rechte vorbehalten  
© Pädagogische Hochschule Schwäbisch Gmünd  
Institut für Gesellschaftswissenschaften  
2017

urn:nbn:de:bsz:752-opus4-664

# Inhaltsverzeichnis

VORWORT	4
TAGUNGSORTE DES TLG	6
FREIE BEITRÄGE	7
<i>Gerhard Fritz</i> unter Mitarbeit von <i>Jessika Sita</i> Was können Geschichtsstudenten III? (Fortsetzungsstudie 2012-2017)	7
<i>Frank Meier</i> Abgegrenzt oder offen? Grenzen als Thema des historischen Lernens	23
<i>Ngozi Heidelberger-Josiah</i> Glaubensflüchtlinge in Württemberg am Beispiel der Waldenser in Palmbach	38
TAGUNGSBEITRÄGE	
<i>Christoph Bittel</i> Politische und konfessionelle Grenzen in Tauberfranken. Versuch eines Überblicks	54
<i>Michaela Grund</i> Grenzen und deren Überschreitungen in Konflikten der frühneuzeitlichen Dorfgesellschaft. Eine landesgeschichtliche Vertiefung im Geschichtsunterricht der Oberstufe	72
<i>Michael Kitzing</i> Landesparlamentarismus nach 1945 als Gegenstand der wissenschaftlichen Forschung – ein Thema auch für die Schule?	79
AUTORINNEN UND AUTOREN	90



## VORWORT

Der 39. „Tag der Landesgeschichte in der Schule“ fand am 26. Oktober 2016 in Bad Mergentheim im Mittelstandszentrum statt. Nachmittags tagten die Arbeitsgruppen im Deutschordens-Gymnasium und im Deutschordens-Museum. Leitthema war „Grenzen ziehen – erweitern – überschreiten“. Nach der Begrüßung der Teilnehmer durch Gerhard Fritz und Frank Meier wurde der 12. Band der Reihe „Landesgeschichte in Forschung und Unterricht“ präsentiert. Dr. Ulrich von Sanden von der Abteilung Schule und Bildung im Regierungspräsidium Stuttgart und Oberbürgermeister Udo Glatthaar hoben in ihren Ansprachen die Bedeutung der Regionalgeschichte für den Geschichtsunterricht in der Schule hervor. Das Engagement des Oberbürgermeisters und sein Interesse an dem Tagungsthema beeindruckten.

Die eigentliche Arbeit des Tages begann mit zwei Grundsatzreferaten mit anschließender Diskussion. Christoph Bittel führte in die Geographie und Geschichte Tauberfrankens ein, indem er die verwickelte, aber für das Verständnis des Phänomens „Grenze“ wichtigen Territorialverhältnisse der Region einführt. Michaela Grund stellt nicht nur geographische Grenzen dar, sondern zeigt, wie territoriale Grenzen mit sozialen Grenzen verbunden waren. Beide Beiträge werden im Folgenden abgedruckt.

Ulrich von Sanden stellte in seinem Referat „Landesgeschichte im Bildungsplan 2016“ dar, welcher Stellenwert der Landesgeschichte als ergänzendes Element zur Globalgeschichte zukommt. Von den auf dem „Tag der Landesgeschichte in der Schule“ gehaltenen unterrichtspraktischen Beiträgen drucken wir den Aufsatz von Michael Kitzing ab, der den „Landesparlamentarismus nach 1945 als Gegenstand der historischen Forschung“ untersucht, und fragt, inwieweit der „ein Thema auch für die Schule“ sein kann.

Die übrigen Referenten und ihre – hier nicht abgedruckten – Tagungsbeiträge waren: Claus Hanak („Die ‚doppelte‘ Grenze des Imperiums – der Odenwald-Limes rund um Mudau-Schloßbau – eine Grenzverschiebung als Machtdemonstration gegenüber den Germanen?“), Alexander Maimer und Hubert Segeritz („Grünsfeld – steingewordene Stadtgeschichte – Spielball verschiedener Landesherren: Rundgang durch die mittelalterliche Stadt im Wechsel verschiedener Herrschaften“), Kilian Mosemann („Wertheim: Auf der Suche nach einer gesicherten Existenz – Auswanderung nach Amerika im 19. Jahrhundert aus dem Main-Tauber-Kreis“) sowie Maike Trentin-Meyer („Der Deutsche Orden und Südwestdeutschland. Das Deutschordens-Museum als Lernort“).

Eine Stadtführung beschloss den Mergentheimer „Tag der Landesgeschichte in der Schule“. Insgesamt besuchten den „Tag der Landesgeschichte“ in Bad Mergentheim 82 Personen, vor allem Lehrkräfte und Studierende sowie Schülerinnen und Schüler, vormittags im Plenum, nachmittags verteilt auf die Arbeitsgruppen. Der Stadt Bad Mergentheim, den Referenten und den Teilnehmern sei für ihr Engagement herzlich gedankt.

Ein Teil der in Mergentheim gehaltenen Referate wird im nachfolgenden Text abgedruckt, ergänzt durch Nachweise in den Fußnoten.

Zusätzlich drucken wir unter den „Freien Beiträgen“ den dritten Teil der 2002 begonnenen Langzeit-Untersuchung „Was können Geschichtsstudenten?“ ab, außerdem Frank Meiers Überlegungen zur Grenze und – als studentischen Beitrag – die Studie von Ngozi Heidelberger-Josiah über Glaubensflüchtlinge im damals württembergischen Palmbach in den Jahren um 1700.

Für die Zukunft wird „Landesgeschichte in Forschung und Unterricht“ unter der künftigen Rubrik „Weitere Quellen und Forschungen“ hauptsächlich qualifizierten studentischen Beiträgen offenstehen, zu denen wir die Verfasserinnen und Verfasser geeigneter Arbeiten einladen.

Schwäbisch Gmünd und Karlsruhe, im Juli 2017

Gerhard Fritz und Frank Meier

## **TAGUNGSSORTE DES TLG, seit 1986 mit Leitthemen**

- 1978 – 1. TLG: Konstanz
- 1979 – 2. TLG: Esslingen
- 1980 – 3. TLG: Offenburg
- 1981 – 4. TLG: Ravensburg
- 1983 – 6. TLG: Pforzheim
- 1984 – 7. TLG: Heidenheim
- 1985 – 8. TLG: Villingen
- 1986 – 9. TLG: Buchen (Mittelalterliche Stadt)
- 1987 – 10. TLG: Albstadt (Französische Revolution)
- 1988 – 11. TLG: Engen (Weimarer Republik)
- 1989 – 12. TLG: Nürtingen (Kriegsende 1945)
- 1990 – 13. TLG: Bretten (Grundherrschaft und Bauern im Mittelalter)
- 1991 – 14. TLG: Urach (Frühe Neuzeit: Städte, Residenzen)
- 1992 – 15. TLG: Freiburg (Zweiter Weltkrieg)
- 1993 – 16. TLG: Öhringen (Revolution 1848/49)
- 1994 – 17. TLG: Ettlingen (Bonn und Weimar)
- 1995 – 18. TLG: Sigmaringen (Ende des Zweiten Weltkriegs)
- 1996 – 19. TLG: Weil der Stadt (Vor- und Frühgeschichte)
- 1997 – 20. TLG: Säckingen (Revolution 1848/49)
- 1998 – 21. TLG: Ladenburg (Industrialisierung)
- 1999 – 22. TLG: Pfullingen (Projekte)
- 2000 – 23. TLG: Schramberg (Bevölkerungsbewegungen im 19. Jahrhundert)
- 2001 – 24. TLG: Bad Rappenau (Bevölkerungsbewegungen nach 1945)
- 2002 – 25. TLG: Mosbach (Arbeit mit Zeitzeugen, „Oral History“)
- 2003 – 26. TLG: Rottweil (Säkularisation und Mediatisierung)
- 2004 – 27. TLG: Weingarten (Barock)
- 2005 – 28. TLG: Schorndorf (Industrialisierung)
- 2006 – 29. TLG: Wertheim (Stadt – Land – Fluss: Wie bestimmen Geographie und Wirtschaft die historische Entwicklung einer Stadt und einer Region?)
- 2007 – 30. TLG: Eppingen (Parlamentarismus in Südwestdeutschland)
- 2008 – 31. TLG: Ulm (Schule und Museum)
- 2009 – 32. TLG: Reutlingen (Soziale Frage im 19. und 20. Jahrhundert)
- 2010 – 33. TLG: Müllheim (Grenzen)
- 2011 – 34. TLG: Bühl (Geschichte und Film)
- 2012 – 35. TLG: Donaueschingen (Protestbewegungen und Widerstand)
- 2013 – 36. TLG: Rottenburg (Migration)
- 2014 – 37. TLG: Waiblingen (Unbotmäßiges Land – demokratische Bewegungen vom Späten Mittelalter bis in die Gegenwart)
- 2015 – 38. TLG: Bruchsal (Minderheiten)
- 2016 – 39. TLG: Bad Mergentheim (Grenzen ziehen – erweitern – überschreiten)
- 2017 – 40. TLG: Karlsruhe (Heimat und Fremde – Perspektiven für das historische Lernen)

# **FREIE BEITRÄGE**

## **Was können Geschichtsstudenten III?**

### **(Fortsetzungsstudie 2012-2017)**

Von Gerhard Fritz unter Mitarbeit von Jessica Sita

#### **Empirische Basis**

Zum dritten Mal werden nachfolgend Fähigkeiten und Defizite zusammengestellt, die zwischen dem Sommersemester 2012 und dem Wintersemester 2016/17 an der PH Schwäbisch im Fach Geschichte erhoben wurden.<sup>1</sup>

Empirische Grundlage waren 99 Skripte zum sog. „externen Seminar“ mit insgesamt 4434 Seiten, 49 wissenschaftliche Studienabschluss-Arbeiten (im allgemeinen Sprachgebrauch inoffiziell und sachlich eigentlich längst nicht mehr zutreffend „Zulassungsarbeiten“) mit 5861 Seiten, 84 Seminararbeiten mit 1486 Seiten und 39 Klausuren zum Staatsexamen mit zusammen 577 Seiten, 29 Ausarbeitungen zur Schulpraxis (Unterrichtsentwürfe) mit zusammen 372 S. Summa summarum wurden also 12730 Seiten in insgesamt exakt 300 Arbeiten ausgewertet. Die geringe Zahl der Staatsexamensklausuren erklärt sich aus der Tatsache, dass solche schriftlichen Prüfungen zum Studienabschluss nur noch nach der Prüfungsordnung von 2003 obligatorisch waren. Diese Prüfungsordnung lief während des Untersuchungszeitraums aus. Im Wintersemester 2016/17 wurde z. B. nur noch eine einzige Examensklausur geschrieben (von einem Nachzügler, der noch unter der Prüfungsordnung von 2003 studiert). In der Prüfungsordnung 2011 und in der von 2015 gibt es – unfassbar für ein Studium, das angeblich Wert auf sprachliche und inhaltliche Exaktheit legt – nur noch mündliche Prüfungen! Hier stimmen die von der Politik oktroyierten elementaren Rahmenbedingungen nicht mehr.<sup>2</sup>

Die Seitenzahlen beziehen sich in der Regel auf Seiten in 12 Punkt großer, 1 ½-zeilig gesetzter Schrift. Lediglich bei den Klausuren lagen handschriftliche Arbeiten vor, die naturgemäß in ihrem Umfang leicht variieren.

Für die Ermittlung der Fremdsprachenkenntnis wurden 293 Studienanfänger (107 männlich, 169 weiblich, 21 ohne Geschlechtsangabe) befragt. Dies sind deutlich weniger als die 370 in der Studie des Zeitraums 2007-2012. Die Anfängerzahlen im Fach Geschichte sind also stark rückläufig. Die Gründe dafür sind in zwei Feldern zu suchen. Zum einen gilt Geschichte als anspruchsvolles Fach, und viele, die zu ihrem obligatorischen Hauptfach (Deutsch, Mathematik, Englisch) ein zweites (Verlegenheits-)Fach suchen, wählen dann lieber Fächer, die als leichter gelten. Zum andern ist zweifellos die neue Prüfungsordnung von 2011 mit verantwortlich, durch die sämtliche „kleinen“ Fächer Einbußen erlitten haben.

---

<sup>1</sup> Gerhard FRITZ: Was können Geschichtsstudenten? Eine empirische Analyse von Kompetenzen und Defiziten, erhoben in den Jahren 2002-2007. In: LGFU 3 (2007), S. 27-60 und DERS. unter Mitarbeit von Janine JAMBOR: Was können Geschichtsstudenten (teil 2). Fortsetzungsstudie: empirische Analyse von Kompetenzen und Defiziten. In: LGFU 8 (2012), S. 9-34, jeweils mit zahlreichen weiterführenden Literaturangaben. Vgl. auch: Lena GREINER: „Das Niveau sinkt“. Der Altphilologe Gerhard Wolf von der Universität Bayreuth befragte Professoren zur Studierfähigkeit ihrer Studenten – und bekam vernichtende Urteile. In: Der Spiegel Nr. 40/2012, S. 48f. Zu Wolfs Untersuchungen auch: Sarah RITSCHEL, Benjamin REIF: Nicht studierfähig? Professoren entsetzt über Bildung vieler Studenten. Dozenten sind entsetzt über den Kenntnisstand vieler Erstsemester. Manche verorten den Ersten Weltkrieg gar im 19. Jahrhundert. Aber wo hakt es im System? In: Augsburger Allgemeine 11. Juli 2016.

<sup>2</sup> Weitere Details dazu: Gerhard FRITZ: Geschichtslehrerausbildung in Baden-Württemberg, 1. Phase. In: GWU 67 (2016), S. 146-161.

## Quantitative Analyse der sprachlichen Defizite

In einer Stichprobe wurden 24 der Arbeiten zum externen Seminar quantitativ ausgewertet. Ermittelt man in formaler Hinsicht den Durchschnitt, sieht der Befund auf den ersten Blick gar nicht schlecht aus: Es ergeben sich 2,4 formale Fehler je Seite. Aber der Durchschnitt besagt für den Einzelfall wenig.<sup>3</sup> Während 11 Arbeiten weitgehend ( $< 2$  F./S.) und 6 einigermaßen fehlerfrei waren ( $2-<3$  F./S.), sind 5 Problemfälle vorhanden, die je Seite über 4 formale Fehler machen. 3 von diesen 4 kommen sogar auf über 5 F./S.

Bei den Seminararbeiten wurden 54 nach Formfehlern quantitativ ausgewertet. Es ergibt sich ein ähnliches Bild. 26 Arbeiten waren weitgehend fehlerfrei, 10 einigermaßen, der Rest – 18 – kommen auf Fehlerzahlen über 3 je Seite. Einzelne mit über 8, 9 ja sogar über 13(!) Fehlern je Seite sind geradezu katastrophal.<sup>4</sup>

Berechnet man aus diesen 78 Arbeiten Prozentzahlen, so sind 46,1 % weitgehend fehlerfrei, 29,5 % außerordentlich problematisch, 24,4 % liegen im Mittelfeld. Damit bestätigen sich die Zahlen der beiden Vorläuferuntersuchungen. Man hat es mit deutlich über einem Viertel Studierender zu tun, die in der Beherrschung der deutschen Sprache weit unter dem Niveau liegen, das von künftigen Lehrkräften erwartet werden muss. Nicht einmal die Hälfte ist in der Lage, weitgehend fehlerfrei zu schreiben.

Deutlich anders ist die Lage in den Studienabschlussarbeiten („Zulassungsarbeiten“). Dort wurden 29 Arbeiten im Detail nach Formfehlern überprüft.<sup>5</sup> Grundsätzlich ist zu bedenken, dass Zulassungsarbeiten in Geschichte nur von denjenigen gewählt werden, die ein besonderes Interesse und Engagement für das Fach aufbringen. Die Übrigen weichen in andere Fächer aus und schreiben dort ihre Arbeiten. Man hat also bei den Zulassungsarbeiten sozusagen die Leistungsspitze der Geschichts-Studierenden. Deshalb können die Zulassungsarbeiten auch nicht in die o. g. Prozentberechnung aufgenommen werden. 13 von 29 Arbeiten waren so gut wie ganz fehlerfrei ( $< 1$  F./S.), weitere 6 weitgehend fehlerfrei ( $1-<2$  F./S.). 7 kamen auf  $2-<3$  F./S. und immerhin noch 3 auch in den Zulassungsarbeiten auf ganz indiskutable Werte (2:  $3-<4$  F./S.; 1:  $5-<6$  F.). Es ist – wie in den beiden Vorgänger-Studien – wieder eine deutliche Korrelation zwischen inhaltlichen und sprachlich-formalen Schwächen festzustellen. Wer inhaltlich schwächer ist, ist auch sprachlich schwächer.

Insgesamt ist im Laufe der fünf untersuchten Jahre eine gewisse Tendenz festzustellen. Die ganz katastrophalen Arbeiten fehlten in der zweiten Hälfte des Untersuchungszeitraums. Bessere, nicht selten sprachlich sogar ausgesprochen gelungene Arbeiten werden häufiger. Es ist indessen schwer zu klären, worauf dies zurückzuführen ist. Teils spielt gewiss eine Rolle, dass Geschichte als anspruchsvolles Fach gilt. Schwächere Leute wählen deshalb lieber gleich ein Fach, das im Ruf steht, „leichter“ zu sein, oder sie wechseln nach wenigen Semestern in ein solches Fach. Teils mag die Nutzung der Rechtschreibprogramme konsequenter angewandt worden sein. Teils sind aber ganz andere Gründe ursächlich: Sogenannte bezahlte „Lektoratsdienste“ werden in großem Umfang in Anspruch genommen. Einschlägige Visitenkarten liegen im Foyer der Hochschule aus. Es ist zu hoffen (aber keineswegs sicher), dass solche „Lektoren“ nur formale Hilfe leisten und nicht auch inhaltliche. In den Sprechstunden wird überdies nachdrücklich darauf hingewiesen, dass man eine anspruchsvolle Sprachbeherrschung erwarte – und tatsächlich lassen etliche Kandidaten ihre Arbeiten gegenlesen, wogegen ja gar nichts einzuwenden ist.

---

<sup>3</sup> Vgl. Anhang 1.

<sup>4</sup> Vgl. Anhang 2.

<sup>5</sup> Vgl. Anhang 3.

## Sprachliche Defizite – konkrete Beispiele<sup>6</sup>

Wie in den beiden vorausgegangenen Studien lässt sich auch diesmal eine große Zahl gravierender sprachlicher Mängel zusammenstellen. Die Menge der Fehler in der Zeichensetzung ist riesig. Offenbar liegen da bei vielen Studierenden nur rudimentäre Kenntnisse vor. Indirekte Rede und Konjunktiv sind ganz allgemein nur wenigen Studierenden bekannt und werden nur von wenigen korrekt verwendet. Wenn der Konjunktiv verwendet wird, geschieht dies, ohne erkennbare Regel, oft ständig wechselnd mit dem Indikativ. Entsprechendes gilt für die direkte und indirekte Rede, sofern die indirekte Rede überhaupt vorkommt.

Auffällig häufig sind wiederholte falsche Possessivpronomen (maskulin „sein“ statt feminin „ihr“). Damit wird nicht nur der „gendergerechte“ Sprachgebrauch konterkariert, sondern es liegen objektive grammatische Fehler vor, die auch zu inhaltlichen Unklarheiten führen.

Die Beherrschung auch gängiger starker Verben ist rückläufig. Man liest dann z. B. „bittete“ statt „bat“, „fliegte“ statt „flog“ und – völlig unsinnig und sinnentstellend – „besonnte“ statt „besann“. Ein anderer Student konnte das Imperfekt von „verstoßen“ nicht bilden und schrieb „verstoß“ statt „verstieß“.

Welche freudsche Fehlleistung bei einer Studentin mit der permanenten Falschschreibung „Wilhelm von Onanien“ zugrunde lag, bleibt offen (2012). Auf einer anderen Ebene lag es, dass eine Studentin offenbar keinerlei Gefühl für unterschiedliches Sprachniveau hatte und in einer Arbeit statt der sachlich angebrachten neutral-beschreibenden Ausdrücke ständig vulgäre Ausdrücke aus dem Bereich der Sexualität verwendete. Offenbar griff die Studentin auf ihren eigenen Wortschatz aus diesem Bereich zurück (2014).

Die Zahl der orthographischen Fehler ist – trotz aller Rechtschreibprogramme in der Textverarbeitung weiterhin unüberschaubar.<sup>7</sup> Einige Dauerbrenner sind offenbar nicht zu beseitigen. Die erste Gruppe liegt im Bereich der Homophone: Die Verwechslung von „das“ und „dass“ bleibt häufig. „Viel“ und „fiel“ werden verwechselt, ferner gehäuft „lies“ und „ließ“, „indem“ und „in dem“, sogar der „Rhein“ wird in einer Arbeit permanent als „Rein“ geschrieben. Groß- und kleingeschriebenes („Sie“ – „sie“) können nicht auseinandergehalten werden. Die Art und Zahl weiterer Defizite im Bereich von Rechtschreibung und Ausdruck ist unüberschaubar: „Fordergrund“ statt „Vordergrund“, „Zur Folge“ und „zufolge“ können nicht unterschieden werden („einer Begründung zur Folge“). Bei 8 Studierenden werden unmotiviert Adjektive großgeschrieben. Trotz aller vorher gegebener Hinweise werden Ordnungszahlen bei Herrschernamen verballhornt („Friedrich der II“, „Karl der V“, „Wilhelm der II“ (bei 7 Studierenden). Zumindest schlampig ist es, wenn „SPD“ als „Sozialistische Partei Deutschlands“ aufge-

---

<sup>6</sup> Dazu auch Josef KRAUS: Festvortrag von DL-Präsident Josef Kraus beim Verein Deutsche Sprache (VDS) vom 14. Juni 2013 in Rudolstadt, in dem eine Vielzahl wesentlicher Aspekte angesprochen wird: [http://www.lehrerverband.de/aktuell\\_Festvortrag\\_Verein\\_Deutsche\\_Sprache\\_140613.html](http://www.lehrerverband.de/aktuell_Festvortrag_Verein_Deutsche_Sprache_140613.html).

<sup>7</sup> Vgl. dazu außer den beiden ersten Teilen unserer Langzeitstudie: Matthias MERKL: „Wir kennen keine Regel“. Von der Rechtschreibung zur Schlechtschreibung an deutschen Schulen. In: Forschung & Lehre 4/2012, S. 294-206.

löst wird. Ein völliges Missverständnis offenbart sich, wenn der „Statthalter“ permanent als „Stadthalter“ wiedergegeben wird (bei 3 Studierenden). Weitere Fehlleistungen werden wegen ihrer Unerträglichkeit wieder in die Fußnoten verbannt.<sup>8</sup>

„Degenerative Erkrankungen“ werden, gründlich missverstanden, als „regenerative Erkrankungen“ wiedergegeben. „Folgen“ und „folgen“ kann nicht unterschieden werden, ebenso „ausgenommen“ und „ausnahmslos“. Teils werden Vokabeln völlig falsch verwendet: Statt „gemäß der Sitte“ heißt es „sittlich“. Manchmal wird auch ein extrem reduzierter Wortschatz der Studierenden sichtbar. Bei einer Ortsexkursion in eine kaiserzeitliche Kaserne wurde den etwa 20 Studierenden erläutert, dass auf dem Kasernenhof die Soldaten exerziert hätten. Die Studierenden hatten meist gar keine oder in wenigen Fällen nur eine völlig nebelhafte Vorstellung, was das Wort „exerzieren“ denn bedeutete.

Bei nicht weniger als 26 Studierenden stimmen gehäuft Numerus von Subjekt und Prädikat nicht überein. Das Subjekt steht dann im Singular, das Prädikat im Plural oder umgekehrt (z. B.: „Das Volk zog mit ihrem Herzog [...]“, gemeint ist: Mit „seinem Herzog“. Hier ist offensichtlich die Logik des Satzbaus nicht ansatzweise bekannt.

Logik des Satzbaus vermisst man auch bei der in 8 Arbeiten vorkommenden fragmentarischen Wiedergabe von „sowohl – als auch“. Es fehlt entweder das „sowohl“ oder das „als auch“. Manchmal sind Pluralformen unbekannt. Dann wird als Pseudoplural verwendet: „Altgläubiger“ und überhaupt allgemein „Gläubiger“ statt „Altgläubige“ und „Gläubige“. Es gibt sogar einzelne Studierende, die gehäuft aus begonnenen Satzkonstruktionen herausfallen, unmotiviert vom Genitiv in den Dativ oder Akkusativ purzeln oder vom Akkusativ in den Dativ oder überhaupt unverständliche Sätze liefern.<sup>9</sup>

Völlig in den Bereich der inhaltlichen Missverständnisse führt es, wenn nicht nur „Waffenstillstand“ und „Friedensvertrag“ nicht auseinander gehalten werden können, sondern wenn eine Kandidatin sogar „Friedensvertrag“ und „Friedensangebot“ nicht unterscheiden kann. Dasselbe gilt auch, wenn „Humanismus“ zu „Romanismus“ verballhornt wird, wenn von „Befriedigung“

---

<sup>8</sup> „Englischsprachich“, „Artellerie“, „Widerspruch“, „klimpflich“, „Kriegs bereit“, „beraupen“, „Exsiel“ statt „Exil“, „Entante“ statt „Entente“, permanent „voranig“ statt „vorrangig“, Unfähigkeit Partizip Präsens und Perfekt zu unterscheiden („die praktizierten Ärzte“ statt „die praktizierenden Ärzte“), ferner: „Inbegriffener Holocaust“ statt „im Zusammenhang mit dem Holocaust“, „in Verbundenheit zur“ statt „in Verbundenheit mit“, „aus folgedessen“ statt „infolgedessen“ (mehrfach!), „währenddessen sich die Vorfälle [...]häuften“ statt „während sich die Vorfälle [...] häuften“, unklare Bezugswörter bei Pronomen, „zur Feierlichkeit Hitlers“ statt „um Hitler in feierlicher Weise zu ehren“, „ein geschäftliches Ehepaar“ statt „ein Ehepaar, das ein Geschäft betrieb“, „Zeitungsbericht mit Lina Jung“ statt „Zeitungsbericht über Lina Jung“, antijüdische Parolen seien am Schaufenster „angestrichen“ statt „geschmiert“ oder „angeschrieben“, „verkündete Kampfansage“ statt „seit sie ihre Kampfansage verkündet hatten“, die „Akzeptanz steht [...] kontrovers mit [...]“ statt die „Akzeptanz steht im Gegensatz zu [...]“, „Erinnerung am [...] Putsch“ statt „an den Putsch“, „widersprüchlich fand die Rede [...] ihren Höhepunkt“ statt: „nach anderen Informationen fand die Rede ihren Höhepunkt“, „das anliegende jüdische Gemeindehaus“ statt „das daneben liegende jüdische Gemeindehaus“, „in den untersten Rand gedrängt“ statt „an den [...]“, „Damen [...], die sich trotz der Aufruhr hinter ihrem Rücken amüsant und anregend unterhalten können“ statt „Damen, die sich trotz des Aufruhrs [...] amüsiert und angeregt [...]“, „Angestellte wurden [...] unentgeltlich entlassen“ statt „[...] wurden ohne weitere Bezahlung [...]“, KZs sollen „zu ihren Eigenschaften und Ereignissen beschrieben werden“ statt „die Eigenschaften der KZs und die in ihnen stattgefundenen Ereignisse sollen beschrieben werden“, der oft vorkommende Name „Gertrud“ wird fast immer als „Getrud“ wiedergegeben; „steigende Nachfrage des Giftgases“ statt „nach Giftgas“, „des von ihr beliebten Musiklehrers“ statt „des bei ihr beliebten Musiklehrers“, „emotionale Kompetenten“, „Der Transportzug [...] fand statt“ statt „[...] fuhr ab“, „des Tabucharakters dessen“ statt „von seinem Tabucharakter“, „hielt die Bevölkerung Einsicht in den wirklichen Gebrauch von Schädlingsbekämpfungsmitteln“ in den KZs statt vermutlich „kam bei der Bevölkerung der Verdacht auf [...]“.

<sup>9</sup> „Woher die Hohenzollern kamen kann nicht eindeutig aus Quellen erfahrbare“, „Eine oberitalienisch Plazzi nachgebaute Freitreppe führt in das erste Obergeschoss“ statt: „Eine oberitalienischen Palazzi nachgebaute [...]“.

statt „Befriedung“ die Rede ist, wenn „Konzile aufgestellt“ statt „durchgeführt“ werden, wenn „Reichsstädte“ statt „Reichsstände“ oder „Reichsstätte“ statt „Reichsstädte“ geschrieben wird. Nicht auszurotten ist weiterhin der „Marktgraf“ statt dem „Markgrafen“ – trotz wiederholter und ausdrücklicher Hinweise.

Trotz mehrtägigem Aufenthalt in Belgien, trotz Vorbereitungsseminar, trotz Referaten vor Ort waren 5 Studierende von 28 in einer wenige Tage nach der Exkursion geschriebenen Klausur nicht in der Lage, den Begriff „Wallonien“ zu benennen („Menschen, die nicht flämisch, sondern französisch reden“) oder sie schrieben den Begriff in den unterschiedlichsten Varianten völlig falsch („Walonnien“, „Wolonien“, „Walonien“, „Volonien“, „Bolonien“). Im selben Zusammenhang wurden die Begriffe „föderaler Staat“ und „Bundesstaat“ nicht verstanden. Eine Studentin führte aus, dass Belgien heutzutage ein föderaler Staat sei, der aber viele Probleme habe. Diese könnten aber gelöst werden, wenn sich Belgien in einen Bundesstaat umwandeln würde.

### **Lesen!**

Ein ganz unerwartetes Phänomen ergab sich, als 2012 ein Seminar zum szenischen Spiel durchgeführt wurde. Die Studierenden sollten – was sich anlässlich der 850-Jahr-Feier des Hochschulortes anbot – eine mittelalterliche Belehnung einüben und spielen. Dazu mussten die Studierenden Rollentexte entwerfen und diese Texte dann zum Einüben vorlesen bzw. vortragen. Es zeigte sich, dass mehrere Studierende beim Vorlesen bzw. Vortragen verblüffende Defizite zeigten: Offenbar ist ihnen völlig unbekannt, dass Satzenden Sinneinschnitte bedeuten und mit einer Pause und dem Senken der Stimme vorgetragen werden sollten. Ebenso wenig ist die Funktion, Intonation und Pausierung von Kommata und anderen Satzzeichen bekannt. Stattdessen werden an ganz unpassenden, vom Satzbau und Sinnzusammenhang her wiederholt geradezu falschen Stellen Pausen gemacht. Es ist zu vermuten, dass die falsche Vortragsweise mit einem entsprechend unharmonischen, unterbrochenen, holperigen und manchmal gewiss unzureichenden Textverständnis einhergeht.

So unerwartet das beobachtete Phänomen ist, so sehr erklärt es doch, weshalb sich nicht wenige Studierende von der Aufgabe, in Hauptseminaren von Woche zu Woche 30 oder 40 Seiten Texte durchzuarbeiten, völlig überfordert fühlen und eine solche Leseleistung als unzumutbar ansehen: Wer so schlecht und stockend (vor-)liest, liest zweifellos auch zu Hause entsprechend langsam und mit unzureichendem Textverständnis. Im Übrigen handelt es sich keineswegs um ein Spezialproblem Pädagogischer Hochschulen: Nach mündlicher Mitteilung macht ein Professor, der an den Universitäten Heidelberg und Freiburg lehrt, bei seinen Studierenden genau dieselben Beobachtungen: Oft stockendes, falsch betonendes und z. T. geradezu sinnentstellendes Lesen – und damit einhergehend langsames, fragmentarisches und nicht selten ganz unzureichendes Textverständnis.

Ein Beispiel mag erläutern, wie sich Vorlese- und Verständnisprobleme miteinander vermengen. In einem Referat zum 1. Weltkrieg über die Rolle des Kaisers, der verschiedenen Kanzler, des Reichstags und der OHL verstrickte sich der Referent zunächst in Details zu Geburtsdaten, Kindheit und Jugend aller Akteure und konnte dann auf den eigentlichen Inhalt seines Referats wegen Zeitmangel kaum eingehen. Die insgesamt 32 Powerpoint-Folien (für ein Referat von 20 Minuten!) enthielten zahlreiche Rechtschreibfehler. Etliche, auch gängige Wörter wurden falsch betont bzw. falsch vorgelesen: „Politik der Diakonie“ statt „Politik der Diagonale“ – auf Rückfrage las der Student im wiederholten Anlauf dann das für ihn offenbar schwierige Wort „Diagonale“ nach und nach richtig, vermochte aber nicht zu erklären, was „Politik der Diagonale“ eigentlich sein sollte.



## **Inhaltliche Überforderung – Fehlen elementarer Grundkenntnisse<sup>10</sup>**

Protokolle, die jeder Student von Vorträgen von Gastdozenten anfertigen muss, zeigen, dass ziemlich genau die Hälfte der Studierenden von dieser Aufgabe überfordert ist. Abgesehen von den zahlreichen sprachlichen Defiziten wird auch inhaltlich extrem viel schief oder falsch verstanden. Bei einem Drittel der Studierenden geht dieses mangelnde Vortragsverständnis so weit, dass im Grunde Studienunfähigkeit bescheinigt werden muss. In nicht wenigen Protokollen wird geradezu haarsträubender Unsinn zu Papier gebracht, der sich jeder Beschreibung entzieht. Dank geschmeidiger Prüfungs- und Studienordnungen erreichen trotzdem fast alle Studierenden einen Studienabschluss.

Eine Studentin hatte im WS 2012/13 für ein Hauptseminar den Auftrag bekommen, ein Referat über den Weg zur Reichseinigung 1864-1871 vorzubereiten. Kurz vor Semesterbeginn ging von ihr eine Mail ein, in der sie sich beklagte, sie finde trotz Internetrecherche zu diesem Thema nichts(!) an Literatur. Eine weitere Studentin gab einen entsprechenden Hilferuf zum Thema „deutsche Parteien im 1. Weltkrieg“ ab: Es sei zu diesem Thema nirgendwo in der Literatur und im Internet irgendetwas zu finden. Ähnliche Mitteilungen gingen in den folgenden Semestern noch wiederholt ein. Die Beispiele zeigen zweierlei: Erstens ist die Fähigkeit (oder der Wille?) zur Literaturrecherche bei einer gewissen Anzahl von Studierenden gleich Null. Es ist schon ein Kunststück, zu so einem Thema nichts zu finden, und man wählt dann lieber gleich den bequemen Weg, beim Professor um einen (nur einen, mehr wird gar nicht verlangt!) passenden Literaturtitel nachzufragen. Zweitens – und dies hängt eng mit dem ersten Punkt zusammen – haben manche Studierende auch noch in fortgeschrittenen Semestern ein so unterentwickeltes Überblickswissen, dass sie mit dem Thema „Weg zur Reichseinigung 1864-1871“ nicht das Geringste anzufangen wissen. Dieser Befund wurde bei einem Referat in einem Hauptseminar zum Begriff „Kaiserreich“ nachdrücklich bestätigt.

Im Rahmen einer Umfrage zu Beginn eines Hauptseminars(!) über das Kaiserreich 1871-1914 wurde die Kenntnis von Grundbegriffen überprüft. Gefragt wurde nach reinem Faktenwissen: Kulturkampf? Sozialgesetze? Sozialistengesetz? Theobald von Bethmann Hollweg? Leo von Caprivi? Niemand von 26 Teilnehmern konnte eine Antwort auf eine dieser Fragen geben. Bismarck? (Ja, das sei ein wichtiger Kanzler gewesen). Deutsche Kolonien? (Ein Student meinte, da sei etwas mit Ostafrika gewesen – weiter nichts). Allgemein wurde gesagt, man habe im Gymnasium das Kaiserreich nur ganz knapp und oberflächlich behandelt, eigentlich wisse man nichts mehr davon, es sei aber auch nur ganz wenig gewesen – und zur Vorbereitung des Hauptseminars habe man nichts getan. Ähnliche Umfragen mit entsprechenden Resultaten zu fast beliebigen Themen ergeben sich fast jedes Semester.

Eine Studentin wusste nach einer Nordfrankreich- und Belgien-Exkursion, bei der zwei Tage lang das Schlachtfeld an der Somme erkundet, diverse Museen und Erinnerungsorte besucht, einschlägige Referate gehört und mehrere Filme angesehen worden waren, fast gar nichts über diese Schlacht und lieferte in einer Klausur nur die wirre Aussage, dass „für die Sommeschlacht der so genannte Schlieffen-Plan“ entstanden sei.

Eine weitere Studentin, die in einem Hauptseminar über „Besatzungspolitik im 1. Weltkrieg“ referieren sollte, ging in ihrem Referat zwar auf Kriegsziele im 1. Weltkrieg ein, vermengte das mit Fragmenten zum Schlieffenplan, zu Elsass-Lothringen und stichwortartigen (und z. T. fehlerhaften) Abläufen zum Kriegsverlauf hier und dort, kam aber auf das eigentliche Thema des

---

<sup>10</sup> Vgl. dazu: Dagmar SCHULZE HEULING, Rita QUASTEN: „Wer baute die Berliner Mauer?“ Warum freiheitlich-demokratische Prinzipien nicht (mehr) verstanden werden. In: Forschung & Lehre 2012, S. 646-648, (bezieht sich auf die Studie: Klaus SCHROEDER, Monika DEUTZ-SCHROEDER, Rita QUASTEN, Dagmar SCHULZE HEULING: „Später Sieg der Diktaturen? Zeitgeschichtliche Kenntnisse und Urteile von Jugendlichen (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der FU Berlin 17). Frankfurt/M. 2012.

Referats so gut wie überhaupt nicht zu sprechen. Verwendete Landkarten, die sowieso kaum einen erkennbaren Bezug zum Thema hatten, konnten dann auch noch nicht einmal erklärt werden. Unlösbar blieb z. B. das Problem, wo denn das seltsame Land „Galizien“ liegt, das erwähnt wurde und nach dem sich ein Student erkundigte. Gravierender als die an sich schon haarsträubenden fachlichen Defizite erwies sich die sprachlich-terminologische Inkompetenz der Studentin. Sie war nicht in der Lage zwischen „einmarschieren“, „besetzen“ oder „annektieren“ zu unterscheiden. Besonders schlimm war, dass die hilflose Stammelei mit falschen Begriffen auch fortgesetzt wurde, als der Professor diese Begriffe angeschrieben und ausführlich erklärt hatte. Die Studentin plapperte weiter und redete unbekümmert von deutschen Truppen, die in Belgien, oder von russischen, die in Ostpreußen „einwandern“ (immer wieder – der Fehler war nicht korrigierbar) und vom angeblichen deutschen Kriegsziel, „bis Paris vorzudringen“, während es ein französisches Kriegsziel gewesen, sei „Paris nicht aufzugeben“ (wohlgemerkt: es geht um Besatzungspolitik!).

Wie soll eine inhaltliche Erörterung irgendeines Themas denn überhaupt möglich sein, wenn nicht einmal elementare Begriffe der deutschen Sprache bekannt sind (die Studentin hatte keinerlei Migrationshintergrund!)? Das ist überhaupt das Zentralproblem: völlige sprachliche (und intellektuelle) Inkompetenz! Der Studentin fehlte jegliches sprachliche Instrumentarium, um das Thema „Besatzungspolitik“ überhaupt anzupacken. Sie wusste von Beginn an nicht, was „Besatzung“ ist und brachte als Konsequenz alles durcheinander, was überhaupt nur durcheinander zu bringen war.

Eng mit dem Fehlen elementarer Grundkenntnisse zusammen hängt eine nicht ganz selten zu beobachtende Naivität bei der Übernahme von widersprüchlichen Inhalten aus der Literatur, die offenbar überhaupt nicht als Widersprüche wahrgenommen werden. Das wird z. B. bei Opferzahlen deutlich. Einmal wird in einer Arbeit angegeben, in Auschwitz seien 2,5 Millionen Menschen ermordet worden, wenige Seiten später sind es dann 1,0 Millionen. Ähnliche Fälle finden sich in insgesamt sieben Arbeiten.

### **Lebensalter<sup>11</sup>**

Das Lebensalter der Studierenden bei Studienbeginn schwankte zwischen 18 und 49 Jahren. Diese Extremwerte waren allerdings die große Ausnahme. Bei den Werten der einzelnen Semester ist zu beachten, dass in den Sommersemestern die Anfängerzahlen jeweils erheblich kleiner waren als in den Wintersemestern. Einzelne Ausreißer im Sommer können dort also die Durchschnittswerte erheblich beeinflussen. Tendenziell fällt trotzdem auf, dass bei den (männlichen) Studienanfängern die Altersdurchschnitte im Sommer jeweils merklich höher lagen als im Winter, d. h. im Sommer nehmen offenbar Leute ihr Studium auf, die nicht so häufig den direkten Weg von der Schule ins Studium eingeschlagen haben. Bei den (weiblichen) Studienanfängerinnen ist dieses Phänomen nicht zu beobachten. Insgesamt ist im Berichtszeitraum auch festzustellen, dass das Lebensalter der Studienanfänger etwas niedriger liegt als in früheren Jahren. Hier wirkt sich der Wegfall der Wehrpflicht aus. Grundsätzlich ist die Zahl der 18- und 19-jährigen Studienanfängerinnen niedrig, d. h. auch die jungen Frauen kommen offenbar in den seltensten Fällen direkt von der Schule ins Studium.

### **Fremdsprachenkenntnis und Erwerb der deutschen Sprache<sup>12</sup>**

Wie bereits in den zurückliegenden Untersuchungen wurde auch im jetzigen Untersuchungszeitraum die Fremdsprachenkenntnis der Studienanfänger überprüft. Grundlage waren Selbst-

---

<sup>11</sup> Vgl. Anhänge 4 und 5.

<sup>12</sup> Vgl. Anhänge 6-9.

einschätzungen der Studierenden. Befragt wurden 293 Studienanfänger zu Beginn des 1. Semesters. Die Befunde sind mit denen von 2007 und 2012 fast identisch, d. h. es hat sich offenbar kaum etwas geändert. Englisch ist mit Abstand die bekannteste Sprache. Allerdings traut sich nur etwa ein Drittel der Studienanfänger den Umgang mit komplexen englischen Texten zu. Bei den anderen Sprachen ist die Lage geradezu desolat. Französisch und Latein als relativ häufige Schulsprachen kommen erstaunlich selten vor und werden von kaum jemandem gut beherrscht. Bei den Muttersprachlern finden sich immerhin einige, die Türkisch, Russisch und Griechisch gut beherrschen. Dieses – zahlenmäßig schwache – Potenzial wäre für das Studium zu nutzen, was aber mangels einschlägiger Sprachkenntnisse der Lehrenden aber selten vorkommt (am ehesten bisher bei den Russisch Sprechenden, gar nicht bei den Türkisch Sprechenden). Ein entscheidendes Problem dabei ist, dass die Lehrenden sich in türkisch- oder russischsprachiger historischer Fachliteratur logischerweise nicht auskennen und deshalb keine Literaturempfehlungen geben können. Auf sich selbst gestellt, erweisen sich türkisch- oder russischsprachige Studierende bei der Suche nach einschlägiger Literatur als ganz hilflos.

Sämtliche anderen Sprachen kommen nur ganz selten vor, außer dem Albanischen, das dreimal vorkommt, meist überhaupt nur einmal.

Die meisten Fremdsprachen – insbesondere Englisch, Französisch, Latein, Spanisch und Italienisch – wurden in der Schule gelernt. Von den nicht ganz selten vorkommenden anderen Fremdsprachen sind die Ausnahmen sind Türkisch, Russisch, Griechisch und Kroatisch, die mehrheitlich muttersprachlich erworben wurden.

### **Absurditäten der Prüfungsordnung**

Das bisher Gesagte ist nur im Kontext mit den politischen Rahmenbedingungen verständlich. Absurditäten werfen – von denen andere bereits in der Untersuchung 2007-2012 dargestellt<sup>13</sup> wurden – die Prüfungsordnungen auf. So ist es mehrfach vorgekommen, dass Studierende, die Mathematik studierten und ihre Zwischenprüfung dort gemacht hatten, in höheren Semestern das Fach änderten und zu Geschichte als sogenanntes Haupt- oder Leitfach wechselten. Die Prüfungsordnung von 2003<sup>14</sup> erlaubt es nun, dass diesen Fachwechslern die Mathematik-Zwischenprüfung für das Fach Geschichte angerechnet wird. Dass dies von der Sache her geradezu grotesk ist, liegt auf der Hand, und die konkrete Ausgestaltung ist in der Tat haarsträubend: Im Modul 1, das Stoff der Zwischenprüfung ist, werden die Studierenden im ersten Modulteil in die fachwissenschaftlichen Arbeitsweisen und Methoden des Fachs Geschichte eingeführt. Außerdem bekommen sie im zweiten Modulteil eine Einführung in die Fachdidaktik Geschichte, im dritten in die Probleme außerschulischer Lernorte. All diese elementaren Lehrveranstaltungen von zusammen sechs Semesterwochenstunden fehlen denjenigen, die – völlig legitim und unter Ausnutzung der Hintertürchen der Prüfungsordnung – einen Fachwechsel wie den beschriebenen durchführen. Es liegt auf der Hand, dass ein Grundstudium in Mathematik zur Einführung in die Fachwissenschaft Geschichte, zur Einführung in die Fachdidaktik Geschichte und zu außerschulischen Lernorten Geschichte rein gar nichts aussagt – trotzdem wird das Grundstudium Mathematik voll und ganz als akademische Zwischenprüfung angerechnet und erspart den Fachwechslern die entsprechenden Lehrveranstaltungen in Geschichte.

Eine weitere Absurdität war der Fall einer Studentin, die ihre Zwischenprüfungsklausuren im sog. Leitfach und Affinfach geschrieben hatte und die deshalb – das ist legitim – davon befreit war, eine Zwischenprüfungsklausur in ihrem Hauptfach Geschichte zu schreiben! Man stelle sich das vor: Da studiert jemand Geschichte, ohne jemals seine elementaren Grundkenntnisse

---

<sup>13</sup> FRITZ/JAMBOR 2012 (wie Anm. 1).

<sup>14</sup> Diese Prüfungsordnung läuft seit 2011 zwar aus, es studieren aber bis 2017 immer noch verschiedene Leute nach dieser bei Studienbeginn für sie geltenden Prüfungsordnung.

zu den Methoden und Arbeitsweisen des Faches nachweisen zu brauchen – und es zeigte sich dann auch umgehend, dass dieser Studentin all diese elementaren Grundkenntnisse im Hauptstudium fehlten. Von der Sache her ist dies grotesk, von den juristischen Rahmendbedingungen her, die diejenigen, welche diese Prüfungsordnung entworfen haben, soll das in Ordnung sein. Juristische Vorschriften und die sachlich-logischen Bedürfnisse des Faches klaffen hier in einer Weise auseinander, dass einem die Worte fehlen. Die juristischen Vorschriften greifen hier derart massiv in die Bedürfnisse des Faches ein, dass innerhalb des Faches in solchen Fällen ein sinnvolles Arbeiten unmöglich wird.

Für eine durch die politischen und juristischen Rahmenbedingungen bedingte völlige Fehlsteuerung sprechen auch die folgenden Befunde: Nach dürftig ausgefallenen Seminar- und schriftlichen Hausarbeiten („Zulassungsarbeiten“) wurde in den anschließenden Besprechungen mit den Studierenden wiederholt dasselbe Argument vorgebracht: Die Studierenden klagten, sie hätten im Laufe ihres Studiums viel zu wenig Gelegenheit gehabt, schriftliche Seminararbeiten zu schreiben und wären deshalb in dieser Hinsicht schlichtweg ungeübt. Diese Aussagen wurden mehrfach detailliert erläutert. So erläuterte eine Studentin, dass sie im 7. Studiensemester in allen drei studierten Fächern überhaupt erst die zweite Studienarbeit im Verlauf ihres Studiums geschrieben habe. Ähnliche Äußerungen gab es mehrfach. Allgemein wird erläutert, dass man sich in den allermeisten Lehrveranstaltungen mit mündlichen Referaten, knappen Handouts, Powerpoint-Präsentationen, Portfolios (in denen übrigens von Fach zu Fach völlig unterschiedliche Inhalte und Anforderungen verlangt werden) und gelegentlichen kurzen Klausuren durchs Studium schlängeln könnte – und wenn doch einmal eine schriftliche Seminararbeit verlangt werde, dann werde die offenkundig nicht nach formalen Gesichtspunkten (A, Gr, Sb, R, Z. usw.) durchgesehen und – wenn überhaupt – auch nur oberflächlich besprochen. Die Studierenden, die insbesondere um ihre formalen Schwächen durchaus wissen, fühlen sich von den meisten begutachtenden Lehrenden hier schlecht oder gar nicht beraten. Das ist freilich nur die eine Seite des Problems. Die andere Seite sind die politischen Vorgaben: Es zeugt z. B. von einer kaum zu überbietenden Geringschätzung schriftlicher Leistungen, dass die Prüfungsordnung von 2011 jede Form von schriftlicher Examensklausur abgeschafft hat. Es wird nur noch mündlich geprüft, und auch das nur eine halbe Stunde lang und im Hauptfach. Die aus dem Ministerium zu hörende Begründung für das Entfallen der schriftlichen Examensprüfung ist die folgende: Durch das gestufte, modularisierte Studium liege es in der Verantwortung der Fächer, durch geeignete Klausuren im Verlauf des Studiums schriftliche Leistungsnachweise einzufordern. Die Erfahrung zeigt, dass dies keineswegs in allen Fächern im erforderlichen Maße, sondern – wenn überhaupt – nach dem Prinzip der Ökonomie, d. h. möglichst der wenig zeitaufwendigen Begutachtung geschieht. Auf diese Weise kann es dann geschehen, dass Fälle wie die beschriebenen eintreten: Ohne jemals ernsthaft zu einer größeren schriftlichen Leistung gezwungen gewesen und in der Lage zu sein, kommt man durchs Studium und soll hinterher als Lehrkraft den Kindern Schriftlichkeit beibringen.

Ökonomische Arbeitshaltung der Lehrenden mag auch jenen Lehrformen zugrunde liegen, die theoretisch die anspruchsvollsten überhaupt sein sollen – den Seminaren und insbesondere den Hauptseminaren. Hier sollen die Studierenden ja selbständig arbeiten und zu ihrem jeweiligen Thema selbst den Stand der Forschung vortragen. In der Praxis erfüllen insbesondere Hauptseminare oft bei weitem nicht ihren Anspruch: Die Studierenden referieren mit mehr oder weniger Geschick, und die Aufgabe der Lehrenden besteht hauptsächlich darin, das Falsche zu korrigieren, das Unzusammenhängende zusammenzufassen oder überhaupt das Wesentliche deutlich zu machen. Für die Lehrenden ist eine solche Veranstaltung weit ökonomischer als die von der modernen Didaktik verpönte – da lehrerzentrierte – Vorlesung. Außer der Semesterplanung, der Verteilung der Referatsthemen, der genannten Korrektur studentischer Beiträge in den Sitzungen und eventuell der Begutachten schriftlicher Seminararbeiten oder Klausuren fällt keine Arbeit an – jedenfalls viel weniger Arbeit als bei der Vorbereitung einer Vorlesung.

## Kompetenzen

Der Begriff der Kompetenzen hat sich seit langem in allen Fächern breitgemacht. Er gilt als eine Art Stein der Weisen, um überall – an Universitäten und in Schulen – die Unterrichtsqualität entscheidend zu verbessern. Mittlerweile machen sich zwar etliche Autoren über den inflationären Kompetenzbegriff lustig, der Hunderte von immer neuen und immer wortblasenartigeren Kompetenzen geschaffen hat. Und so mancher Hochschullehrer, Didaktiker und Schulpraktiker, der ansonsten nicht unbedingt durch brillante Forschung aufgefallen sein muss, hat sich mit der Erfindung neuer Kompetenzen seine Sporen verdient und ist ins Blickfeld der Politik hineingeritten. Nachfolgend soll aber nicht weiter auf die Kompetenzdebatte insgesamt eingegangen werden, sondern nur auf die konkreten Erfahrungen, die im Vorfeld der Prüfungs- und Studienordnungen von 2011 im Fach Geschichte an baden-württembergischen PHs gemacht wurde. Das Fach Geschichte dürfte freilich repräsentativ auch für andere Fächer sein.

Zunächst einmal wurde den Landesfachschaften aufgegeben, 100 (warum gerade 100?) zu erwerbende Kompetenzen zu formulieren. Diese seien dann als Grundlage für die Umsetzung der ministeriellen Prüfungsordnungen in die hochschulspezifischen Studienordnungen zu verwenden. Es folgten viele dezentrale Sitzungen an den einzelnen Hochschulorten und zentrale Landesfachschaftssitzungen. Man formulierte und erfand immer neue Kompetenzen. Irgendwann, etliche Dutzend Kompetenzen dürften beieinander gewesen sein, war man mit der Kompetenz-Erfinderei am Ende seines Lateins. Es wollten der vereinigten Professorenschaft einfach keine neuen Kompetenzbegriffe mehr einfallen. Resignation machte sich breit, und in einer gewissen Ratlosigkeit und mit Galgenhumor würfelte man neue Kompetenzen geradezu aus: Wer hat noch eine? Wie könnte man eine bereits vorhandene Kompetenz so umformulieren, dass sie nach einer neuen klingt? Irgendwann hatte man die 100 beisammen.

Und dann kam nach Monaten tatenlosen Wartens die frustrierende Mitteilung: In die neuen Studienordnungen sollten keineswegs mehr als etwa 10 verschiedene zu erwerbende Kompetenzen aufgenommen werden. 90 hatte man also umsonst ersonnen. So vergeudet man intellektuelles Potential und sorgt dafür, dass von den Betroffenen der Tanz ums goldene Kompetenz-Kalb schwerlich mehr ernst genommen werden kann.

Auch bei der konkreten Verteilung der Kompetenzen auf die einzelnen Module bekam man von Dekanen und Rektoren Hinweise. Diese sind zwar durchaus pragmatisch, sie stellen aber der gesamten Kompetenzdebatte ein vernichtendes Urteil aus: Wenn einem Modul einige Kompetenzen zu viel und einem anderen einige zu wenig zugeordnet waren, hieß es, man solle doch einfach die Hälfte der Kompetenzen vom einen ins andere Modul schieben – das sei sowieso irrelevant und keiner würde sich um so etwas kümmern.

All das verhindert freilich nicht, dass manche Professoren beim Begriff „Kompetenz“ immer noch zu großer Form auflaufen und mit leuchtenden Augen dieses Instrument preisen.<sup>15</sup>

## Module

Neben den Kompetenzen beherrscht seit Bologna die Gliederung in Module das Studium. Die Modularisierung wurde von der Industrie, wo man nicht Einzelteile, sondern fertig montierte Kombinationsteile – Module – z. B. für ein Auto montiert, auf das Studium übertragen. Man

---

<sup>15</sup> Als ein Beispiel von mehreren aus jüngerer Zeit: Christoph KÜHBERGER, Robert SCHNEIDER (Hg.): *Inklusion im Geschichtsunterricht*. Bad Heilbrunn 2016. – Was die Gegenseite angeht: Neuestens fand sogar eine „Inkompetenzkonferenz“ statt, auf der aus den verschiedensten Disziplinen vernichtende Kritik an der Kompetenzorientierung geübt wurde: Thomas THIEL: Klären Sie Ihre Schreibabsicht, prüfen Sie Ihre Gefühle! Alternativen zu Fakten: Seit Pisa und Bologna setzt die deutsche Bildungspolitik auf Kompetenzen statt auf Bildung. Auf der ersten Inkompetenzkonferenz in Frankfurt formiert sich Widerstand. In: FAZ 12. Juli 2017.

meint, dann das Studium ähnlich baukastenmäßig zusammensetzen zu können wie ein Auto. Ob das Baukastensystem der Industrie überhaupt auf die Geisteswissenschaften übertragbar ist, spielte bei der Einführung der Modularisierung offenbar keine Rolle.

Module bestehen jedenfalls in der universitären Praxis aus mehreren – drei, vier, fünf, selten mehr – Einzelveranstaltungen (Seminaren, Vorlesungen, Übungen etc.), für die ein gemeinsamer Leistungsnachweis zu erbringen ist. Meist handelt es sich um eine gemeinsame Abschlussklausur. Module sollen in überschaubarer Zeit, idealerweise in einem oder zwei Semestern, bewältigt werden. Sie sind dann via Klausur auch kompakt abprüfbar.

Das Problem in der Praxis ist allerdings, dass insbesondere in kleineren Fächern das Studienangebot oft nicht im Entferntesten ausreicht, die Modulteile in einem oder zwei Semestern anzubieten. In der Praxis zieht sich die Bewältigung aller Lehrveranstaltungen eines Moduls oft etliche Semester hin. Eine einheitliche Abschlussklausur ist unter diesen Umständen kaum möglich.

Genau dies wird aber von den ministeriellen Vorgaben immer wieder gefordert – so für die Prüfungs- bzw. Studienordnungen 2011 und 2015. Sämtliche organisatorischen Hemmnisse, die dem entgegenstehen, werden von den Verwaltungsvorgaben konsequent ignoriert. Die einzige Hilfe ist, dass den Professoren hinter vorgehaltener Hand signalisiert wird, halt „irgendwie“ und „einfallsreich“ mit den Vorgaben zurechtzukommen. In der Tat ignoriert man dann so manche Vorgabe und manövriert sich ideenreich an den Buchstaben der Vorgaben vorbei. Man kann nun natürlich fragen, was eine Vorgabe soll, die offenbar so realitätsfern ist, dass man gleich wieder – inoffiziell natürlich, und niemand in einem Ministerium oder Rektorat würde das offiziell je zugeben – auf Tricks und Hintertürchen hingewiesen wird, das Ganze zu umgehen.

Noch absurder wird die Situation, wenn von der Sache her andere Qualifikationen geboten wären. So sind Fälle bekannt, in denen in Germanistik oder in einer fremdsprachigen Literaturwissenschaft ein über das gesamte Studium verteiltes Überblicks-Lektüreprogramm einer Anzahl von Autoren vorgesehen war. Dies ist auch unbedingt sinnvoll, da nur ein Autobauer, nicht aber ein Literaturwissenschaftler auf die Idee kommen könnte, zwei oder drei Dutzend umfangreiche Pflichtlektüren bedeutender Werke in einem oder zwei Semestern „abzuarbeiten“ und in einem Modul zusammenzufassen. In einem Literaturstudium würden dann am Schluss die gelesenen Gesamtlektüren bewertet. Genau das aber wurde von den Modul-Organisatoren untersagt, weil eine sich über das gesamte Studium, also über etliche Semester erstreckende Studienleistung nicht ins modulare System einfüge. Was für die Literaturwissenschaften gesagt wurde, gilt mutatis mutandis auch für andere (wohl durchweg geisteswissenschaftliche) Fächer, wenn beispielsweise während des gesamten Studiums zum Besuch und zur kritischen schriftlichen Bewertung von Gastvorträgen auswärtiger Dozenten aufgefordert wird. Zur Horizonterweiterung der Studierenden ist das Kennenlernen von Themen, Methoden und Meinungen auswärtiger Dozenten von eminenter Bedeutung – zumal in kleineren Fächern, wo das örtliche Angebot naturgemäß begrenzt sein muss. An sich wäre es sinnvoll, den gesammelten Besuch von etlichen, im Laufe des Studiums besuchten Gastvorträgen als Seminarleistung in ein Modul einzubringen. Leider verträgt sich auch dies mit dem Prinzip der kurztaktigen Modularisierung nicht. Man wendet dann lieber „irgendwie“ seinen Einfallsreichtum an, um „einfallsreich“ die entsprechende Leistung in ein Modul einzuschmuggeln. Offiziell geschehen darf dies nicht.

Man muss aber nicht einmal bis zu den für Modulplaner offenbar unvorstellbaren Höhen einer Lehrveranstaltung aufsteigen, die sich über das gesamte Studium hinzieht. Sogar im ganz banalen Modul-Alltag werden die Professoren an der kurzen Leine geführt. Man stelle sich ein Modul vor, das z. B. aus einer Vorlesung, einem Seminar und einer Exkursion besteht. Der Stoff der Vorlesung mag sinnvoll über eine Klausur abzuprüfen sein. Im Seminar kommt es dagegen eher darauf an, was die Teilnehmer als Handout, als mündliches Referat plus – als

Krönung – als schriftliche Seminararbeit abliefern. Auf der Exkursion kommt es ebenfalls auf den Vortrag an Ort und Stelle plus Handout plus eventuelle schriftliche Seminararbeit an. Für das Modul lägen dann als Wege der Leistungsbewertung eine Klausur plus mehrere mündliche Vorträge, Handouts und Seminararbeiten vor. Genau dies soll aber nicht vorkommen. Allein erwünscht ist die abschließende Klausur, die alle Einzelveranstaltungen des Moduls zusammenfasst. Genau so wird es wieder einmal in den Anweisungen für die neu zu erstellende Studienordnung 2015 als unbedingtes „Soll“ verlangt. Zur Erinnerung: „Sollen“ heißt im Verwaltungsdeutsch so viel wie „müssen“, es sei denn, es liegen sehr gravierende Gründe vor, mit denen allein sich das „Müssen“ umgehen lässt. D. h.: Im Regelfall müssen die Einzelveranstaltungen in einer gemeinsamen Klausur abgeprüft werden. Es fehlen einem die Worte angesichts eines solch sachfremden, sturen, einheitliche Klausuren einfordernden Schematismus. Auch hier hilft es nur, „einfallsreich“ zu sein und „irgendwie“ kreative Wege zu finden.

Noch ein weiterer Aspekt muss im Zusammenhang mit den Modulen beachtet werden: Module sollen, nach den Vorstellungen von Bologna, den Studienortswechsel erleichtern. Man kommt von der Universität A zur Universität B und bringt von A ein Modul mit, das von B anerkannt wird und das auch in den Studienplan von B passen soll. Tatsächlich erscheinen regelmäßig Studienortswechsler. Sie bringen dann z. T. ganze Module mit, häufig aber auch nur Modulteile, d. h. einzelne Lehrveranstaltungen. Deren Anerkennung wird von den verschiedenen Professoren höchst unterschiedlich gehandhabt. Manche verwerfen zwar solche Modulteile grundsätzlich und anerkennen nur fertig abgeschlossene Module; warum indessen ein andernorts abgeschlossenes Seminar – ein Modulteil –, über das der Studienortswechsler eine Bescheinigung und nicht selten sogar eine Note mitbringt, nicht anerkannt werden soll, ist von der Sache her kaum nachvollziehbar. Wenn dem aber so ist, d. h. wenn einzelne benotete Lehrveranstaltungen sinnvollerweise mitgebracht und anerkannt werden können, dann erweist sich der modulare Studienaufbau als leere Hülse, die nur gähelt und behindert – in der Studienpraxis im Allgemeinen und bei Studienortswechsel im Besonderen.

Im Militär nennt man eine Vorgehensweise, die den Untergebenen alle Schritte auf dem Weg zum Ziel bis ins Einzelne vorschreibt, bekanntlich Befehlstaktik, eine Vorgehensweise, die nur allgemein und knapp ein Ziel formuliert und es dem Untergebenen überlässt, wie er dieses Ziel erreicht, dagegen Auftragstaktik. Noch in jedem Konflikt hat sich die gähelnde, initiativtörende Befehlstaktik gegenüber der Auftragstaktik als hoffnungslos unterlegen erwiesen. In der Wirtschaft sind sämtliche Versuche der sog. sozialistischen Staaten gescheitert, mit der Planwirtschaft (oft in Fünfjahresplänen) Nachfrage und Bedarf im Detail vor auszuplanen. Die Marktwirtschaft hat sich allemal – trotz aller Probleme im Einzelnen – als flexibler erweisen. Es dürfte nicht schwerfallen zu erkennen, ob das modulare System mit seinen detaillierten Kompetenzkatalogen der Befehls- oder der Auftragstaktik bzw. der Plan- oder der Marktwirtschaft gleicht.

#### **Anhang 1: Quantitative Auswertung der formalen Fehler von 24 Arbeiten zum „externen Seminar“**

< 1 F./S.	4	3-<4 F./S.	2	6-< 7 F./S.	1
1-<2 F./S.	7	4-<5 F./S.	2		
2-<3 F./S.	6	5-<6 F./S.	2		

**Anhang 2: Quantitative Auswertung der formalen Fehler  
von 57 Seminararbeiten**

< 1 F./S.	13	4-<5 F./S.	5	8-< 9 F./S.	1
1-<2 F./S.	13	5-<6 F./S.	4	9-<10 F./S.	1
2-<3 F./S.	10	6-< 7 F./S.	1	13-<14 F./S.	1
3-<4 F./S.	8	7-< 8 F./S.	0		

**Anhang 3: Quantitative Auswertung der formalen Fehler  
von 29 Zulassungsarbeiten**

< 1 F./S.	13	2-<3 F./S.	7	4-<5 F./S.	0
1-<2 F./S.	6	3-<4 F./S.	2	5-<6 F./S.	1

**Anhang 4: Geburtsjahre der 293 Befragten (16 ohne Angaben)**

<b>Geburts- jahr</b>	♂	♀	<b>Gesamt</b>	<b>Geburts- jahr</b>	♂	♀	<b>gesamt</b>
<b>1963</b>	1		1	<b>1989</b>	4	6	10
<b>1974</b>	1		1	<b>1990</b>	7	12	19
<b>1976</b>	1	2	3	<b>1991</b>	14	15	29
<b>1979</b>		2	2	<b>1992</b>	14	21	35
<b>1981</b>	1		1	<b>1993</b>	17	21	38
<b>1982</b>	1	1	2	<b>1994</b>	16	24	40
<b>1984</b>	2	2	4	<b>1995</b>	7	31	38
<b>1985</b>		2	2	<b>1996</b>	9	18	27
<b>1986</b>	6	3	9	<b>1997</b>	3	13	15
<b>1987</b>	4	4	8	<b>1998</b>	1	2	3
<b>1988</b>	5	1	6				277



### Anhang 5: Durchschnittliches Lebensalter bei Studienbeginn

Semester	♂	♀	Ohne Angabe	insgesamt
SS 2012	23,4	21,3		22,6
WS 2012/13	20,9	26,9		23,5
SS 2013	23,8	22,6		23,0
WS 2013/14	20,4	20,1	22,0	20,5
SS 2014	23,3	24,9		24,6
WS 2014/15	19,8	20,6	20,3	20,9
SS 2015	25,5	21,8	27,0	23,3
WS 2015/16	19,6	20,6	23,0	20,5
SS 2016	23,8	22,8		23,4
WS 2016/17	20,3	24,0	21,0	20,5
SS 2017	26,3	25,6	21,0	24,0

### Anhang 6: Geburtsland der Studienanfänger SS 2012-SS 2017

(die zu 293 Fehlenden sind ohne Angaben)

Land	♂	♀	Ohne Angabe des Geschlechts	Summe
Deutschland	99	156	15	270 (95,1 %)
Kasachstan	0	4	0	4 (1,4 %)
Kosovo	0	2	1	3 (1,0 %)
Kroatien	1	0	1	2 (0,7 %)
Polen	0	0	1	1 (0,3 %)
Türkei	1	0	0	1 (0,3 %)
Griechenland	0	0	1	1 (0,3 %)
Russland	0	1	0	1 (0,3 %)
Schweiz	1	0	0	1 (0,3 %)

### Anhang 7: Erwerb der deutschen Sprache

Muttersprache	Im Kiga gelernt	In Schule gelernt	Außerhalb Kiga u. Schule gelernt	Ohne Angabe
230 (78,5 %)	23 (7,8 %)	6 (2,0 %)	1 (0,3 %)	33 (11,3 %)

### Anhang 8: Grad der Sprachbeherrschung

- a. Ich lese und verstehe komplexe, abstrakte Texte
- b. Ich lese und verstehe einfachere Texte
- c. Ich bin beim Umgang mit Texten prinzipiell unsicher
- d. Ich vermeide den Umgang mit Texten
- e. Ich kann mich mündlich verständigen
- f. Ich kann ganz und gar nichts verstehen

Sprache	a, komplex	b, einfach	c, unsicher	d, vermeide	e, ganz u. gar nicht	f, nur mdl.
Englisch	107 (36,5 %)	155 (52,9 %)	16 (5,5 %)	2 (0,7 %)	0	13 (4,4 %)
Französisch	3 (1,0 %)	39 (13,3 %)	57 (19,5 %)	51 (17,4 %)	5 (1,7 %)	8 (2,7 %)
Lateinisch	0 (0,0 %)	10 (3,4 %)	21 (7,2 %)	23 (8,5 %)	5 (1,7 %)	4 (1,4 %)
Türkisch	8 (2,7 %)	9 (3,1 %)	1 (0,3 %)	2 (0,7 %)	3 (1,0 %)	2 (0,7 %)
Russisch	3 (1,0 %)	5 (1,7 %)	4 (1,4 %)	2 (0,7 %)	5 (1,7 %)	1 (0,3 %)
Italienisch	2 (0,7 %)	3 (1,0 %)	5 (1,7 %)	3 (1,0 %)	1 (0,3 %)	3 (1,0 %)
Griechisch	5 (1,7 %)	4 (1,4 %)	1 (0,3 %)	0	0	0
Altgriechisch	0	1 (0,3 %)	0	0	0	0
Tschechisch	0	1 (0,3 %)	0	0	0	0
Ungarisch	0	1 (0,3 %)	0	0	0	0
Serbisch	0	1 (0,3 %)	0	0	0	0
Kroatisch	2 (0,7 %)	1 (0,3 %)	1 (0,3 %)	1 (0,3 %)	0	0
Polnisch	0	1 (0,3 %)	0	0	0	0
Albanisch	1 (0,3 %)	2 (0,7 %)	0	0	0	0
Afrikaans	0	1 (0,3 %)	0	0	0	0
Niederländisch	1	0	0	0	0	0
Schwedisch	0	1 (0,3 %)	1 (0,3 %)	0	0	0
Arabisch	0	0	0	0	1 (0,3 %)	1 (0,3 %)
kurdisch	1 (0,3 %)	0	0	0	0	0
Tok Pisin	1 (0,3 %)	0	0	0	0	0

### Anhang 9: Art des Fremdspracherwerbs

<b>Sprache</b>	<b>Muttersprachlich</b>	<b>In Schule gelernt</b>	<b>Sonst gelernt</b>
<b>Englisch</b>	4 (1,4 %)	284 (96,9 %)	0
<b>Französisch</b>	0	207 (70,6 %)	2 (0,7 %)
<b>Lateinisch</b>	0	69 (23,4 %)	1 (0,3 %)
<b>Spanisch</b>	1 (23,4 %)	80 (27,3 %)	2 (0,7 %)
<b>Türkisch</b>	24 (,2 %)	1 (0,3 %)	1 (0,3 %)
<b>Russisch</b>	8 (2,7 %)	1 (0,3 %)	1 (0,3 %)
<b>Italienisch</b>	4 (1,4 %)	10 (3,4 %)	0
<b>Arabisch</b>	2 (0,7 %)	1 (0,3 %)	0
<b>Kurdisch</b>	1 (0,3 %)	0	0
<b>Griechisch</b>	8 (2,7 %)	0	0
<b>Kroatisch</b>	4 (1,4 %)	0	0
<b>Altgriechisch</b>	0	1 (0,3 %)	0
<b>Niederländisch</b>	0	0	1 (0,3 %)
<b>Albanisch</b>	3 (1,0 %)	0	0
<b>Schwedisch</b>	0	0	1 (0,3 %)
<b>Ukrainisch</b>	1 (0,3 %)	0	0
<b>Portugiesisch</b>	0	0	2 (0,7 %)
<b>Ungarisch</b>	2 (0,7 %)	0	0
<b>Serbisch</b>	1 (0,3 %)	0	0
<b>Polnisch</b>	1 (0,3 %)	0	0
<b>Afrikaans</b>	0	0	1 (0,3 %)
<b>Tschechisch</b>	0	0	1 (0,3 %)

# Abgegrenzt oder offen?

## Grenzen als Thema des historischen Lernens

Von Frank Meier

In einer sich stetig weiter vernetzenden und globalisierten Welt sowie in Zeiten großer Flüchtlingsströme und verstärkter Zuwanderung erscheinen nationalstaatliche Grenzen und ein damit verbundener enger räumlicher Heimatbegriff, der in seinen Grundzügen auf das 19. Jahrhundert zurückgeht, als ein zu hinterfragendes Konstrukt aus der Vergangenheit. Deswegen soll in diesem Beitrag eine Annäherung an den vielschichtigen Begriff der Grenze versucht werden, um daraus Schlussfolgerungen für die Ausrichtung einer historischen Landeskunde zu ziehen. Denn das Wort „Grenze“ erscheint oft genug als belasteter Begriff, wie Heimat oder Volk, mit dem sich bestimmte Vorstellungen verbinden. Zudem lassen wir uns zu leicht von modernen Vorstellungen leiten.

### 1. Die Grenze: viele Begriffe, viele Dimensionen

Bereits das Lateinische kennt eine Vielzahl von Termini für das deutsche Wort Grenze: *limes, marca, meta, gades, terminus, fines, confinium, frontera, signum*.<sup>1</sup> Grenze ist ein slawisches Lehnwort und geht auf das anlässlich der Ausfertigung einer Urkunde vom 15. August 1176 genannte Wort *kenezegranica* zurück.<sup>2</sup> In der Kulmer Handfeste von 1251 wird das slawische Wort noch mit *gemerke* übersetzt.<sup>3</sup> 1262 ist das Wort *granizze* in einer Urkunde des Deutschen Ordens aus Thorn belegt.<sup>4</sup> Das slawische Wort wurde ursprünglich mit Zeichen an Bäumen und so mit dem Landesausbau verbunden.<sup>5</sup> Jakob Grimm nahm 1843 eine Auflistung volkssprachlicher Begrifflichkeiten vor.<sup>6</sup> Nach dem von Jakob und Wilhelm Grimm herausgegebenen „Deutschen Wörterbuch“ bezeichnet im Deutschen das Wort Grenze zunächst *die gedachte Linie, die zur scheidung von gebieten der erdoberfläche dient*.<sup>7</sup> Die Vielzahl der Worte für Grenze in den europäischen Sprachen hat Johannes Cramer untersucht.<sup>8</sup> Semantische Felder und daran anknüpfende unterschiedliche menschliche Vorstellungen lassen eine monokausale Definition des Begriffes der Grenze nicht zu. Im Laufe des 16. Jahrhunderts nahm sich zudem die Literatur im übertragenen Sinne der Grenze an.<sup>9</sup>

Als ebenso vielschichtig erweisen sich die verschiedenen Dimensionen von Grenzen in gesellschaftlicher Hinsicht: Grenzen kommen vor zwischen verschiedenen Naturräumen (z. B.: Kontinente, Klimazonen, Ökosysteme, Höhengrenzen), Kulturräumen (z. B.: Völker, Sprachen, Re-

---

<sup>1</sup> Nikolaus JASPERT: Grenzen und Grenzräume im Mittelalter. Forschungen, Konzepte und Begriffe. In: Klaus Herbers (Hg.): Grenzräume und Grenzüberschreitungen im Vergleich- der Osten und der Westen des mittelalterlichen Lateineuropa. Berlin 2007 (Europa im Mittelalter; 7) S. 43-70, S. 66.

<sup>2</sup> Polnisches Urkundenbuch I, 62, S. 77-81.

<sup>3</sup> Preußisches Urkundenbuch 1, 1, 183 ff.

<sup>4</sup> Ebd., 156, S. 130 ff.

<sup>5</sup> JASPERT (wie Anm. 1), S. 67.

<sup>6</sup> Vgl. Jakob GRIMM: Deutsche Grenzalterthümer (1843). In: Jakob GRIMM (Hg.): Kleine Schriften II. Berlin 1865, S. 30-74.

<sup>7</sup> Ebd.

<sup>8</sup> Johannes CRAMER: Bezeichnungen für „Grenze“ in den europäischen Sprachen. In: Diagonal 1993, S. 15-24.

<sup>9</sup> Vgl. Deutsches Wörterbuch von Jacob GRIMM und Wilhelm GRIMM, Bd. 9, Sp. 124 bis 153, [http://woerterbuchnetz.de/cgi-bin/WBNetz/wbgui\\_py?sigle=DWB&mode=Vernetzung&lemid=GG27579#XGG27579](http://woerterbuchnetz.de/cgi-bin/WBNetz/wbgui_py?sigle=DWB&mode=Vernetzung&lemid=GG27579#XGG27579) (abgerufen am 07.08.2017).

ligionen, Volkswirtschaften, Währungen, Zollsystemen, Infrastrukturen), politischen Verwaltungsräumen bzw. rechtlichen Hoheitsgebieten (z. B.: Hofstätten, Äckern, Gemeinden, Länder, Nationen, Lufträumen), Planungsräumen (z. B.: Gebietseinheiten, Zentrum und Peripherie), Handlungsräumen (z. B.: Einzugsgebiete, Sperr- und Schutzgebiete), Wahrnehmungsräumen (Informations- und Kommunikationssystemen, Zeitzonen) und als psycho-logische Grenzen (Meinungs- und Sinn Grenzen).

Eine Grenze kann zudem mehrere räumliche Dimensionen besitzen. Eindimensional und linear, zweidimensional und flächig, dreidimensional und räumlich sowie vierdimensional und zeitlich.<sup>10</sup>

Beispiele für eindimensionale, lineare Grenzen sind etwa der Limes, aber auch Ackergrenzen, der mittelalterliche Dorffetter, die Grenzen des Stadtrechtsbezirkes oder Pfarrei- und Bistumsgrenzen. Selten jedoch verfügen wir über eine exakte Beschreibung mittelalterlich-linearer Grenzen, wie sie etwa in der Urkunde Kaiser Friedrich I. Barbarossa von 1155 für den Konstanzer Bischof Hermann von Arbon zum Ausdruck kommt, die neben einer Beschreibung der Diözesangrenzen auch die Rechte des Bischofs auflistet.<sup>11</sup> Die Fränkischen Reichsannalen erwähnen 806 den Bau von fränkischen Kastellen an Elbe und Saale.<sup>12</sup> Im gleichen Jahr sichert der Dänenkönig Göttrik die Eidergrenze unter Einbeziehung des Flusses mit Wall und Graben<sup>13</sup>, wobei die vorgelagerte Sicherung als Danewerk bezeichnet wird. An mehreren Stellen ist der *Limes Sorabicus* an der Saale in den Fuldaer Annalen belegt. Dabei bezeichnet die Sorbische Mark eine Grenzzone zwischen dem Fränkischen Reich und den östlich davon siedelnden Sorben, die spätestens um die Mitte des 9. Jahrhunderts durch die Fränkische Reichsteilung bzw. den Vertrag von Verdun entstanden war und unter dem Kommando eines Fürsten (*dux Sorabici limitis*) stand [belegt sind: Thakulf (849, 858 und 873), Ratolf (874) und Poppo (880)].<sup>14</sup> Der *Limes Saxoniae* wird von Adam von Bremen (ca. 1050-1081/85) in seiner Hamburgischen Kirchengeschichte beschrieben:

„Auch habe ich eine Festlegung der sächsischen Grenze jenseits der Elbe durch Karl und andere Kaiser gefunden; sie verläuft folgendermaßen: Vom Ostufer der Elbe bis zu dem Flüsschen, das die Slawen Mesenreiza nennen. Oben trennt sich der Limes von ihm und verläuft im Delvenauwalde bis an die Delvenau. Von ihr kommt man an den Hornbeker Mühlenbach und an die Billequelle. Von da geht man weiter zum Linwinestein, an die Weisebirken und die Barnitz. Dann läuft sie auf die Sumpfbeste zu bis zum Travewald und aufwärts durch diesen zur Blunkebach-Niederung. Dann führt sie zum Ackerrandwald und steigt geradenwegs an bis zur Furt über den Ackerrandbach. Dort bestand Burwido einen Zweikampf gegen einen Slawenkämpfer, den er tötete. Hier steht ein Gedenkstein. Von diesem Gewässer weg läuft die Grenze oben und

---

<sup>10</sup> Vgl. zu mittelalterlichen Grenzen: Walther POHL, Helmut REIMITZ (Hg.): Grenze und Differenz im frühen Mittelalter, Wien 2000, S. 39-56.; Nikolas JASPERT: Grenzen und Grenzräume im Mittelalter. Forschungen, Konzepte Begriffe, [http://archiv.ub.uni-heidelberg.de/volltextserver/16946/1/Jaspert\\_Grenzen\\_und\\_Grenzrae-ume\\_im\\_Mittelalter.pdf](http://archiv.ub.uni-heidelberg.de/volltextserver/16946/1/Jaspert_Grenzen_und_Grenzrae-ume_im_Mittelalter.pdf) (abgerufen am 16.07.2017).

<sup>11</sup> Reg. Imp. 4/2 Nr. 369-372, REC I Nr. 936f.; Helmut MAURER: Die Bischofsstadt Konstanz in staufischer Zeit. In: Erich MASCHKE, Jürgen SYDOW: Südwest-deutsche Städte im Zeitalter der Staufer. Sigmaringen 1980, S. 69-94.

<sup>12</sup> Annales regni Francorum a. 806, ed. Kurze, S. 127.

<sup>13</sup> Annales regni Francorum a. 806, ed. Kurze, S. 127.

<sup>14</sup> Vgl. Matthias HARDT: Linien und Säume, Zonen und Räume an der Ostgrenze des Reiches im frühen und hohen Mittelalter. In: Walter POHL, Helmut REIMITZ (Hg.): Grenze und Differenz im frühen Mittelalter. Wien 2000, S. 39-56.

fällt in den Stocksee ab. Dann kommt man an das östliche Schwentinefeld und an die Schwentine selbst. An ihr entlang läuft die Sachsendgrenze aus in Skythenmeer und Ostsee.“<sup>15</sup>

Adam von Bremens lineare Grenzlinie nennt Flüsse, Seen sowie Steine und Bäume als Orientierungspunkte. Zweimal werden Wälder genannt, und einmal kommt mit Schwentinefeld bei Bornhöved eine offene Landschaft vor. Statt also den Limes mit der Chinesischen Mauer zu vergleichen, wie es die aktuellen Bildungsstandards in Baden-Württemberg vorsehen, wäre ein Vergleich mit der Eidergrenze, dem *Limes Sorabicus* oder der Grenzziehung zwischen Franken und Sachsen weitaus naheliegender, wie sie Adam von Bremen beschreibt.

Hegemoniale Mächte prägten das Prinzip der Vorwärtsverteidigung von Räumen. So legten etwa die Merowinger an den Grenzen ihres Reiches Außendukate und die Karolinger eigene Marken an. An die deutsche Ostsiedlung des Mittelalters knüpfte die nationale Geographie des 19. Jahrhundert und der Nationalsozialismus mit seinem rassistischen Programm vom „Lebensraum in Osten“ an. Frederick Jackson Turner formulierte 1893 in seinem Essay *The Significance of the Frontier in American History* die These auf, dass die angebliche amerikanische Sonderstellung aus der ausgreifenden Auseinandersetzung von Pionieren mit der Wildnis (*Frontier*) erwachsen sei.<sup>16</sup> Grenzgebiete wurden durch gestaffelte Grenzhindernisse befestigt, etwa durch die Anlage von Burgen oder Grenzlandschaften in Ödland verwandelt, wenn nicht Grenzwälder oder Sümpfe ausreichend Schutz boten. Mitunter übernahmen auch bestimmte Völker bzw. Stämme den Schutz der Grenzsäume. Mit dem zunehmenden Landesausbau verschwanden in Europa die Grenzsäume und wurden zu Grenzlinien.

Der Schutz von Grenzen wurde oft einer dritten Dimension, etwa den himmlischen Mächten anvertraut. In diesem Zusammenhang sei an die „Poen-Formel, in der göttliche Strafen angedroht werden, mittelalterlicher Urkunden erinnert. Da diese Strafandrohung lediglich symbolisch war und zudem bestehende Grenzzeichen verfielen oder gezogene Grenzlinien in Vergessenheit gerieten, musste deren Bedeutung immer neu von Chronisten eingeschärft werden.

Auf die zeitliche Dimension vergangener Grenzen konnten und können politische Herrschaftsträger zurückgreifen. Papst Urban II. rief 1096 in seinem Kreuzzugsaufruf zur Wiedereroberung des an die Muslime verlorenen Heiligen Landes auf und hatte dabei die einstigen Grenzen des Römischen Reiches im Sinn.

Grenzen können auch Punkte sein. So legte der Langobardenkönigs Ratchis nach 740 im Zusammenhang mit dem Grenzschutz *clusen* (Klausen) als Punkte am Südende von Passstraßen an. Das Bild der punktuellen Grenze Widukind von Corvey und Liudprand von Cremona überliefern im 10. Jahrhundert eine Geschichte, wonach Karl der Große die Awaren einschloss und erst Arnulf sie, nun als Ungarn, wieder entkommen ließ. Während Widukind von einem *ingen-tum vallum* spricht, verwendet Liutprand das Wort *clusas*.<sup>17</sup>

---

<sup>15</sup> ADAM VON BREMEN: Hamburgische Kirchengeschichte II, 18, ed. Schmeidler, 73 f., Übersetzung nach Trillmich, S. 247 ff.

<sup>16</sup> Vgl. Matthias WAECHTER: Die Erfindung des amerikanischen Westens. Die Geschichte der Frontier Debatte. Freiburg 1996.

<sup>17</sup> Widukind, *Res gestae Saxoniae* 1, 19, ed. Hirsch, 29: *Victi autem a Magno Karolo et trans Danubium pulsas ingenti vallo circumclusi, prohibiti sunt a consueta gentium depopulatione*; Liudprand, *Antapodosis* 1, 5; ed. Becker, 7: *Ungariorum gens (...) nobis omnibus tunc temporis* (d.h. des byzantin. Ks. Leo VI. 886-912 und von Kg. Arnulf 887-899) *habebatur ignota. Quibusdam namque difficilimis separata a nobis erat interpositionibus, quas clusas nominat vulgus, ut neque a meridianam neque ad occidentalem plagam exeundi habuerit facultatem.*

## 2. Grenze im Mittelalter: Differenzierung und Kontaktbereich

Grenzen lassen Fremdheit auf verschiedenen Ebenen entstehen. Denn von Menschen gemachte Grenzen haben die Aufgabe der Differenzierung zwischen dem Eigenen und dem Fremden und können in religiöser, geographischer, ethnischer, kultureller und politischer Hinsicht gezogen werden. „Es ist die Macht der Unterscheidung, die aus der Differenz die Abgrenzung, aus Begegnungsstätte erst eine Grenze macht“, formulierte Walter Pohl.<sup>18</sup> Abgrenzung und Sinngebung wurden in der Geschichte oft miteinander verbunden. Geschichtsschreiber bemühten sich um Abgrenzungen von Menschen: Griechen und Römer von Barbaren oder Christen von Heiden. Es geht um das differenzierte soziale Feld, dem mit Grenzziehungen aller Art beigegeben werden soll, so Pohl.<sup>19</sup>

Die geographische Perspektive ist entscheidend: Dabei geht man vom Eigenen aus und ordnet danach den Raum. Für das antike Griechenland lag Mitteleuropa bis zur römischen Expansion über die Alpen am Rande der *oikumene* und galten die Kelten daher als Barbaren. Hekataios von Milet (um 500 v. Chr.) nahm daher nur vereinzelte Nachrichten über keltische Siedlungen in seine Erdbeschreibung auf. Herodot (484 – ca. 430 v. Chr.) schreibt: „Die Kelten aber sitzen jenseits der Säulen des Herakles, den Kynesiern benachbart, den am weitesten im Westen beheimateten Bewohnern Europas (II 33). Mehr konnte auch Herodot nicht in Erfahrung bringen. Nach eigener Aussage fehlten ihm nähere Informationen über die Zinninseln (Britannien) und über das genaue Herkunftsgebiet des Bernstein am Nordmeer (III 115). Die Donau entspringt für ihn im Land der Kelten (II 33,3; IV 49,3). Platon erwähnt die Kelten neben anderen Völkern ein Jahrhundert später im Zusammenhang mit Trunkenheit und charakterisierte sie als wilde Krieger (Leg. 637 D-E). Denn in dieser Zeit waren die Kelten bereits in Oberitalien eingedrungen. Nach Aristoteles (2. Hälfte des 4. Jh.) bewohnten die Kelten kalte Gebiete (Gen. Animal. 748 A). Deren Bewohner seien stolzen Muts, doch mangle es ihnen an nüchterner Überlegung und Sachkenntnis (Polit. 1327 B); sie behaupteten zwar leichter ihre Freiheit, seien aber zur Bildung staatlicher Gemeinwesen ungeeignet und unfähig, über ihre Nachbarn zu herrschen. Die Kelten sind für ihn bis zur Verrücktheit furchtlos (Eth. Nic. 115 B; Eth. Eud. 1229 B); Erziehung und Gesetze sind ganz auf den Krieg ausgerichtet, in der auch die systematische Abhärtung der Kleinstkinder nicht fehlt (Polit. 1324 B; 1336 A).<sup>20</sup>

Vom christlichen Standpunkt aus gibt es nur eine echte Grenze, die zwischen der irdischen Welt und dem Paradies. Daher erscheint der Garten Eden auf der mittelalterlichen Ebstorfer *Mappa mundi* als ein von hohen Mauern umgebener Ort, die den Verbotscharakter der Grenze zeigen: *Paradisus et lignum vite et quatuor flumina fluentes de Paradiso, ubi primos parentes decipit serpens suadens de ligno vetito manducare* („Das Paradies und das Holz des Lebens und die vier aus dem Paradies entspringenden Flüsse; wo die Schlange unsere Ureltern betrog, indem sie sie anstiftete, vom verbotenen Baume zu essen.“), heißt es in der dazugehörigen Legende dieser größten Weltbildkarte des Mittelalters. Grenzen können aber auch nach christlicher Vorstellung von Menschen gesetzt werden. So schließt Alexander der Große auf der Ebstorfer Karte die Völker Gog und Magog mit einer Mauer ein: *Hic inclusit Alexander duas gentes immundas Gog et Magog, quas comites habebit Antichristus. Hii humanis carnibus vescuntur et sanguinem bibunt* (Hier hat Alexander die beiden grausigen Völker Gog und Magog eingeschlossen, die der Antichrist im Gefolge haben wird. Sie essen Menschenfleisch und trinken Blut), steht

---

<sup>18</sup> Walter POHL: Soziale Grenzen und Spielräume der Macht. In: Grenze und Differenz im frühen Mittelalter. Hg. von Walter POHL und Helmut REIMITZ. Wien 2000, S. 13.

<sup>19</sup> Ebd., S. 14.

<sup>20</sup> Vgl. Hermann DANNHEIMER und Rupert GEBHARD (Hg.): Das keltische Jahrtausend. Mainz am Rhein 1993 (Ausstellungskataloge der Prähistorischen Staatssammlung); Die Kelten in Baden-Württemberg. Hg. von Kurt BITTEL. Stuttgart 1981.

im entsprechenden Bildtext.<sup>21</sup> Den Zeichnern der Ebstorfer Mappa mundi war das welfische Herrschaftsgebiet um seine beiden norddeutschen Zentren Braunschweig und Lüneburg bestens bekannt, denn kein anderer Teil der Karte ist so detailliert wiedergegeben. Vom Nahen zum Fernen lautet daher das Prinzip mittelalterlicher Raumvorstellungen, womit sich Identitätsbildung und Fremdeitszuschreibung verbinden.

Auf den im 11. und 12. Jahrhundert beliebten Zonenkarten besteht die Erde aus einem Kreis, der vom ringförmigen Ozean umschlossen und durch einen waagrecht verlaufenden Meeresarm in zwei, in gemäßigten Arealen gelegenen Kontinente, einen südlichen und einen nördlichen, geteilt ist. Je eine kalte Zone an den Polen begrenzen beide Erdteile. In den so voneinander geschiedenen fünf Zonen erscheinen zwei als bewohnt, wobei aber nur eine von beiden der bekannten Welt zugeordnet wird. Die im 12. Jahrhundert aufkommenden Klimatenkarten teilen vergleichbar den Zonenkarten die bewohnte Welt in sieben Klimazonen ein. Auf der Salemer Zonenkarte aus dem 13. Jahrhundert trennt neben der beschriebenen T-Form ein äquatoriales Meer einen großen unbekannten Südkontinent ab. Über den ganzen Erdkreis hat der Geograph des Zisterzienserklosters Salem im Linzgau eine auf die Griechen zurückgehende Einteilung in fünf Klimazonen gelegt: kaltes Klima, gemäßigtes Klima, heißes Klima, kaltes Klima. Er zeichnet den Raum *suevia* das erste Mal auf einer Karte ein.<sup>22</sup>

Adam von Bremen (wohl vor 1050–1085) unterscheidet im dritten Buch seiner *Gesta Hammaburgensis ecclesiae pontificum* („Geschichte des Erzbistums Hamburg“) zwischen den Regionen *trans Albia* („jenseits der Elbe“) und *cis Albia* („diesseits der Elbe“) und sieht die Elbe als Grenze zwischen den später missionierten beziehungsweise heidnischen nördlichen Stämmen und den christlichen Sachsen.<sup>23</sup> Daher bezeichnet er die Völker nördlich der Elbe auch als *Transalbiani* („Transelbier“) und diejenigen südlich der Elbe entsprechend als *noster populus* („Unser Volk“) (Gesta II, 28, S. 88).<sup>24</sup> Die „Nordelbier“ wohnen in der Beschreibung Adams entsprechend den Heiden am nächsten.<sup>25</sup> Der Grad der Fremdeitszuschreibungen Adams von Bremen, der von seinem eigenen geographischen Standpunkt ausgeht, nimmt vom Nahen zum Fernen zu, womit zugleich ein zivilisatorisches Gefälle verbunden ist. Religiöse Grenzziehungen sind für den Kirchenmann im Hinblick auf die Eigen-Fremd-Differenzierung bedeutender als ethnische Zugehörigkeiten. Denn ohne Kenntnis der Bibel gibt es für Adam kein Verständnis der *Terra Christiana*. Der Bremer Chronist schreibt dabei den *Sclavi* (Slawen) bezüglich ihrer *lingua* (Sprache) und ihrem *habitus* (Lebensweise, Gesinnung) ebenso wie den *Dani* (Dänen) im Unterschied zu den *Saxones* (Sachsen) eine fremde Identität zu. Die Bewohner Dänemarks nennt er auch *barbari* („Barbaren“), die Wikinger sogar *pagani* („Heiden“) oder *pyratae* („Piraten“), um sie aus dem christlichen Kulturkreis auszuschneiden. Unwissend und schlecht

---

<sup>21</sup> Vgl. Die Ebstorfer Weltkarte. Kommentierte Neuausgabe in zwei Bänden, hg. von Hartmut KUGLER unter Mitarbeit von Sonja GLAUCH und Antje WILLING. Digitale Bildbearbeitung Thomas ZAPF. Bd. 1: Atlas, Bd. 2: Untersuchungen und Kommentar, Berlin 2007; Die schöne Ebstorferin. In: Bild der Wissenschaft 11/2007; Ein Weltbild vor Columbus – die Ebstorfer Weltkarte, interdisziplinäres Colloquium 1988, hg. von Hartmut KUGLER in Zusammenarbeit mit Eckhard Michael. Mit Beiträgen von H. Appuhn u. a. Weinheim 1991; Brigitte ENGLISH: Ordo orbis terrae. Die Weltsicht in den Mappae mundi des frühen und hohen Mittelalters (= Vorstellungswelten des Mittelalters 3), hg. von Hans-Werner GOETZ, Wilfried HARTMANN u. a., Berlin 2002, S. 464–495.

<sup>22</sup> Salemer Weltkarte, Universitätsbibliothek Heidelberg, Handschrift 9,39.

<sup>23</sup> ADAM VON BREMEN: *Gesta Hammaburgensis ecclesiae pontificum*. In: Werner TRILLMICH, Rudolf BUCHNER (Hg.): Quellen des 9. und 11. Jahrhunderts zur Geschichte der Hamburgischen Kirche und des Reiches (FSGA 11). Darmstadt 2000, [https://de.wikisource.org/wiki/Hamburgische\\_Kirchengeschichte](https://de.wikisource.org/wiki/Hamburgische_Kirchengeschichte) (abgerufen am 20.08.2015), III, 43, S. 185.

<sup>24</sup> Ebd., II, 28, S. 88.

<sup>25</sup> Ebd., II, 28, S. 66



waren für Adam per se alle Nichtchristen.<sup>26</sup> Adam von Bremen (wohl vor 1050–1085) blickt in seinem vierten Buch der „Geschichte des Erzbistums Hamburg“ von Sachsen her vor, wenn er die Völker der Erde in nördlicher und nordöstlicher Richtung bis ans Ende der Welt beschreibt, wo er die menschlichen *monstra* ansiedelt.<sup>27</sup> Damit werden zugleich die möglichen Grenzen der künftigen Missionsaufgaben seines Bistums abgesteckt.

Auch Helmold von Bosau (um 1120–1177) nimmt in seiner *Chronica Slavorum* („Chronik der Slaven“) Fremdheitszuschreibungen in geographischer, ethnischer und religiöser Hinsicht vor. Für ihn sind Slawen schlichtweg *barbari*.<sup>28</sup> In der zwischen 1204 und 1209 entstandenen Fortsetzung der Chronik Helmolds konzentriert Arnold von Lübeck (gest. um 1211) im Gegensatz zu seinem Vorgänger seine Fremdheitszuschreibungen vor allem auf die in geographisch entfernten Gegenden lebenden Menschen wie den *Saraceni* („Sarazenen“), sicherlich ein Zugeständnis an die Kreuzzugsbewegung.<sup>29</sup>

Die religiöse Konzeption bestimmt das räumliche Denken. Im theozentrischen Weltbild des Mittelalters steht Gott in der Mitte. Der religiös determinierte Raum des mittelalterlichen Menschen besitzt heilige Zentren und eine profane Peripherie. Erst die Physik der Renaissance entdeckt mit Isaac Newton den Raum als abstrakte Größe. Die zeitgenössischen Kaufleute und Seefahrer verlangten nach geographisch genauen Karten. Die mittelalterlichen *Mappae mundi* waren nach der Entdeckung Amerikas mit einem Schlag überholt. Der moderne Fürstenstaat versuchte, die politische Dimension des Raumes durch eine einheitliche Administration und Gesetzgebung zu organisieren.<sup>30</sup>

Die kollektive Identität, die das christlich-mittelalterliche Weltbild verhieß, war aber nicht mehr als der theoretisch-konzeptionelle Rahmen. Denn auch im Mittelalter vollzog sich die Identitätsbildung vom Kleinen zum Großen hin, also vom Pfarrsprengel über das Bistum bis zur römisch-katholischen Kirche, vom Dorfbezirk über die Herrschaft bis zum Königreich und zum kaiserlichen Imperium. Das Zugehörigkeitsgefühl zu einer Gruppe verlor mit zunehmender Größe des Kreises an Stärke. Da das Mittelalter kein Nationalbewusstsein im modernen Sinne kannte, prägten Herrschaften, Regionen und Landschaften Identitäten weitaus stärker als das *regnum* oder *imperium*.

Grenzen haben Wirkungen: Zum Begriff der politischen Herrschaft über einen Raum gehören Elemente der territorialen Abgrenzbarkeit, der räumlichen Zuordnung und der personalen Ausschließlichkeit. Im Unterschied zur kleinräumigen Kontrolle über Besitz und Untertanen ist Herrschaft über einen Großraum im Mittelalter nur symbolisch vermittelbar: als Verständnis der Macht, als ein Beziehungsgeflecht (Foucault), welches den gesamten sozialen Raum durchzieht. Die Situationsgebundenheit von Grenzen im Mittelalter ist nach Pohl nur beschreibbar

---

<sup>26</sup> Frank MEIER: „Unverständlich wären die Menschen wie das liebe Vieh, wenn nicht die sechs Weltzeitalter hätten unterrichtet sie“. Bemerkungen zur zeitgenössischen Mittelalterrezeption. In: Volker GALLÉ (Hg.): Vom finsternen zum bunten Mittelalter. Worms 2017, S. 35-61, S. 50.

<sup>27</sup> Vgl. ADAM VON BREMEN: *Gesta Hammaburgensis ecclesiae pontificum*.

<sup>28</sup> Vgl. *Helmoldi Presbyteri Bozoviensis Chronica Slavorum* (= Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte des Mittelalters. Bd. 19). Neu übertragen und erläutert von Heinz STOOB. Darmstadt 1973.

<sup>29</sup> Vgl. *Arnoldi chronica Slavorum. ex rec. I. M. Lappenbergii in usum scholarum ex Monumentis Germaniae Historicae recudi fecit Georgius Heinrichus Pertz* (Monumenta Germaniae Historica 14). Unveränd. Nachdr. d. Ausg. von 1868. Hannover 1978 (Digitalisat der Ausgabe 1898 im Internet Archive).

<sup>30</sup> Karl BOSL: *Raumordnung im Aufbau des mittelalterlichen Staates. Forschungsberichte des Ausschusses „Historische Raumforschung“ der Akademie für Raumforschung und Landesplanung* (Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 15, Historische Raumforschung, Bd. 3). Bremen 1961, S. 9-24.

oder erzählbar, aber nicht wirklich definierbar. Bewegung und Kontrolle war, so Pohl, der wichtigste pragmatische Gesichtspunkt eines mittelalterlichen Herrschers.<sup>31</sup>

Nikolaus Jaspert kam zu dem Schluss, dass die These der älteren Forschung, die davon ausging, dass die Grensräume des Früh- und Hochmittelalters im Laufe des 13. bis 15. Jahrhunderts „im Zuge zunehmender „Verstaatlichung“ zu linearen verengt Grenzen wurden“, mittlerweile widerlegt sei.<sup>32</sup> Auch sei der Prozess der Entstehung von politischen Grenzen weitaus weniger „regelmäßig“, als gemeinhin angenommen.<sup>33</sup> In der mittelalterlichen Theologie betrachtete man die politischen Grenzen als eine Folge des Turmbaus zu Babel.<sup>34</sup> Grenzen dienten auch zur Abschottung von Großverbänden nach außen hin und trugen so zur inneren Konsolidierung bei.<sup>35</sup>

Aber Grenzen differenzierten nicht nur Menschen, sondern waren auch Orte der Begegnung, worauf bereits Jakob Grimm in seiner Abhandlung über *Deutsche Grenzalterthümer* von 1843 hinwies. Die Grenze, so Grimm, *müsse nicht blosz als trennendes, sondern zugleich als einigendes princip behandelt werden, aus welchem neben der nothwendigen scheide ein band der nachbarschaft sich bilde und entfalte*.<sup>36</sup> Grenzen sind immer auch Teil einer „europäischen Verflechtungsgeschichte“, „interkulturelle Nahtstellen“ also, so Jaspert, an denen Menschen, Wissen und Waren auf friedlichem Wege ausgetauscht werden.<sup>37</sup> Im historischen Lernen sollte daher nicht nur das Trennende, sondern auch das Verbindende von Grenzen betont und Assimilations- und Akkulturationsprozesse hinterfragt werden. Auch gab es immer Grenzgegenden. Man denke etwa an den spanischen Nationalhelden el Cid, der mehrmals die Seiten zwischen islamischen und christlichen Herrschaften wechselte.

### **3. Grenzen im Zeitalter des Nationalismus: Die Erfindung „natürlicher Grenzen“**

Der französische Revolutionär Danton hatte eine klare Vorstellung von den Grenzen der Französischen Republik und sagte am 31. Januar 1793:

„Ich sage, dass man grundlos befürchtet, der Republik einen zu großen Umfang zu geben. Ihre Grenzen sind durch die Natur festgelegt. Wir werden sie in allen Himmelsrichtungen erreichen: am Rhein, am Ozean, an den Alpen. Darüber hinaus sollen sich die Grenzen unserer Republik nicht erstrecken.“<sup>38</sup>

Damit hatte Danton das Ziel für die expansionistischen Revolutionskriege abgesteckt. Mit der Absicht, die Rheingrenze zu gewinnen, knüpfte die französische Politik der Revolutionszeit an die Ludwig XIV. an. Auf die linksrheinischen Territorien Württembergs und Badens wurde in diesen neuen Ordnungsvorstellungen keinerlei Rücksicht genommen.

---

<sup>31</sup> Ebd., S. 15.

<sup>32</sup> JASPERT (wie Anm. 1), S. 45.

<sup>33</sup> Ebd., S. 46.

<sup>34</sup> Ebd., S. 48.

<sup>35</sup> Ebd., S. 52.

<sup>36</sup> Jakob GRIMM: *Deutsche Grenzalterthümer* (1843). In: Jakob GRIMM (Hg.): *Kleine Schriften II*. Berlin 1865, S. 30-74, S. 31; zit. nach JASPERT: *Grenzen und Grensräume*, S. 57.

<sup>37</sup> JASPERT (wie Anm. 1), S. 57f.

<sup>38</sup> Zit. nach: Walter MARKOW, Albert SOUBOUL: 1789. Die Große Revolution der Franzosen. Köln 1977, 257 f.

Das Prinzip der „natürlichen Grenze“ wurde im 19. Jahrhundert zu einem Kampfbegriff nationalen Denkens und zum Fundament der Politischen Geografie.<sup>39</sup> Der Naturphilosoph Lorenz Oken aus Jena schrieb 1814 unter dem Eindruck der preußischen Befreiungskriege gegen Napoleon, dass kein Land in Europa so natürliche Grenzen als Frankreich habe, „wodurch es zu einem glücklichen und unüberwindlichen Staat“ werde. Es gebe aber auch „kein Volk in Europa, ja auf der ganzen Erde, welches diese Natur weniger“ erkenne und sie für „zu klein“ wähne. Seine eigenen „geologischen Untersuchungen“ hätten vielmehr gezeigt, dass das Flusssystem des Rheins „durch bedeutende Gebirgsketten von den Gebieten der französischen Flüsse Rhone, Saone, Seine, deutlich, scharf geschieden“ sei „wie die Rheinbewohner von den Bewohnern der Gebiete jener Flüsse, wie Theutsche und Franzosen.“ Aber auch die Rhone gehörte nach Okens Sicht, der nur Gebirge als „natürliche Grenzen“ anerkennen wollte, in ihrem Quellgebiet nicht zu Frankreich, denn erstens sei dieses Gebiet „zu schmal“ und reiche „zu weit zwischen der Schweiz und Piemont“ herein, und zweitens würde die Rhone ohnehin, wäre die Gebirgsschleuse unterhalb Genfs nur wenige Meter höher, wie andere kleinere Flussläufe auch, in den Neuenburger See fließen. Damit sei die Rhone aber im Grunde „eine Rheinader“, wenn auch „zum Theil getrennt“<sup>40</sup> Oken kam daher zu dem Schluss:

„Ein Volk muss beisammen wohnen; mithin [darf] ein [natürliches, von Gebirgsketten umgrenztes] Land keine anderen Länder oder Völker zwischen sich haben. [...] Wenn mithin Theile fremder Sprache oder Völker, oder kleine Völker im Land des großen Volks wohnen; so sind sie als *unnatürlich* eingewandert, als innewohnende *Fremde* zu betrachten, und mit dem Hauptvolk zu verschmelzen durch einerlei Gesetz und Sprache: denn – warum bewohnen sei einerlei Boden?“<sup>41</sup>

Friedrich Ratzel fasste „natürliche Grenzen“, wie Flüsse (Stromprinzip vs. Wasserscheidenprinzip) oder Gebirge (Alpenhauptkamm), als geopolitische Determinanten historischen Geschehens auf und hob dabei das Trennende an Grenzen über Gebühr hervor.<sup>42</sup> Der politische Geograph Leupolt meinte, indem die Nationen „die physischen, d. h. geographischen Bedingungen der ungehindertsten und vollständigsten Thätigkeit“ erlangten, folgten sie nur dem „Schrei der Natur“. Die „physisch-politische Geographie“ sei schon deshalb keine „Chimäre“, weil das „System der natürlichen Gebiete“ von den Nationen selbst „instinktmäßig“ ausgebildet werde. Man könne „in den Stämmen eine Art von Wahlverwandtschaft voraussetzen [...], wodurch sie bewogen wurden, in der Welt herum zu wandern, bis sie an den Fleck trafen, wo ihnen ein dunkles Bewußtseyn weissagte, daß die klimatischen und geographischen Verhältnisse mit ihrer eigenthümlichen Natur in der nöthigen Harmonie standen, [um] ihre Sendung in der Weltgeschichte [zu] erfüllen.“<sup>43</sup>

Der Historiker Karl Ludwig von Haller übte im Jahre 1800 Kritik an der geographischen Fiktion der „natürlichen Grenzen“ und sah so die großen Kriege der nächsten zwei Jahrhunderte voraus:

„Es giebt gar keine sichere Grenze ohne Völkerrecht und Macht“ [...] „die absolute Annahme des Systems der natürlichen Grenzen führe zu nichts weniger, als wie es den Kindern mit dem

---

<sup>39</sup> Hermann OVERBECK: Ritter – Riehl – Ratzel. Die großen Anreger zu einer historischen Landschafts- und Länderkunde Deutschlands im 19. Jahrhundert. In: Die Erde, Bd. 3, 1951/52, S. 197-210; wieder abgedruckt in: Hermann OVERBECK: Kulturlandschaftsforschung und Landeskunde (Heidelberger Geogr. Abhandlungen 14). Heidelberg 1965, S. 88-103.

<sup>40</sup> Lorenz OKEN: Neue Bewaffnung, neues Frankreich, neues Theutschland. Jena 1814, S. 71 f.

<sup>41</sup> Ebd.: S. 68 f.

<sup>42</sup> Vgl. Friedrich RATZEL: Politische Geographie, München und Leipzig 1897, Neudruck der 3. Auflage von 1923. Osnabrück 1974.

<sup>43</sup> Zit. Nach: Hans-Dietrich SCHULZ: Land – Volk – Staat. Der geographische Anteil an der Erfindung der Nation. In Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 1 (2000), S.4-16., S. 19.

Horizont gehe, von Berg zu Berg, von Fluß zu Fluß, zuletzt alle vier Welttheile besitzen zu müssen, welche allein auf allen Seiten mit Wasser umgeben sind. Alsdann aber würde man ohne Zweifel auch noch die umliegenden Inseln haben wollen, um nicht mit ihnen über die Grenzen des Meers zu streiten. Unbedingt natürliche Grenzen zu wollen, ist demnach so viel, als gar keine Grenzen zu wollen. Die Maxime widerspricht sich selbst, und ist absurd.“<sup>44</sup>

Als schwierig erweist sich die Abgrenzung Europas. Während in der schulischen Erdkunde in der Regel noch ein klar abgegrenztes Europabild gezeichnet wird, ist die historische Bestimmung Europas weitaus schwieriger. Der Schulbuchatlas aus dem Westermann-Schulbuchverlag definiert noch klar:

„Der Erdteil Europa erstreckt sich vom (1) Mittelmeer im Süden bis zum (2) europäischen Polarmeer im Norden, vom (3) Atlantik im Westen bis zum (4) Uralgebirge im Osten. [...] Im Süden trennt die Meerenge des (5) Bosporus Europa von Asien. (6) Die Strasse von Gibraltar ist die Meerenge zwischen Europa (7) und Afrika.“<sup>45</sup>

Der französische Philosoph Edgar Morin verneint dagegen „die Idee von einem einheitlichen, klar abgegrenzten, harmonischen Europa“:

„Das, was ursprünglich den Namen Europa erhielt, ist keineswegs das heutige Europa. Im 7. Jahrhundert bezeichneten die Griechen damit den bei ihnen unbekannten kontinentalen Norden. [...] Im Verlauf der Völkerwanderungen – von Ost nach West und von Nord nach Süd – überliefen, bekämpften, überlagerten und vermischten sich die Völker gegenseitig und zerstörten das Weströmische Reich. [...] Vom 5. bis zum 8. Jahrhundert herrschte ein Durcheinander von Barbarenkönigreichen über eine Vielzahl von Völkern, ein Mosaik unterschiedlicher Volksgruppen, die auf unterschiedlichen Territorien lebten. Europa wurde von Anfang an durch ein ethnisches Durcheinander geprägt. [...] Karl der Große wurde durch Papst Leon III. 800 in Rom zum Herrscher des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation geweiht, eine „unmögliche Einheit“ zwischen Germanen und Papst. Er fungierte als Klammer, für die immer stärker auseinanderstrebenden Territorialinteressen in der Mitte Europas; wurde der *Vater Europas*, das *ehrenwerte Haupt* Europas genannt. Mit seinem Tode wurde die Europaidee von der Christenheit absorbiert und ging in den inneren Auseinandersetzungen unter. Der Begriff Europas, so scheint es, taucht bis zum 14. Jahrhundert nicht mehr auf.“

Und weiter heißt es:

„Die Küstenlage stellt(e) für die Länder Europas keine Grenze dar, sie bedeutet(e) oft vielmehr Öffnung zum Nachbarn: Im Süden wuchs die antike römische Zivilisation um das Mittelmeer herum. Noch heute beziehen italienische Europakarten die afrikanische Küstenregion mit in ihre Darstellung ein und lassen sie nicht weiß. Im Westen wurde die europäische Kultur über den Atlantik nach Amerika verbreitet; die Vereinigten Staaten wuchsen als Sprössling Europas heran, die indianischen Kulturen wurden unterjocht. Vom Osten her wurde die Grenze mehrfach, insbesondere zur Zeit der Völkerwanderung, von asiatischen Völkern durchbrochen. Aber auch die abendländisch westliche Zivilisation dehnte sich nach Osten aus, ebenso wie Russland, das in dieser Grenzziehung immer geteilt wird. Der Ural ist nur eine willkürliche Grenze, die Russland in einen europäischen und einen asiatischen Teil durchschneidet. [...]“

Nach geographischen Kriterien hat Europa zu Asien hin keine klar definierte Grenze und aus historischer Sicht haben sich seine Grenzen immer wieder verändert! Europa ist ein Begriff mit vielen Gesichtern, die man nicht übereinander blenden kann, ohne dass ein unscharfes Bild

---

<sup>44</sup> Karl Ludwig VON HALLER: Was ist besser, Krieg oder Frieden mit den Franzosen, Nebst einigen Bemerkungen über die letzten vermutlichen Friedens-Präliminarien. o. O. 1800/1800, S. 40 f

<sup>45</sup> Peter KIRCH: TOP 2 Europa. Braunschweig. Westermann Schulbuch Verlag 1992, S. 1.

entsteht. [...] Außerdem muss man die Idee von einem einheitlichen, klar abgegrenzten, harmonischen Europa aufgeben [...] muss den Gedanken überwinden, dass *vor* allen Streitigkeiten schon ein Europa existiert habe. [...] Man kann das gegenwärtige Europa nur vor dem Hintergrund seiner Vergangenheit versteh[...]en.“

Die europäischen Binnengrenzen bezeichnet er als „in Räume geschriebene Zeiten“:

„Die Grenzen Europas sind in Räume geschriebene Zeiten. Diese Karte zeigt, wie ein Kaleidoskop, die verschiedenen internationalen Grenzspuren der Staaten, welche aufeinander-gefolgt sind, sich überlagert haben und wieder annulliert wurden. Sie enthüllt ihre außergewöhnliche Veränderbarkeit. Die größte Grenzdichte liegt in bestimmten Gebieten, z. B. dem Balkan, dem Baltikum oder der russischen Westgrenze.“<sup>46</sup>

Mobilität und Migration trugen und tragen dazu bei, was Europa heute ist. Für den französischen Geographen Michel Foucher (1993) ist Europa daher ein „zersprungener Spiegel“:

„Europa verändert und entwickelt sich, man findet alte Nationen und neue Staaten, gefestigte und neu entstehende Grenzen nebeneinander“ („L'Europe en train de se faire“).<sup>47</sup>

„Nicht weniger als 12.100 km Staatsgrenzen befinden sich seit 1990 im Umbruch. Durch die deutsche Wiedervereinigung wurde eine international anerkannte Grenze ausgelöscht. Es gibt in Europa *offene Grenzfälle*“, heißt es bei Foucher.<sup>48</sup>

Anders als die politischen Grenzziehungen weisen die Grenzen zwischen den Pfarreien und Bistümern in Europa eine erstaunliche Konstanz auf. So zeichnet der Kartograph der Ebstorfer Weltbildkarte etwa auf der Reichenau drei Pfarreien (Nieder-, Mittel- und Oberzell) ein, die bis in die jüngere Vergangenheit Bestand hatten, oder haben in Polen die Kirchengrenzen die polnischen Teilungen in der Geschichte überdauert selbst nachdem Polen als Staat verschwunden war. Für Hans-Dietrich Schulz sind Länder bzw. Staaten daher lediglich politische „Sinnkonstruktionen“ ohne wirkliche Existenzberechtigung:

„Als *kulturelle* Tatsachen sind die „Länder“ des Geographen gerade *nicht* das, was sie zu sein vorgeben: eine Welt, die unabhängig von den *Ansichten* der Menschen existiert. Sie sind vielmehr *Sinnkonstruktionen*, die sich zwar über eine physisch-materielle Welt legen, selber deswegen aber nicht physisch-materiell sind. Sie gehören vielmehr der politisch-sozialen Welt an und sind durch deren Wertungen geprägt, auch wenn die geologisch-morphologische Argumentation, die mit der Eiszeit beginnt, wenn es z. B. um Polens geographische Existenzmöglichkeit und -berechtigung geht, scheinbar etwas anderes suggeriert.“<sup>49</sup>

#### **4. Grenze und Historische Landeskunde: Offenheit statt Beschränktheit**

Aus dem bisher Gesagten lassen sich für den Forschungsgegenstand der „Historischen Landeskunde“ folgende Schlussfolgerungen ziehen:

##### **1. „Landschaft“ statt „Kulturraum“ oder „Region“ als historischer Ordnungsbegriff**

Die Ausdrücke „Landschaft“, „Provinz“, „Land“ und „Raum“ werden oft als Synonyme verwendet. Faber bezeichnete eine Landschaft „als eine von Menschen und menschlichen Gruppen

---

<sup>46</sup> Edgar MORIN: Europas Denken. Frankfurt/New York 1991, S. 28-35.

<sup>47</sup> Michel FOUCHER: Fragments d'Europe, Paris; zit. nach: Uta WEINBRENNER: Europas Grenzen. Anregungen zu ihrer Darstellung in Schulbüchern für Geographie In: Internationale Schulbuchforschung, 18. JG 1996, S. 65-79, S. 67.

<sup>48</sup> Ebd., S. 40.

<sup>49</sup> Zit. nach: Hans-Dietrich SCHULZ: Land – Volk – Staat. Der geographische Anteil an der Erfindung der Nation. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 1 (2000), S. 4-16.

gestalteten Raum“ oder darüber hinausgehend als „eine menschliche Gemeinschaft im räumlichen Sinne“, d. h. „Land *und* Leute“ konstituieren die „Landschaft“.<sup>50</sup> Franz Petri betont, dass die Geschichtslandschaft im Unterschied zur geographischen Landschaft kein „Strukturraum“, d. h. in seiner geographischen Ausstattung homogenes Gebilde sei, sondern ein *funktionaler* Raum, dem eine „harmonische Heterogenität“ seiner Einzelgebiete innewohne.<sup>51</sup> Der

Rechtshistoriker Otto Brunner hob bereits 1959 im Sinne einer Rechtsgemeinschaft den Zusammenhang von „Land“ und „Landschaft“ hervor.<sup>52</sup> Der Mediävist Ernst Schubert sah 1995 Geschichtslandschaften als „Räume, die im steten geschichtlichen Wandel begriffen waren und die [...] Veränderungen unterlagen, die sowohl von innen heraus entwickelt, als auch von außen hineingetragen wurden“. Er zeigte ferner die Schwierigkeiten auf, die mit der Definition von „Land“ und „Geschichtslandschaft“ verbunden sind.<sup>53</sup> Schubert forderte, dass man sich von der Obsession der deutschen Historiographie lösen müsse, „dass erst Grenzen einen Raum zur Geschichtslandschaft werden lassen“. Denn „feste“ Grenzen seien in Deutschland erst im 16. Jahrhundert aus den Bedürfnissen des Territorialstaates heraus entstanden, die damit die „Offenheit mittelalterlicher Landschaften“ abgelöst hätten.<sup>54</sup> Die Europäische Union hat ungeachtet des historischen Landschaftsbegriffes dagegen den Begriff der „Europäischen Region“ eingeführt. Kulturräume oder Regionen aber sind Kunstbegriffe, die an politische Ordnungsvorstellungen der Neuzeit gebunden sind. Demgegenüber ist der alte Begriff der Landschaft vorzuziehen, weswegen aus der „Historischen Landeskunde“ auch keine „Kulturraumforschung“ oder gar „Regionenforschung“ werden sollte. Der Begriff der Landschaft ist somit offen und nicht auf einen eng umgrenzten Raum beschränkt.

Im Jahr 1925 forderte Hermann Aubin im Anschluss an Karl Lamprecht<sup>55</sup>, dass die landesgeschichtliche Forschung die „historische Landschaft“ ohne Beschränkung auf moderne politische Grenzen aus der Natur- und Kulturlandschaft heraus entwickeln müsse, womit er zugleich die Ziele der Historischen Landeskunde umriss.<sup>56</sup> Aubin ging im Rheinland aufgrund eines fehlenden staatlichen Rahmens – die preußische Rheinprovinz war 1925 gerade 100 Jahre alt – von der Natur- wie der Kulturlandschaft aus und wollte die Historische Landeskunde als Erforschung von „Kulturprovinzen“, den sog. „gewachsenen Einheiten des Volkslebens“, verstanden wissen, die nicht an territoriale Grenzen gebunden ist.<sup>57</sup> Josef Wimmer hatte 1885 als „historische Landschaft“ in der Geographie „das landschaftliche Bild“ bezeichnet, „welches irgendein Erdraum in einer bestimmten historischen Epoche dargeboten hat“ und zwischen der „historischen Naturlandschaft“ (Darstellung der formalen Landschaftselemente), der „historischen Kulturlandschaft“ (Bodenkultur, Besiedlung) und der „historisch-politischen Landschaft“ (politischer Organisationsraum) unterschieden.<sup>58</sup> Karl Lechner verstand 1950 die „Landeskunde“

---

<sup>50</sup> Karl-Georg FABER: Was ist eine Geschichtslandschaft? In: Probleme und Methoden der Landesgeschichte, hg. von Pankratz FRIED. Darmstadt 1978, S. 390-424, S. 403.

<sup>51</sup> Ebd., S. 405 f.

<sup>52</sup> Otto BRUNNER: Land und Herrschaft. O. O. 1959, S. 183-190.

<sup>53</sup> Ernst SCHUBERT: Der rätselhafte Begriff „Land“ im späten Mittelalter und in der frühen Neuzeit. In: Soltauer Schriften. Schriftenreihe der Freudenthal-Gesellschaft, Bd. 4, 1995, S. 23-31, S. 27.

<sup>54</sup> Ebd., S. 26.

<sup>55</sup> Ursula LEWALD: Karl Lamprecht und die rheinische Geschichtsforschung. In: Rheinische Vierteljahresblätter, 21, 1965, S. 297-304, S. 303 f.

<sup>56</sup> Hermann AUBIN: Aufgaben und Wege der geschichtlichen Landeskunde. In: Rheinische Neujahrsblätter IV, 1925, S. 28-45.

<sup>57</sup> Hermann AUBIN, Aufgaben und Wege der geschichtlichen Landeskunde. In: Probleme und Methoden der Landesgeschichte, hg. von Pankratz FRIED. Darmstadt 1978, S. 38-53, S. 49.

<sup>58</sup> Josef WIMMER: Historische Landeskunde. Innsbruck 1885, S. 10.

als die „Erkenntnis und Erforschung von Land und Leuten eines bestimmten Raumes in Gegenwart und Vergangenheit“.<sup>59</sup> Im Unterschied zur Landesgeschichte, die auf ein Territorium begrenzt sei, solle die Geschichtliche Landeskunde den Begriff des „Landes“ in das Zentrum der Forschung stellen, die Natur- und Kulturlandschaft in all ihren Ausprägungen unter Beachtung der grundlegenden Prinzipien der „Ganzheit“ und „Einheit“ erforschen und sich der „Zusammenschau von verschiedenen Wissenschaften“ bedienen.<sup>60</sup> Im Zentrum des Geschehens stehe der siedelnde, bodenbebauende und bodenbeherrschende, materielle und geistige Güter schaffende Mensch.<sup>61</sup> Herbert Schlenger sah 1950 die Aufgaben der Historischen Landeskunde darin, die historisch-geographischen Probleme in zeitlich umfassender Betrachtung auf ein bestimmtes Gebiet zu beziehen und konzipierte die grundlegenden Forschungsgrundsätze und methodischen Verfahren der Disziplin.<sup>62</sup> Franz Steinbach benannte 1956 als Gegenstand der Geschichtlichen Landes- und Volkskunde „die landschaftlichen Ursachen und Folgen der Geschichte, die landschaftlichen Ursprünge geschichtlich bedeutsamer Persönlichkeiten, Ereignisse und Institutionen und umgekehrt die Einflüsse von außen, die in der Landschaft geschichtlich bedeutsam zur Wirkung gelangt sind“.<sup>63</sup> Ludwig Petry fragte 1961 nach den räumlichen und zeitlichen Grenzen der Disziplin bzw. einer räumlichen und zeitlichen Schwerpunktbildung.<sup>64</sup> Die Geschichtliche Landeskunde setze an der „Landschaft“ an und solle das Gesamtgefüge der einzelnen Lebens- und Wirkbereiche in den verschiedenen Epochen untersuchen.<sup>65</sup> Petry kam ebenfalls zu dem Schluss, dass der Raum die Grenzen der Geschichtlichen Landeskunde festlege, um andere Grenzen, wie zeitliche, fachmäßige und personale, zu überwinden und fasste seinen Ansatz unter dem Titel „In (räumlichen) Grenzen (zeitlich) unbegrenzt“ zusammen).<sup>66</sup> Beginnend mit Aubin hat die ältere Geschichtliche Landeskunde den räumlich begrenzten Kulturraum zu ihrer zentralen Kategorie erhoben und die Verflechtung von Land und Leuten betont.<sup>67</sup>

## 2. Partialität statt Totalität der Geschichtslandschaft

Karl-Georg-Faber bezweifelte 1968 die Existenz geographischer wie geschichtlicher klar abgegrenzter und unauflöslicher Einheiten wie der „Geschichtslandschaft“ als reale Wesens- und Ganzheit zur Erfassung der Wirklichkeit, stellte aber den Landschaftsbegriff selbst nicht in Frage.<sup>68</sup> Er kam zu dem Schluss, „dass wir es bei der historischen Landschaft mit einer Vielzahl von überwiegend anthropogenen, in der Vergangenheit entstandenen Gegebenheiten und menschlichen Gruppen zu tun haben, die innerhalb des als *Landschaft* ausgewiesenen Raumes

---

<sup>59</sup> Karl LECHNER: Sinn und Aufgaben geschichtlicher Landeskunde. In: Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung, Bd. LVIII, 1950, S. 159-184; wieder abgedruckt in: FRIED. (wie Anm. 57), S. 82-116, S. 82.

<sup>60</sup> Ebd., S. 89 f.

<sup>61</sup> Ebd., S. 92.

<sup>62</sup> Herbert SCHLENGER: Die Geschichtliche Landeskunde im System der Wissenschaften. In: FRIED (wie Anm. 57), S. 53-82, S. 59.

<sup>63</sup> Collectanea Franz Steinbach. Aufsätze und Abhandlungen zur Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsge-  
schichte, geschichtlichen Landeskunde und Kulturraumforschung, hg. von Franz Petri und Georg DROEGE.  
Bonn 1967, S. 13-17, S. 13; wieder abgedruckt in: FRIED (wie Anm. 57), S. 272-279, S. 272.

<sup>64</sup> Ludwig PREY: In Grenzen unbegrenzt. Möglichkeiten und Wege der geschichtlichen Landeskunde an der  
Universität Mainz 1961, Mainz 1961, S. 3-17; wieder abgedruckt in: FRIED (wie Anm. 57), S. 280-304.

<sup>65</sup> Ebd., S. 290 f.

<sup>66</sup> Ebd., S. 293.

<sup>67</sup> Vgl. FABER (wie Anm. 50), S. 390-424.

<sup>68</sup> Ebd., S. 390 f.

[...] intensiver vergesellschaftet, integriert und miteinander verflochten sind als mit den gleichen oder ähnlichen Gegebenheiten und Gruppen in den Nachbarräumen“.<sup>69</sup> Eine Geschichtslandschaft sei nicht zwingend eine Ganzheit oder Einheit, sondern vielmehr ein reiner „Ordnungsbegriff“, der Partialität statt Totalität bezeichne.<sup>70</sup> Gollwitzer verstand unter den „historischen oder politischen Landschaften“ solche „nichtstaatlichen“ Räume, die innerhalb der gegenwärtigen Länder bestehen oder über deren Grenzen hinweg greifen. Diese ehemaligen politischen Organisationsräume hätten ihre statliche Qualität verloren, so etwa die Pfalz in Baden-Württemberg, Franken und Bayrisch-Schwaben in Bayern, Nassau in Hessen, Oldenburg in Niedersachsen und Lippe in Westfalen.<sup>71</sup>

### 3. Die Geschichtslandschaft: dynamisch statt statisch

Die beiden grundsätzlichen Möglichkeiten, die *Konsistenz* und die *Dynamik* von Landschaften hat die historische Landesforschung von Anfang an erkannt, wobei der *Landschaft* gegenüber den staatlichen Einrichtungen die längere Dauer zuerkannt wurde.<sup>72</sup> Faber ordnete unter dem Aspekt der Dauer die Geschichtslandschaft der mittleren Ebene der „Kollektivschicksale und Gemeinschaftsbewegungen“ (*histoire structurale*) zu und grenze diese so gegenüber der ersten zeitlich langsameren Ebene des geographischen Milieus (*histoire quasi-immobile*) und der dritten zeitlich schnelleren Ebene, der Ereignisgeschichte (*histoire événementielle*) des französischen Historikers Fernand Braudel ab.<sup>73</sup> Nach dem Ansatz von Braudel lässt sich die Geschichtslandschaft in ihrem dynamischen Charakter von der sich weniger schnell verändernden „Geographischen Landschaft“ abgrenzen. Jedoch übersieht Braudel die Auswirkungen von Umweltkatastrophen, die eine Geografische Landschaft schnell und umfassend verändern können. So wurde durch zahlreiche Sturmfluten der Siedlungsraum an der schleswig-holsteinischen Westküste im Lauf der Jahrhunderte immer kleiner. Die reiche Handelsmetropole Rungholt versank in einer Nacht im Meer. Die Erforschung einer Geschichtslandschaft sollte ihre räumliche „Struktur und geschichtliche Funktion“ bedenken und dementsprechend ausgerichtet sein.<sup>74</sup> Zwar gebe die Natur dem Menschen im strukturellen Sinne im Hinblick auf die Bedingtheit seiner Nutzung den Raum vor, doch müssen wir mit Erich Otremba zwischen der „raumgebundenen Form“ und der „funktionalen Erkenntnis“ aus der Beobachtung „raumbindender oder raumüberspringender Vorgänge“ unterscheiden.<sup>75</sup> Die vom Raum unabhängigen historischen Erscheinungen – z. B.: ferne Kriege – können auf diesen selbst zurückwirken. Die Historische Landeskunde hat also „raumüberspringende Vorgänge“ zu berücksichtigen, die den Betrachtungsraum beeinflussen.

### 5. Grenze und Geschichtslandschaft: Mobilität und Migration als bestimmende Faktoren

Die Geschichtslandschaft ist durch *Mobilität* und *Migration* als geschichtsmächtige Faktoren in gesellschaftlicher Hinsicht einer ständigen Veränderung unterworfen. Der Anteil an Sesshaften in Gesellschaften kann als Indikator steigenden Wohlstandes betrachtet werden.

*Migration* bezeichnet eine längerfristige, räumliche Verlagerung des Lebensschwerpunktes über eine größere Instanz, die ein Verlassen des Aktionsraumes zur Folge hat. Unter *Mobilität*

---

<sup>69</sup> Ebd., S. 397.

<sup>70</sup> Ebd., S. 398.

<sup>71</sup> Ebd., S. 399.

<sup>72</sup> Ebd., S. 400.

<sup>73</sup> Ebd., S. 401.

<sup>74</sup> Ebd., S. 406 f.

<sup>75</sup> Ebd., S. 407.



lässt sich „der Wechsel eines Individuums zwischen definierten Einheiten eines Systems“ verstehen.<sup>76</sup> Zunächst müssen wir zwischen *realer Mobilität* als tatsächlich stattfindende Bewegung in Zeit und Raum und *virtueller Mobilität* als ihrer geistigen Form trennen, die nicht an einen realen Ortswechsel gebunden ist. Die reale Mobilität zerfällt wiederum in die *räumliche* und *soziale Mobilität*. Während die Gliederungseinheit der ersten Kategorie die räumliche Struktur ist, wird die zweite Kategorie durch Schicht und Statusgruppe definiert. Der *räumlichen Mobilität* liegt eine Positionsveränderung zwischen verschiedenen Einheiten eines räumlichen Systems zu Grunde. Räumliche Mobilität ist unabhängig von der Reichweite der Bewegung (geringe oder große Entfernungen) und ihrer Frequenz (Häufigkeit des Positionswechsels). Im Einzelnen unterscheidet man zwischen *Wanderung* und *Zirkulation* in Beziehung zur Permanenz des Wohnsitzwechsels. Die *soziale Mobilität* trennt zwischen *vertikaler* und *horizontaler Mobilität*. Von ersterer spricht man, wenn Personen innerhalb der Schichten eines sozialen Systems auf- oder absteigen, von letzterer, wenn damit keine Positionsänderung des sozialen Status verbunden ist.<sup>77</sup>

Welche Konsequenzen haben die geschichtsmächtigen Faktoren Mobilität und Migration für die Historische Landeskunde?

*Es gibt keine in sich geschlossenen, d. h. ethnisch-homogenen Geschichtslandschaften:* Mobilität und Migration veränderten die ethnische Zusammensetzung in Geschichtslandschaften temporär oder dauerhaft. Aus vermeintlich abgeschlossenen Naturräumen kann nicht zwangsläufig auf die Homogenität ihrer Bewohner geschlossen werden. Vielmehr zeichnen sich die europäischen Landschaften durch eine Heterogenität ihrer Bewohner aus.

*Geschichtslandschaften lassen sich nicht voneinander abgrenzen:* Jede historische Landeskunde wird mit dem Problem der dynamischen *Grenzen* konfrontiert. Während die politischen Grenzen bis heute hin einer ständigen Veränderung unterliegen, wurden allenfalls die kirchlichen Grenzen von Neuordnungen weniger stark betroffen. Grenzen sind in Räume geschriebene Zeiten! Länder – und dies gilt m. E. nach auch für Geschichtslandschaften – lassen sich mit Hans-Dietrich Schulz als „Sinnkonstruktionen“ begreifen, „die sich zwar über eine physisch-materielle Welt legen, selber deswegen aber nicht physisch-materiell sind“.<sup>78</sup>

*Historische Landeskunde ist keine Kulturraumforschung:* Der Forschungsgegenstand der historischen Landeskunde ist die Geschichtslandschaft in ihrer äußeren und inneren Ausgestaltung. Schubert wandte sich mit Recht dagegen, Landesgeschichte als „Kulturraumforschung“ (seit 1920 am Institut für Rheinische Landeskunde in Bonn entwickelter Begriff) zu verstehen und dabei von einer Konstanz der Grenzen auszugehen.<sup>79</sup> Die Renaissance des Begriffes ist kritisch zu betrachten. Denn die Kulturraumforschung hat ihr Ursprünge in der politischen Geographie des 19. Jahrhunderts, in der versucht wurde, angeblich „natürliche Grenzen“ für die Absteckung expansionistischer bzw. revisionistischer Ziele zu finden (z. B.: Daniel, Jahn, Zeune, Rudnycky, Lautensach, Bucher, Traitteur, Oken, Philippson). Ferner kann eine Geschichtslandschaft auch von unterschiedlichen Kulturen beeinflusst worden sein (vgl. die gallorömische Kultur).

*Der Zusammenhang von Land und Leuten verändert sich durch Mobilität und Migration:* Die historische Landschaft ist mehr als ein geographischer oder politischer Raum, sie ist auch eine

---

<sup>76</sup> Jürgen BÄHR: Bevölkerungsgeographie. Berlin 1992, S. 278.

<sup>77</sup> Vgl.: Norbert WENNING: Migration in Deutschland: ein Überblick. Münster New York 1996.

<sup>78</sup> Hans-Dietrich SCHULZ: Land – Volk – Staat. Der geographische Anteil an der Erfindung der Nation. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht (2000/1), S. 4-16.

<sup>79</sup> Ebd., S. 27.

„Personengemeinschaft“.<sup>80</sup> Da Ein- und Auswanderungen mit und ohne beabsichtigte Rückkehr sich im Hinblick auf die soziale und mentale Zusammensetzung der Menschen auswirken, wird der postulierte Zusammenhang von Land und Leuten durchbrochen. Oder anders ausgedrückt: Wo das Land seine Leute nicht ernährt, besteht ein Mobilitäts- bzw. Migrationsdruck. Die Historische Landeskunde kann sich daher nicht auf Geschichtsquellen eines Betrachtungsraumes beschränken, sondern wird in Abhängigkeit vom Forschungsgegenstand Geschichtsquellen fernerer Landschaften mit einbeziehen. Sie verbindet die Mikrogeschichte mit der Makrogeschichte und stellt alte Zusammenhänge wieder her, die im Laufe der Geschichte verändert worden sind.

### **Fazit**

Europa besitzt historisch gesehen keine in sich geschlossenen kulturellen Räume innerhalb fest umrissener Grenzen, sondern ist das Ergebnis einer ethnischen und kulturellen Durchmischung als Folge von Migration und Mobilität als Triebfedern geschichtlicher Entwicklung. Allein die „Historische Landeskunde“ ist von ihrer Tradition und ihren offenen Forschungsgegenständen her in der Lage, diesem komplexen Sachverhalt in all seinen Dimensionen Rechnung zu tragen.

---

<sup>80</sup> FABER (wie Anm. 50), S. 397.

# **Glaubensflüchtlinge in Württemberg am Beispiel der Waldenser in Palmbach**

Von Ngozi Heidelberger-Josiah<sup>1</sup>

Migrationsbewegungen sind keine Ausnahmeerscheinung in der Geschichte. Sie prägen und gestalten die menschliche Geschichte kontinuierlich, früher wie heute. Auch die Geschichte des heutigen Baden -Württemberg ist geprägt von Ein- und Auswanderungsbewegungen. Migration hat unterschiedliche Formen und Ursachen. Die Gründe, warum Menschen ihre Heimat verlassen, in der Hoffnung auf einen Neubeginn in der Fremde, wiederholen sich jedoch im Laufe der Geschichte, so die Suche nach verbesserten Lebensbedingungen als Reaktion auf Krisen wie Kriege, Epidemien und Umweltkatastrophen oder auch aus Zwang aufgrund von Flucht und Vertreibung. Die religiös motivierte Flucht und Vertreibung hat es immer wieder gegeben, seitdem das Christentum im 4. Jahrhundert Staatsreligion im Römischen Reich geworden war. Zur Gruppe der vor allem im Hohen und Späten Mittelalter durch die Inquisition der römisch-katholischen Kirche als Häretiker oder Ketzer verfolgten religiösen Minderheit gehörten die Waldenser, die seit dem ausgehenden 17. Jahrhundert auch nach Württemberg und Baden eingewandert und dort integriert worden sind.

## **Die Entstehung der Waldenser**

Der württembergische Theologe und Waldenserhistoriker Theo Kiefner führt die Herkunft des Begriffes Waldenser auf die historische Figur des Petrus Waldes, einen vermutlich reichen Tuchhändler oder Großpächter aus Lyon, zurück. Petrus Waldes hatte im Jahr 1176 angeblich ein Läuterungserlebnis und wandte sich danach einem am Evangelium ausgerichteten Leben zu. Zwei Autoren aus der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts nehmen auf dieses Schlüsselerlebnis Bezug: der Anonymus von Laon, dessen Weltchronik für die zweite Hälfte des 12. Jahrhunderts bis zum Jahr 1219 auf eigenen Kenntnissen basiert, sowie Stephan von Bourbon, der dem Lyoner Dominikanerkonvent angehörte und der nach eigenen Angaben Augenzeugenberichte seit 1249 niederschrieb. Beide Chronisten berichten, obwohl die Texte inhaltlich voneinander abweichen, von einem Läuterungserlebnis, das Waldes beim Hören religiöser Texte erfuhr.<sup>2</sup> Waldes versammelte daraufhin zahlreiche Männer und Frauen um sich und forderte sie auf, in den umliegenden Orten zu predigen. Dies soll in einer Zeit großer Hungersnot geschehen sein, die für das Jahr 1176 nachgewiesen werden konnte. Daher ist die Gründung der Waldensergemeinschaft für die Jahre 1176/1177 anzusetzen.<sup>3</sup> Ferner überliefert der Dominikaner und Inquisitor Bernard Gui in seinem Werk *practica inquisitionis heretice pravitatis* („Anleitung für die Inquisition gegen die Verwirrung der Häresie“) die Anfänge der Waldenser:<sup>4</sup> Der Lyoner Bischof Guichard verbot Waldes jedoch die öffentliche Predigt. Die katholische Kirche duldete die Predigt des Evangeliums von Laien nicht, denn sie sah das Recht auf Predigt dem eigenen Klerus vorbehalten. Die Freigabe des Predigtrechtes an Laien hätte die Kirche in ihrer Existenz grundlegend in Frage gestellt. Die Kirche sah sich als anerkannter Bewahrer der Heiligen Schrift und stellte sich als deren unumgänglicher Vermittler dar, der allein Zugang zu ihr verschaffen konnte. Somit hatte sie in der Öffentlichkeit das Monopol des Predigens inne.<sup>5</sup> Waldes

---

<sup>1</sup> Es handelt sich um einen Auszug aus meiner Zulassungsarbeit zum Staatsexamen 2017 an der PH Karlsruhe.

<sup>2</sup> Amelie FÖBEL: Die Anfänge der Waldenser in Mitteleuropa. In: Die Waldenser. Spuren einer europäischen Glaubensbewegung. Bretten, 1999, S. 23.

<sup>3</sup> Ebd., S. 24.

<sup>4</sup> Gabriel AUDISIO: Die Waldenser: Die Geschichte einer religiösen Bewegung. München 1989, S. 36.

<sup>5</sup> Ebd., S. 36.

ersuchte mit einer Delegation im Jahr 1179 während des 3. Laterankonzils vom Papst die Erlaubnis zur Predigt, wie einen Augenzeugenbericht des englischen Klerikers Walter Map hervorgeht.<sup>6</sup> Demnach hätten die Waldenser ein Buch in gallischer Sprache vorgelegt, das Psalter und andere Bücher des Alten und Neuen Testaments enthielt, und inständig um Predigterlaubnis nachgesucht. Es wurde ihnen das Predigtrecht unter der Bedingung verliehen, dass von Fall zu Fall die priesterliche Erlaubnis zu erfragen sei.<sup>7</sup> In den folgenden Jahren stießen die Waldenser teils auf Zustimmung teils auf Ablehnung beim Klerus.<sup>8</sup> Waldes berief sich dabei auf seine höhere Gehorsamspflicht gegenüber Christi, wohingegen der Erzbischof gehorsam gegenüber der kirchlichen Hierarchie verlangte. Spätestens im Jahr 1183 wurde Waldes, da er dem verhängten Predigtverbot nicht Folge leistete, mit seinen Anhängern aus Lyon vertrieben.<sup>9</sup> Bis 1190 fanden sie neue Anhänger im französischen Südwesten, aber auch in Norditalien, in Burgund, in Lothringen und an den Rändern des deutschen Sprachgebietes.<sup>10</sup>

### **Die religiöse Überzeugung der frühen Waldenser**

Die Waldenser lebten ihren Glauben nach der Exkommunikation 1184 und dem Kirchenbann des 4. Laterankonzils im Jahre 1215 im Verborgenen. Die öffentliche Laienpredigt wurde nach dem verhängten Predigtverbot zu gefährlich. Äußerlich passte sich die waldensische Minderheit dem sakramentalen Leben der katholischen Ortsgemeinde an. Die Waldenser gingen zur Messe, empfingen die Eucharistie und zahlten den Zehnten. Die Waldenser, so der Martin Schneider, wurden wider Willen zu „Winkel- und Sektenpredigern.“<sup>11</sup> Das Verhältnis der frühen Waldenser zur kirchlichen Obrigkeit ist im „Liber Antiheresis“ niedergelegt, das der waldensische Gelehrte Durandus von Huesca (geb. um 1160 – 1224) unter dem Eindruck der Exkommunikation durch Papst Lucius III. 1184 verfasste:

„Gebraucht der Papst aber seine Schlüsselgewalt zur Exkommunikation der Waldenser, so hat der summus pontifex [Christus] der Apostel eine höhere Schlüsselgewalt. Er hat den Schlüssel Davids [...]. Wenn die Waldenser ihm den Gehorsam verweigern, so werden sie des Heils verlustig gehen. Weil er sie gesandt hat, die Menschen zu ihrem Heil zu rufen, kann ihr Auftrag nicht mit dem Auftrag der Hierarchie konkurrieren, kann die Hierarchie ihnen ihren Auftrag nicht bestreiten“<sup>12</sup>

Trotz den Bedrückungen haben die Waldenser die Amtskirche abgelehnt, sondern nur betont, dass man sie zu Unrecht verfolge.<sup>13</sup> Sie forderten ihre Anhänger dazu auf, am katholischen Gottesdienst teilzunehmen, zu beichten und zu kommunizieren.<sup>14</sup> Die frühen Waldenser lebten die Gleichberechtigung von Männern und Frauen entgegen der Lehre des Apostels Paulus

---

<sup>6</sup> Christa BALHAREK, Willy G. ASPERGER: Die Waldenser 1177-1532. Pforzheim 2011, S. 13.

<sup>7</sup> Ebd.

<sup>8</sup> Ebd.

<sup>9</sup> Jean GONNET, Amedeo MOLNAR: Les Vaudois au moyen age. Torino 1974, S. 64, 105; Amedeo MOLNAR: Storia die Valdesi. Bd. I: Dalla origine all'adesione al la riforma (1176-1532). Torino 1974, S. 16. Vgl. Theo KIEFNER: Die Waldenser 1532-1755, Bd. I. Göttingen 1980, S. 21.

<sup>10</sup> AUDISIO (wie Anm. 4), S. 47 ff.

<sup>11</sup> Martin SCHNEIDER: Europäisches Waldensertum im 13. und 14. Jahrhundert. Berlin 1981, S. 36 ff.

<sup>12</sup> Michael LOSCH: Die Verfassung der Gemeinschaft. In: Gunter FRANK, Albert DE LANGE, Gerhard SCHWINGE (Hg.): Die Waldenser, Spuren einer europäischen Glaubensbewegung. Bretten 1999, S. 31.

<sup>13</sup> Vgl. Reg. Pamiers: S. 62. In: Martin SCHNEIDER: Europäisches Waldensertum im 13. und 14. Jahrhundert. Berlin 1981, S. 32 ff.

<sup>14</sup> Gerhard BRÄNDLE: Jubiläumsschrift. 300 Jahre Waldenser und Hugenotten in Pforzheim. Fremde werden Einheimische. Pforzheim 1999, S. 9; vgl. auch: DERS.: Die Privilegien der reformierten Gemeinde in Pforzheim vom 16. Juli 1700. Original und Übertragung des Freiheitsbriefes für hugenottische Glaubensflüchtlinge; Vorgeschichte, Bedeutung und Wirkung der Privilegien. Pforzheim 1999.

(I. Kor. 14, 34) wonach Frauen in der christlichen Gemeinde nichts zu sagen hätten. Bei Prozessen war ständig der Vorwurf erhoben worden, dass nicht nur Laien, sondern sogar Frauen predigen würden. Der Abt von Clairvaux beschrieb die weiblichen Waldenser in den achtziger Jahren des 12. Jahrhunderts als „Törichte Weiblein, mit Sünden beladen, die in fremde Häuser eindringen, [...] [diese seien] neugierig und geschwätzig, zudringlich, frech und schamlos.“<sup>15</sup>.

Die waldensischen Prediger lernten große Teile des Neuen Testaments und Auszüge aus dem Alten Testament auswendig. Nach dem Abschluss der Ausbildung zum Prediger legten die Gelübde ab, Gott und seinen Geboten zu gehorchen, sich nicht in einer Ehe oder an eine Familie zu binden, sexuell enthaltsam und ohne Besitz zu leben und Verpflichtungen gegenüber den neu gewonnen Brüdern und Schwestern zu übernehmen d.h. Verpflichtungen nicht mehr gegenüber Eltern und Geschwistern auszuüben. Zur Predigt wurden die Prediger in Zweiergruppen ausgesandt. Nachdem die öffentliche Predigt nicht mehr möglich war, wurden private Häuser zunehmend zur Begegnungsstätte von Waldensern. In der waldensischen Bußpredigt galt der Grundsatz, dass Absolution von wahrer Reue statt von einer „sakramentalen Absolutionsformel“ abhängig sei.<sup>16</sup>

### **Vertreibung und Verfolgung der Waldenser**

Nachdem 1231 die römische Inquisition ins Leben gerufen worden war, fanden größere Verfolgungen von Waldensern zwischen 1330 und 1350 und nach 1390 statt, von der vor allem deutsche Waldenser betroffen waren. Hierunter fällt auch der Ketzerprozess des Jahres 1400 in Straßburg.<sup>17</sup> Der Schweizer Waldenser Pfarrer Andreas Keller (1765-1835) beschreibt die Lage der Waldenser in der Reformationszeit folgendermaßen:

„Von der Zeit der Reformation an waren ihre Schicksale wiederum abwechselnd, je nachdem ihre Fürsten die Herzoge von Savoiën den Regungen eines guten Herzens, und dem Rath einer gesunden Staatskunst, oder den Einflüsterungen des Bigotismus, und den Eingebungen fremder übelgesinnter Mächte, der Römischen Kurie der Jesuiten etc. folgten. Bald wurden sie daher bei ihrer Religion geschützt, und im ruhigen Besitz der Gewissensfreiheit gelassen, bald ergingen Verfolgungen über sie.“<sup>18</sup>

Seit Anfang des 16. Jahrhunderts wurden in Frankreich die Gedanken und Schriften Martin Luthers und von Johannes Calvin verbreitet. König Franz I hatte sich jedoch in einem Geheimabkommen mit Kaiser Karl V. verpflichtet, dem Einfluss der protestantischen Gedanken entgegenzutreten. Er richtete 1547 einen Gerichtshof, die „chambre ardente“, gegen die Ausbreitung des Protestantismus ein. Im November 1549 verabschiedete sein Nachfolger, König Heinrich II. (1547-1559), ein Edikt gegen die weitere Ausbreitung des Protestantismus. Im Edikt von Chateaubriant ordnete Heinrich II. zwei Jahre später eine Verfolgung der Protestanten an. Dennoch bildete sich 1555 in Paris eine evangelische Gemeinde und weitere entstanden im ganzen Land. Auf der ersten Nationalsynode 1559 in Paris schlossen sich alle protestantischen Gemeinden zur reformierten Kirche in Frankreich zusammen. Sein Nachfolger Franz II, verbot unter

---

<sup>15</sup> Jörg FEUCHTER: Von predigenden „törichten Weiblein“ zu zurück gezogenen keuschen Jungfrauen, „die besser heiraten sollten“. In: Günter FRANK, Albert DE LANGE, Gerhard SCHWINGE (Hg.): Die Waldenser, Spuren einer europäischen Glaubensbewegung. Bretten 1999. S. 51-69.

<sup>16</sup> Vgl. Martin SCHNEIDER: Europäisches Waldensertum im 13. und 14. Jahrhundert. Berlin 1981, S. 52 ff.

<sup>17</sup> Vgl. Georg MODESTIN (Hg.): Ketzer in der Stadt. Der Prozess gegen die Straßburger Waldenser von 1400. Hannover 2007; DERS. (Hg.): Quellen zur Geschichte der Waldenser von Straßburg (1400–1401). Hannover 2007.

<sup>18</sup> Zit. nach Andreas KELLER: Kurzer Abriss der Geschichte der württembergischen Waldenser. Bruchsal 2008, S. 4.

Androhung der Todesstrafe die protestantische Lehre, und auch Karl IX, Bruder und Nachfolger Franz II., wandte sich gegen die „nouvelle religion“. Das Edikt von Saint-Germain-en-Laye (auch Januaredikt; frz. L'édit de janvier) der französischen Regentin Katharina von Medici sicherte am 17. Januar 1562 dem hugenottischen Adel eingeschränkte Glaubensfreiheit im Königreich zu. Doch aus machtpolitischen Gründen kam es in den nächsten Jahrzehnten zu mehreren Religionskriegen. Den grausamen Höhepunkt bildete die Bartholomäus-Nacht im August 1572, in der zahlreiche Hugenotten in Paris und ganz Frankreich von Katholiken ermordet wurden. Im Verlauf der Kriege zwischen 1562 und 1598 versuchten die Katholiken immer wieder, die Protestanten zurückzudrängen. Dennoch machte das Edikt von Nantes unter Heinrich IV. im April 1598 die Reformierten zu einer staatlich geduldeten religiösen Minderheit. Von Juli 1615 bis Juni 1629 kam es zu weiteren kriegesischen Auseinandersetzungen zwischen Protestanten und Katholiken. Im Gnadenedikt von Nîmes von 1629 wurden den Hugenotten und Waldensern zwar religiöse Freiheiten belassen, doch verloren diese alle politische und militärische Macht. Da viele Adlige wieder zum katholischen Glauben konvertierten, ging die Führung der Reformierten vom Adel auf das Bürgertum über. Der Westfälische Friede von 1648 verkündete schließlich die Gleichberechtigung der lutherischen und reformierten Konfession, änderte aber nichts am Vernichtungswillen des savoyischen Herzogshauses, der sich mal stärker und mal schwächer zeigte.

1655 rief die grausame Verfolgung der Waldenser, die sogenannten Piemontesischen Ostern, in ganz Europa Entsetzen hervor. Unter dem Druck Ludwigs XIV. (1643-1715) verbot der Herzog von Savoyen, Viktor Amadeus II., die reformierte Religion in den Waldensertälern im Piemont und wies die Waldenser aus, die sich weigerten, zum Katholizismus überzutreten. Der Waldenserpfarrer Henri Arnaud kehrte jedoch 1689 mit tausend bewaffneten Waldensern und Hugenotten ins Piemont zurück. Im August 1689 traf eine Armee von ungefähr 1000 Waldensern im Piemont ein [frz. Glorieuse Rentrée (Glorreiche Rückkehr)].<sup>19</sup> Da sich der Herzog von Savoyen zwischenzeitlich von Frankreich losgesagt und auf die Seite der antifranzösischen Allianz geschlagen hatte, machte er gegenüber den niederländischen Generalstaaten und dem englischen König Wilhelm III. die Zusage, den waldensischen Untertanen wieder ihre alten Rechte und die öffentliche Ausübung der ihrer Religion zu gewähren.<sup>20</sup> Überdies lud er Hugenotten und Waldenser französischer Herkunft ein, die nach Deutschland und in die Schweiz geflohen waren. Außerdem gingen im Jahr 1693 viele Waldenser, die im Pragelatal geblieben ins Piemont zurück. Im Juli 1698 wiederum verbot der Herzog von Savoyen, Viktor Amadeus II., seinen waldensischen Untertanen, die im Val Luserna, im Val Perosa und im Val San Martino lebten, jeglichen Kontakt in Religionsangelegenheiten mit ihren französischen Glaubensgenossen. Außerdem wies er alle französischen Protestanten, darunter ebenfalls Waldenser, die nach dem Pfälzischen Erbfolgekrieg im Piemont Zuflucht gefunden hatten, aus seinen Territorien aus. Alle dem französischen Herrschaftsbereich entstammenden Reformierten hatten binnen zwei Monaten unter Androhung der Todesstrafe savoyisches Territorium zu räumen. Der Vertreibung waren Geheimverhandlungen zwischen Ludwig XIV. und Viktor Amadeus II. vorausgegangen. In diesen hatte Ludwig XIV. ein Ansiedlungsverbot für französische Protestanten

---

<sup>19</sup> Theo KIEFNER: Die Waldenser auf ihrem Weg aus dem Val Cluson durch die Schweiz nach Deutschland. Teil Bd. 5: Die Ortssippenbücher der deutschen Waldenserkolonien/Teil 1,1, 1,2 und 5,9., Walldorf und Palmbach, Untermutschelbach, Kleinsteinbach aus La Balme, Roure und Méan im Val Pragela; Hugenotkenkolonie Neukelsterbach. Stuttgart 2001 (= Badische Ortssippenbücher 92), S. 23.

<sup>20</sup> Ebd., S. 27.

auf savoyischem Territorium gefordert, um eine Veränderung des konfessionellen Rechtszustands auf vormals französischem Boden auszuschließen.<sup>21</sup> Denn die Reformierten stellten seiner Auffassung nicht nur ein Sicherheitsproblem für den Südosten und Süden Frankreichs dar. Nachdem der Herzog von Savoyen das Ausweisungsedikt unterschrieben hatte, vermerkte Henri Arnaud:

„Man gibt den Hunden Brot, nachdem sie gejagt haben. Und uns verjagt man ohne Brot, nachdem wir gut gedient haben.“<sup>22</sup>

Nahezu 3000 Flüchtlinge verließen nach der Ausweisung bis zum Frühjahr 1699 das Piemont über die Schweiz in Richtung Deutschland:

„Sie sind fast alle Mittel los sehr übel bekleidet. Der größte Teil sind Witwen und Kinder auch viele Kranke. Sie wissen nicht wohin. Dahero uns diese Leute jammert und wir, die den wahren christlichen Glauben bekennen, selbige anders niet als wahre Glieder und Gäste unseres Herrn Jesu Christus, der dieselbe uns zu speisen, zu kleiden und zu beherbergen zur Probe unseres Glaubens geschickt anschauen zu können. Der Gott der Barmherzigkeit erbarme sich ihrer und unser und erhalte uns sämtlich in seiner Gnadenhut. Wir müssen uns vor jenem Richter schuldig dargeben, wenn wir die Seinigen gleichsam nackend und bloß fortschaffen sollten.“<sup>23</sup>

### Die Waldenser im Herzogtum Württemberg

Henri Arnaud führte die erste Delegation französischer Waldenser, die im Herzogtum Württemberg um Asyl bat. Am 19. Oktober 1698 erhielten die Stuttgarter Oberräte Widt, Seubert und Heespen von Arnaud und zwei weiteren Waldenser Deputierten dessen Aufnahmegesuch. In diesem Schreiben betonte Arnaud die Sonderstellung der Asylsuchenden als echte Waldenser: *Les vaudois sont un peuple, dont la religion est aussi ancienne que celle des apotres* [die Waldenser sind ein Volk, dessen Religion genauso alt ist, wie die der Apostel]. Auf die an Arnaud gerichtete Frage der Württemberger, ob sich die Vertriebenen zur *alten Waldenser Religion* bekannten, antwortete dieser: *in der Waldenser Religion sej keine Veränderung vorgegangen, sondern Sie conserviren die principia ihrer uhralten Religion*. Nach weiteren Vernehmungen der Waldenserdelegation durch Widt, Seubert und Heespen wurde am 24. Oktober 1698 von letzteren ein Gutachten formuliert. Darin stand unter anderem zu lesen *dass die Bittsteller von der uhralten Waldenser Religion in dem wenigsten nicht abgewichen sein wollen, dannaoh sich mit der [...] Confessione Bohemica durchaus conformirten[...]*. Es handle sich *ra[ti]o[n]e numeri* um *etwa [...] 3000 Persohnen, darvon gegen 1000[...]die sich zu etabliren hofften*. Sofern man ihnen *zur nahrung taugliches Land einrraumen wollte*, seien sie *ohne beschwerung der übrigen Landesunterthanen* zur Bestreitung ihres Lebensunterhaltes fähig. Die Leute seien zwar nicht alle vermögend, hätten aber *große Hoffnung*, aus England und den Generalstaaten eine *erckleckliche beysteuere* zu erhalten. Sie hätten die Absicht, *eine aigene Colonie aufzurichten und ein Stättlen oder dorff zu bauen, ihre aigene Prediger zu haben sowie die zu ihrem etablissement nötige privilegia, die zwar noch nicht nominatim gemeldet, zu erhalten*. Die Aufnahme sei *nicht nur aus charité*, sondern auch deshalb empfehlenswert, weil die *Zuwanderer dem Land, das an vielen orten sehr depeuplirt, sehr nützlich sein würden*.<sup>24</sup>

Das Interesse des württembergischen Herzogs Eberhard Ludwig (1693-1733) war geweckt worden. Dabei dürfte nicht nur die Aussicht auf eine Zunahme seiner Bevölkerung, sondern

<sup>21</sup> Harald SCHÄTZ: Die Aufnahmeprivilegien für Waldenser und Hugenotten im Herzogtum Württemberg. Eine rechtsgeschichtliche Studie zum deutschen Refuge (VKfgL, Reihe B, 177). Stuttgart 2010, S. 219 f.

<sup>22</sup> Zit. nach: KIEFNER (wie Anm. 19), S. 27.

<sup>23</sup> Zit. nach: Freudenernte, Festbericht für die Jubelfeier des 200 jährigen Bestehens der badischen Waldenserkolonien. Palmbach- Untermutschelbach 1901, S.36.

<sup>24</sup> SCHÄTZ (wie Anm. 21), S. 219 f.

auch der zu erwartende Zufluss von Finanzhilfen ausschlaggebend gewesen sein. Die Landwirtschaft in Württemberg litt seit Jahrzehnten unter dem Bevölkerungsmangel, der durch den Dreißigjährigen Krieg verursacht worden war und die französische Invasion des Jahres 1693 hatte diesen Zustand erneut verschärft. Dass der Herzog die Förderung der Landwirtschaft als seine *hochangelegene Sach* betrachtete, verdeutlicht ein Generalskript vom 25. November 1698, welches von den Oberräten Seubert und Heespen ausgearbeitet worden war. Die Hauptprobleme, die es zu lösen galt, sah man darin, wie *die desolirte Hofstätt zum überbauen zu befördern, die wüstligende Aecker und die Weinberge wider in Rust und Bau zu bringen* und schließlich, was *bey vergantungen vor Anstalten zu machen seien*.<sup>25</sup> Für eine eventuelle Ansiedlung wurde das Klosteramt Maulbronn in Betracht gezogen. Der Maulbronner Vogt Georg Martin Greber sollte mit den Waldenserdeputierten Arnaud, Pastre und Muret erkunden, wo *2 biß 3000 Persohnen ein oder mehrere dörffer selbstnen bauen könnnten, die nöthigen Baumaterialien* vorhanden seien sowie die *zu ihrer Nahrung- acker-, weinbau und viehzucht nöthige[n] felder zu cultiviren angewiesen werden könnnten*. Es solle eine *aigene Colonie* entstehen. Die *um der Religion willen persecuirte[n] Leuthe* könnnten angesichts ihrer *uns angerühmten guten und laboriosen Lebensart das an vielen orten depeuplierte Herzogthumb und bißher öd und ungebaut gelegene güter wider in die cultur bringen*.<sup>26</sup>

Die Verhandlungen Pieter Valkeniers, eines niederländischen Gesandten, der sich für die Waldenser engagierte, mit der württembergischen Regierung über die Aufnahmebestimmungen waren vor dem 24. Mai 1699 abgeschlossen. Die Tatsache, dass sich der Landesfürst Eberhard Ludwig, wie andere evangelische Landesfürsten vor ihm, entschloss, Glaubensflüchtlinge in sein Land aufzunehmen, wurde, neben den bereits erwähnten Aspekten vom diplomatischen Engagement gleichrangiger Reichsfürsten und der protestantischen Führungsmacht Englands ausgelöst, so die Einschätzung von Harald Schätz.<sup>27</sup> Im Prozess der lutherischen Konfessionalisierung hätte Schätz zur Folge Württemberg im Alten Reich die Führungsrolle eingenommen.<sup>28</sup>

### **Der *Articul* des württembergischen Herzogs Eberhard Ludwig von 1699**

Der württembergische Landesfürst Eberhard Ludwig erließ am 4. September 1699 ein 23 Artikel umfassendes Privileg, *Articul* genannt. Das Original wird im Rijksarchiv Den Haag aufbewahrt. Pieter Valkeniers besondere Rolle wurde in dem *Articul* als *Ihrer Hochmögenden Extraordinair- Envoyé und Bevollmächtigten wegen Stabilirung der Waldenser in Teutschland* betont und Valkenier, nachdem er dies ausdrücklich verlangt hatte, in die örtlichen Entscheidungen eingebunden. Auch bei der Huldigung und damit der Aufnahme der Waldenser in den Untertanenverband Württembergs am 15. September 1699 in Dürrenz, war Valkenier als „autorisierte Beobachter“ im Auftrag der Schutzmächte anwesend. Mit der Huldigung war die Aufnahme in den Untertanenverband förmlich vollzogen. So hieß es in dem *Articul*, dass die Adressaten, *alte[n] eingesessenen- und gebohrne[n] Unterthanen [...] in allen Stücken von der Stunde an gleich gehalten werden, sollen, wann sie uns die geziemende Huldigung und den Eyd der Treu geleistet haben werden, dergestalten, daß so dann niemand Sie in einige Wege zu beunruhigen oder zu beleidigen befugt, sie aber auch dahingegen schuldig und verpflichtet seyn sollen,[...] sich Unsern Gesätzen und Lands-Ordnungen gebührend zu unterwerffen, nach*

<sup>25</sup> EBD.; bei Vergantungen handelt es sich um Zwangsversteigerungen.

<sup>26</sup> EBD., S. 221.

<sup>27</sup> EBD., S. 215.

<sup>28</sup> EBD., S. 2



*Maßgaab der absonderlichen Privilegien und Begnadigungen, welche wir Ihnen in nachfolgenden Articuln zuverwilligen, geruhet haben.*<sup>29</sup>

Als Rechtsfolge des Huldigungsaktes wurde in den *Articuln* das Sicherheitsversprechen integriert und so die gegenseitige Verpflichtung (*mutua obligatio*) verdeutlicht. Nach Ernst Otto Bräunche wurden den um Aufnahme bittenden Waldensern verschiedene Zusicherungen gemacht, so dass der freien Religionsausübung, das Recht zur Bestellung eigener Lektoren; Cantores, Schulmeister und Seelsorger. Ferner werde die Beibehaltung waldensischer Sitten und Gebräuche zugesagt. Um die Versorgung der Ortsarmen sicher zu stellen, solle die Hälfte der Güter von solchen Besitzern, die ohne Leibeserben sterben, in den ersten zwanzig Jahren der Gemeinde zufallen und dieser Besitz „zur Erhaltung der Armen gewidmet und angewendet werden“. Grund und Boden zu Haus, Hof und Garten erhalte jeder Ansiedler zu freier Disposition, frei von allen Schulden und Hypotheken. Für die ersten zehn Jahre gewähre der Erlass Freiheit von Steuern, Auflagen, Frohnen und von allen Personen- und Grundlasten. Holz Stein Sand, Lehm sollten unentgeltlich aus den landesherrlichen Besitzungen entnommen werden können. Ausdrücklich werde die Freiheit von Sklaverei, Knecht und Leibeigenschaft und das Recht der Freizügigkeit verbürgt. Sämtliche Artikel seien nach Bräunche durchdrungen von dem Bestreben, den zu erwartenden Waldensern die Ansiedlung auf württembergischem Boden so leicht als möglich zu machen, und sie in keiner Weise in ihren bisherigen Gepflogenheiten zu beeinträchtigen.<sup>30</sup>

Rechtsakte könnten nach Harald Schätz nur vor dem Hintergrund der politischen Situation verstanden und eingeordnet werden. Im württembergischen Verfassungskampf von 1699 wären nach Schätz die württembergischen Stände mit ihren Forderungen gescheitert und in ihre Schranken gewiesen worden, was eine wesentliche politische Voraussetzung für den landesherrlichen Handlungsspielraum im Bereich der Konfessionspolitik bzw. für die Aufnahme fremder Konfessionsverwandter dargestellt hätte.<sup>31</sup>

### **Das Gesuch der Waldenser aus Hessen-Darmstadt an den württembergischen Herzog**

Der Landgraf Ernst Ludwig von Hessen-Darmstadt war Vorreiter und Vorbild für andere Landesfürsten bei der Aufnahme von Glaubensflüchtlingen. Da aber die Verhältnisse im hessischen Rüsselsheim und Mörfelden um 1699-1701 nicht alle befriedigten, zogen einige Waldenserkfamilien weiter nach England und Holland. Auch das Privileg Herzog Eberhard Ludwigs vom September 1699 lockte Waldenser aus Hessen-Darmstadt an. Am 12. Oktober 1700 baten 310 der Mörfeldener Waldenser um Aufnahme in Württemberg. Das folgende Gesuch waldensischer Familien aus Mörfelden an den württembergischen Landesfürsten Eberhard Ludwig soll hier näher vorgestellt werden (vgl. die folgenden Abb.: Gesuch waldensischer Familien aus Mörfelden, GLA 171, Nr. 748):

*Pforzheim*

*Neue Colonisten /:Landbau:/*

*Achtzig verschidener Waldenser underthänigstes Gesuch, das ihnen im Lande sich zu etabliren erlaubt, auch einige öde Güter inn solcher Zeit[?] zubrechen und zu bauen assignirt werden möchte.*

*Anno 1700.*

---

<sup>29</sup> Vgl. *Articul*, vor Art. I, S. 1. In: Ebd., S. 286.

<sup>30</sup> Vgl. Ernst Otto BRÄUNCHE: Streifzüge durch die Ortsgeschichte Palmbach. Karlsruhe 2001, S. 14.

<sup>31</sup> SCHÄTZ (wie Anm. 21), S. 47.

Der französische Text (einfache Schrägstriche / markieren das Zeilenende, der doppelte Schrägstrich // das Seitenende des Originals; Groß und Kleinschreibung sind normalisiert, die altertümliche und auch nach den Maßstäben der Zeit um 1700 z. T. unübliche Rechtschreibung ist belassen. Lediglich konsonantisches *u* wurde in *v* umgewandelt.):

*Serenissime Prince /*

*Nous savons quil est cogneu a vostre –/ altesse serenissime. Coume nous povre Vaudois / avons esté contrains de quitter nostre patrie / par la persecution de nostre religion – / son altesse serenissime monseigneur le langrave / Darmestatt nous à resus dans ses estats – / mais coume le territoire y est cy ingrats / quil est impossible de pouvoir esperer de / subsister, nous soumes encore contrains a – / chercher un lieux où nous pouvions – / vivre, ayant donc appris quil se – / pourroit trouver des terres à défricher – / dans les estats de vostre altesse serenissime / nostre communauté qui demeure apresant / dans le dit pays de Darmestat, au village / noumé Murfeldem, ayant trouvé bon – / de mespediér pour supliyer vostre altesse – / serenissime de me faire voir les lieux et / de me donner par escrit sur quelle con/disition que vostre altesse serenissime nous – / voudra su cevoir apres quoy les familles / expecifies // dans le rolle cy joint, se rondront – / jcy in mediatemant avec la permission – / de vostre souverain dapresant, nous espe/rons de ne point estre a charge au / pays, puis que par la grace du seigneur / nous soumes deja beaucou de familles qui / avons des bestiaus, et autres meubles qui / nous sont necessaires por nostre usage – / mais que nous porrons un jour te-/moigner a vostre altesse serenissime nostre / fidelité coume ces autres subjects*

*fait / a Torlax, ce 24. aoust 1700 /*

*de vostre altesse serenissime /*

*Les très humbles et tres soumis / serviteurs /*

*Balcet / Laurens Berger /*

*Au nom de toute la colonie et communauté.<sup>32</sup>*

Übertragung ins Deutsche:

„Wir wissen, dass es Euch bekannt ist, durchleuchtigste Hoheit, dass wir armen Waldenser gezwungen wurden, wegen der Verfolgung unserer Religion unsere Heimat zu verlassen. Seine durchleuchtigste Hoheit, der Landgraf von [Hessen-]Darmstadt, hat uns in seinen Landen Zuflucht gewährt. Aber so unfruchtbar wie der Boden ist, dass es unmöglich ist, hoffen zu können, dort zu überleben, sind wir nochmals gezwungen, einen Ort zu suchen, wo wir leben könnten. Da wir nun erfahren haben, dass sich solches fruchtbares Gebiet in Euren Landen, durchleuchtigste Hoheit, finden lässt, hat es unsere Gemeinschaft, die sich derzeit im genannten Lande Darmstadt im Dorf Mörfelden befindet, für gut befunden, mich auszusenden, um Eure durchleuchtigste Hoheit zu bitten, mich die Orte besichtigen zu lassen und mir schriftlich mitzuteilen, unter welchen Bedingungen Eure durchleuchtigste Hoheit uns wissen lassen wollte, nach denen die nachfolgend auf dem Blatt genannten Familien sich hier bald mit der gegenwärtigen Erlaubnis Eurer durchleuchtigsten Hoheit niederlassen könnten. Wir hoffen, auf keine Weise eine Last für Euer Land zu sein, denn unter uns haben bereits viele Familien Vieh und anderes bewegliches Gut, die uns für unseren unterhalt nützlich sind. Aber wir können am heutigen Tage Eurer durchleuchtigsten Hoheit unsere Treue wie alle andern Untertanen auch versichern.

Geschehen zu Durlach, an diesem 24. August 1700.

Eurer durchleuchtigsten Hoheit sehr bescheidene und untertänige Diener

Balcet und Laurens Berger, im Namen der ganzen Kolonie und Gemeinschaft.“

---

<sup>32</sup> GLA Karlsruhe, 171/748.

*Rolle des familles vaudoises qui souhaitent de se retablir dans les pays de Torlax, fait le 24 auost 1700.*

„Liste der Waldenser-Familien, die sich im Lande Durlach niederzulassen wünschen, gegeben am 24. August 1700.“

<i>Personnes</i>	<i>4 Anthoine Jordan</i>	<i>6 Pierre Jennenal</i>
<i>6 Antoine Balce</i>	<i>4 Jean Jordan</i>	<i>3 Michel Raviol</i>
<i>7 Joan Balce f' Janet</i>	<i>2 Etienne Barral f' Jaques</i>	<i>3 Etienne Raviol fils</i>
<i>5 Jean Raviol</i>	<i>5 Etienne Piton f' Pierre</i>	<i>4 Etienne Brun</i>
<i>5 Jean Balce f' Antoine</i>	<i>4 Claude Vingon</i>	<i>5 Etienne Chatelain</i>
<i>3 Michel Roux</i>	<i>3 Pierre Roux</i>	<i>4 M. Pierre Berger f' Jean</i>
<i>3 Jean Brun f' Jean</i>	<i>6 Pierre Berger</i>	<i>3 Jean Tron le Perre</i>
<i>5 Janon Jordan</i>	<i>4 M Etienne Roux</i>	<i>2 Jean Ressant</i>
<i>4 Michel Piton</i>	<i>2 Etienne Roux fils</i>	<i>2 Pierre Gay</i>
<i>3 Etienne Piton fils</i>	<i>4 M Jean Roux</i>	<i>6 Etienne Roul</i>
<i>3 Jean Roux fils</i>	[Beginn Spalte 2 des Originals]	<i>2 Jean Roul Piton</i>
<i>3 Pierre Brun Jean</i>	<i>Personnes</i>	<i>2 Caterine Gay vefve</i>
<i>5 Jean Bertalot</i>	<i>2 Jaques Brun f' Jaques</i>	<i>3 Etienne Talmon</i>
<i>2 Anthoine Bertalot</i>	<i>4 Thoumas Aillant</i>	<i>3 Jaques Talmon f' Jean</i>
<i>3 Pierre Brun f' Pierre</i>	<i>5 Marc Moutoux</i>	<i>2 Etienne Talmon f' Jaques</i>
<i>4 Jean Brun, la balme</i>	<i>3 Pierre Berger f' Pierre</i>	<i>6 Jaques Tron Dauphinéo [sic !]</i>
<i>3 Jean Barral f' Pierre</i>	<i>5 Lorans Berger</i>	<i>3 M Jean Guigas</i>
<i>3 Anne Piton, vefve</i>	<i>4 Pierre Bounin</i>	<i>1 Jean Guigas son cousin</i>
<i>2 Jean Barral f' Jaques</i>	<i>2 Marie Piton, vefve</i>	<i>6 M. David Gaudoul</i>
<i>6 Etienne Barral f' Turim[ ?]</i>	<i>2 Jaques Berger f' Pierre</i>	<i>5 Jean Coutandin</i>
<i>3 M. David Berger</i>	<i>3 Anthoine <del>aillot</del> [so durchstrichen !] Bonin</i>	
<i>3 Jaques Berger</i>	<i>3 Etienne Jennenal</i>	

Die Zahlen vor den Namen geben an, wie viele Mitglieder die jeweilige Familie umfasst. Die Abkürzung *f'* bedeutet *fils*, also Sohn, *vefve* ist die damalige Form von *veuve*, also Witwe. Insgesamt handelt es sich also um 219 Personen in 61 Familien, d. h. die durchschnittliche Familie umfasste 3,59 Personen. Wenn nur drei Witwen vorkommen, heißt das, dass rasch Wieder-verheiratungen erfolgten.

PK: Ordnung  
Kap: IV:

Storck

N<sup>o</sup> 1.

Neue Colonisten

Gemeinden,  
Landbau: 1.

Alte, die sich in der Familie  
mehrfach gezeugt, in der  
Kunde ist, so etabliert, und  
als Güter im Lande  
besitzen, und so  
bald als möglich werden.

Anno 1700.

Blatt 1-33

Hofmeister

174/228

G.L.A. 171  
No. 248



Serenissime Prince,

Nous savons qu'il est Cogneu a vostre —  
Altesse Serenissime, Comme nous pour vaudois  
Aurons esté Contrains de quitter nostre patrie  
par la persecution de nostre Religion, —  
Son Altesse Serenissime monseigneur le Langraue  
dar mestast nous à Nisus dans les estats,  
mais Comme le territoire y est cy ingrats  
qu'il est impossible de pouvoir exposer de  
subsister, nous soumes encore Contrains a  
Chercher vn lieu ou nous pouvions —  
viure, Ayant donc appris qu'il se —  
pourroit trouver des terres à de ficher —  
dans les estats de vostre Altesse Serenissime,  
nostre Communauté qui demeure apresant  
dans le dit peys de dar mestast au vilage  
nou me's murfel dem, ayant troué bon  
de mespedier pour supplier vostre Altesse  
Serenissime de me faire voir les lieux et  
de me donner par escrit sur quelles Con-  
dition que vostre Altesse Serenissime nous  
voudra se envoir, apres quoy les familles  
Oxyecyfiés



dans le Rolles cy joint, se Randon-  
 jey in mediatemant, avec la permission  
 de nostre Souuerain d'apresant, nous expe-  
 rons de ne point estre a charge au  
 pays, puis que par la grace du seigneur  
 nous sommes deja beau Cou de familles qui  
 auons des bestiaux, et autres meubles qui  
 nous sont necesseres po<sup>r</sup> nostre usage  
 mais que nous pourrions vn jour te-  
 moigner a vostre altesse serenissime nostre  
 fidelite. Comme cy autres subjets fait  
 a torlax ce. 24<sup>e</sup> aoust 1700.

De vostre Altesse serenissime.

Vos tres humble et tres soumis  
 seruiteurs  
 Balcey  
 Lauransberger

Au nom de toute la Colonie et  
 Communautés



Rolles Des familles vandoires qui souhaitent de  
 se rétablir dans le pays de torlax fait le 24<sup>e</sup>  
 août 1700

Personnes

- 6 Anthoine balu
- 7 Jean balu f. Jean
- 5 Jean Raviol
- 5 Jean balu f. Antoine
- 7 Michel Roux
- 3 Jean brun f. Jean
- 5 Jeanon Jordan
- 4 Michel piton
- 3 Etienne piton filz
- 3 Jean Roux filz
- 3 Pierre brun f. Jean
- 5 Jean bertalot
- 2 Anthoine bertalot
- 3 Pierre brun f. Pierre
- 3 Jean brun la balme
- 4 Jean barral f. Pierre
- 3 Hme piton veuve
- 3 Jean barral f. Jacques
- 2 Etienne barral f. Turin
- 3 M. David berger
- 3 Jacques berger
- 4 Anthoine Jordan
- 4 Jean Jordan
- 7 Etienne barral f. Jacques
- 2 Etienne piton f. Pierre
- 5 Claude vignon
- 4 Pierre Roux
- 3 Pierre berger
- 4 M. Etienne Roux
- 2 Etienne Roux filz
- 4 M. Jean Roux

Personnes

- 2 Jacques brun f. Jacques
- 7 Thomas aillaut
- 5 Marc Moutoux
- 3 Pierre berger f. Pierre
- 5 Corans berger
- 4 Pierre bouvin
- 2 Marie piton veuve
- 2 Jacques berger f. Pierre
- 3 Anthoine aillaut bonin
- 3 Etienne Jeuneval
- 6 Pierre Jeuneval
- 3 Michel Raviol
- 3 Etienne Raviol filz
- 4 Etienne brun
- 5 Etienne chateclain
- 4 M. Pierre berger f. Jean
- 3 Jean tron le pierre
- 2 Jean Ressant
- 2 Pierre gay
- 6 Etienne Roul
- 2 Jean <sup>Roul</sup> piton
- 2 Catherine gay veuve
- 3 Etienne tal mon
- 3 Jacques tal mon f. Jean
- 2 Etienne tal mon f. Jacques
- 6 Jacques tron dauphine
- 3 M. Jean guigas
- 1 Jean guigas son Cousin
- 6 M. David gaudoul
- 5 Jean Coutandin

Vorlage und Aufnahme der vorstehenden Abbildungen: GLA Karlsruhe 171, Nr. 1748, alle Rechte vorbehalten.

### Die Waldenser-Kolonie in Palmbach

Die Ortschaft Palmbach gehört heute zur Gemarkung Grünwettersbach und ist ein Ortsteil Karlsruhes. Roland Jourdan, ein zeitgenössischer Nachfahre der Waldenser in Palmbach, beschreibt sinngemäß das Aufnahmegesuch und den Prozess der Ansiedlung der Waldenser und bezieht sich dabei auf die Ortssippenbücher Theo Kiefners:<sup>33</sup> Auch die Waldenser Jean Balcet und Laurens Berger aus Mörfelden [das Originaldokument an den Herzog Eberhard Ludwig von Württemberg (s. oben) trägt auch die Unterschrift Jean Balcets und Laurens Bergers] hätten am 24. August 1700 ein Aufnahmegesuch beim Amtmann in Durlach abgegeben und um Ansiedlung gebeten, wobei dem Aufnahmegesuch eine Liste mit 80 Familien und 308 Personen aus Walldorf beigelegt wurde.<sup>34</sup> Am 12. Oktober 1700 ging dann eine weitere Anfrage beim württembergischen Amt Brackenheim ein, ob eine Ansiedlung von Waldensern aus Walldorf möglich sei. Am 21. Oktober 1700 wurde den waldensischen Flüchtlingen der Ort Grünwettersbach angeboten, der zum Amt Neuenbürg gehörte. Die Grünwettersbacher Gemarkung grenzte an die Markgrafschaften Baden-Durlach und Baden-Baden. Zusammen mit dem Vogt von Neuenbürg und dem Forstmeister von Wildbad besichtigten die Waldenser Pierre Berger und Jean Micol den Ort. Aus dem Bericht des Vogtes von Neuenbürg wird deutlich, warum man die Waldenser benötigte:

*382 Morgen Land liegen brach, darunter 243 Morgen Hofgüter der Herrschaft. Es gibt kaum 11 oder 12 Morgen Wiesen. An Wasser besteht großer Mangel und die Bevölkerung erhebt Einspruch.*<sup>35</sup>

Herzog Eberhard Ludwig erteilte am 11. Dezember dem Vogt Greber aus Maulbronn die Anordnung, Grünwettersbach und Mutschelbach in Augenschein zu nehmen. Er berichtete über seine Eindrücke bei seinem Besuch in Grünwettersbach vom 29. und 30. Dezember 1700 folgendes: Auf der Gemarkung seien 600 Morgen verwildertes Ackerland vorhanden. Der Ort habe nur 30 Einwohner, allerdings sei das Steuerbuch seit 40 bis 50 Jahren nicht mehr berichtigt worden. Die Einwohner, die dort lebten, seien gegen die Ansiedlung der Waldenser. In Mutschelbach gebe es ebenfalls 240 Morgen verwildertes Land, welches von nur 9 Familien bewirtschaftet würde. Am 18. Januar 1701 beauftragte Herzog Eberhard Ludwig den Vogt Greber erneut, gemeinsam mit den Waldensern die Orte Grünwettersbach und Mutschelbach ein weiteres Mal zu inspizieren und diese den Waldensern zur Ansiedlung anzubieten. Am 4. Februar 1701 fällte der württembergische Herzog die Entscheidung, dass sich die Waldenser aus Walldorf in Grünwettersbach und Umgebung ansiedeln dürften, und der Vogt Greber wurde mit ihrer Ansiedlung beauftragt. Für die neuankommenden Waldenser sollten die gleichen Bedingungen gelten, wie für diejenigen, die im Jahre 1699 aus dem Perosatal kamen und in Württemberg aufgenommen worden waren. Am 22. April 1701 bekamen die Waldenser in Walldorf die Genehmigung zum Auszug und erhielten am 25. April 1701 ihre Reisebestätigungen. 14 Waldensenfamilien blieben in Walldorf, 256 Waldenser reisten nach Württemberg und Baden ab. 111 Personen aus La Balme (Palmbach) sollten nach Grünwettersbach (würtembergische Exklave) ziehen. Diese stammten aus dem oberen Chisonetal, dem Prigelatal, das bis 1713 zu Frankreich gehörte (das obere Chisonetal gehört heute zum Piemont, einer Region im Westen Italiens an der Grenze zu Frankreich. Heutzutage gibt es dort keine Waldenser mehr). 59 Personen sollten nach Untermutschelbach (würtembergische Exklave) gehen. Weitere 86

---

<sup>33</sup> KIEFNER (wie Anm. 9), S. 35 ff.

<sup>34</sup> Vgl. <http://www.roland-jourdan.de> (abgerufen am 01.08.2016)

<sup>35</sup> Ebd.



Personen wurden nach Kleinsteinbach (Markgrafschaft Baden-Durlach) geschickt. Zuerst zogen die Männer aus Walldorf ab, Frauen und Kinder kamen nach. Am 30. April 1701 trafen 109 Waldenser in Grünwettersbach und 59 in Untermutschelbach ein. Sie hatten ihr Hab und Gut mit Ochsespannen und Tragekörben auf dem Rücken transportiert. Pierre Berger, der bereits in Walldorf zum Bürgermeister gewählt worden war und die Waldenser nach Grünwettersbach geführt hatte, blieb auch dort ihr Bürgermeister. Die 59 Personen, die am gleichen Tag in Untermutschelbach eintrafen, ließen sich zunächst im Dorf nieder. Da am 27. Mai 1701 sich die Einwohner der beiden Orte über die Einquartierung der Waldenser beschwerten, stellte sich die Frage, ob die Kolonie der Waldenser in Grünwettersbach bleiben sollte oder ob die Gründung einer eigenen Siedlung besser wäre. Ende Juni des gleichen Jahres wurde ein Maurer beauftragt, einen Brunnen für die Kolonisten hinter der *Richhalden* (auf der Höhe zwischen Grünwettersbach und Stupferich), zu graben und auszumauern. Am 26. Juni 1701 legten 38 Personen, die auf der Grünwettersbacher Gemarkung den Ort Palmbach gegründet hatten, den Treueid auf den württembergischen Herzog ab. Folgende Namen sind überliefert: Aillaud, Balce, Baral, Berger, Bertalot, Bounin, Brun, Clapier, Gauchon, Jourdan, Moutoux, Piston, Raviol, Roux und Talmon.<sup>36</sup>

Die Beschwerde der Grünwettersbacher über die Einquartierung der Waldenser vom 27. Mai 1701 war also erfolglos geblieben. Die Neuankömmlinge waren zwar nicht im Dorf selbst angesiedelt worden, doch war ein Teil der Gemarkung verloren gegangen. Am 1. März 1702 hatte man mit dem Brunnen eine Tiefe von 7 Klaftern [1 Klafter: etwa 1,80 m.] erreicht. Im Juli 1702 baten die Waldenser um Bauholz und Plätze für ihre Baracken. Am 12. September verliehen sie dieser Forderung Nachdruck.

Im Februar 1702 erhielt „jede Familie dann zwei Morgen als Bauplatz.“ Im Visitationsbericht vom 17. Oktober 1704 steht zu lesen: „Man vernahm, dem welschen Dörflin wurde der Name Palmbach gegeben. [...] Das heißt: Der erste Teil des Namens bestand aus dem Heimort La Balme, den man aber ab Pfarrer Aubert mit P statt mit B schrieb. Und da die umliegenden Orte auf -bach endeten, wurde auch der Kolonie noch ein -bach angehängt. Der Ortsname erschien zum ersten Mal als Balmbach in den Sterberegistern am 4. Dezember 1704 und als Palmbach in den Taufregistern am 23. November 1725.“<sup>37</sup>

Im Jahr der Gründung wurde 1701 die erste kleine Kirche im Ort errichtet. Nach dem Weiterzug von 12 Familien nach Preußen blieben 96 Einwohner zurück. Am 1. Januar 1975 vereinigte sich der Ort mit Karlsruhe.<sup>38</sup>

## Fazit

Die waldensischen Glaubensflüchtlinge machten in kurzer Zeit aus brachliegenden württembergischen und badischen Gebieten, die im Dreißigjährigen Krieg und vor allem im Pfälzer Erbfolgekrieg verwüstet worden waren, blühende Landschaften. Sie wurden gezielt durch die Landesherren angesiedelt und das auch gegen den Willen der alteingesessenen Bevölkerung. Die Bevölkerungsverluste wurden durch den Zuzug von Fremden teilweise ausgeglichen. Die Ansiedlung der Waldenser geschah planmäßig, indem der Landesherr den Gemeinden Kontingente von Flüchtlingen zuwies. Diese durften in den Territorien des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation ihren Glauben ausleben und wurden in den Verband der Untertanen

---

<sup>36</sup> Vgl. <http://roland-jourdan.de> (abgerufen am 04.08.2016)

<sup>37</sup> Zit. nach BRÄUNCHE (wie Anm. 30), S. 15.

<sup>38</sup> Vgl. Heinz-Theo KRAHL: Orts-Chronik vom Waldenserort Palmbach. In: Festbuch der Freiwilligen Feuerwehr Palmbach zum 40jährigen Gründungsfest vom 1. bis 3. September 1979; [https://de.wikipedia.org/wiki/Palm-bach#cite\\_note-krahl-1](https://de.wikipedia.org/wiki/Palm-bach#cite_note-krahl-1) (abgerufen am 12.08.2017); <http://wiki-de.genealogy.net/Palm-bach> (abgerufen am 12.08.2017).

aufgenommen. Dieses Beispiel zeigt, dass eine koordinierte Aufnahme von Flüchtlingen durch die Zentralgewalt durchaus erfolgreich sein kann und diese in den Staat als Bürger integriert werden können. Das setzt auf Seiten der Flüchtlinge die Bereitschaft zur Integration in die Mehrheitsgesellschaft voraus. Die Aufnahme der Waldenser geschah – anders als heute die Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen – nicht aus humanitären Gründen heraus, sondern weil diese für Länder, wie Preußen, Hessen, Baden oder Württemberg, damals aus bevölkerungspolitischen und wirtschaftlichen Gründen heraus erforderlich war. Das Beispiel der Waldenser kann daher im Geschichtsunterricht verdeutlichen, dass auch viele vermeintlich alteingesessene deutsche Familien einen „Migrationshintergrund“ haben und der frühmoderne Fürstenstaat die Integration von Flüchtlingen hat leisten können, obwohl diesem nicht annähernd die sozioökonomischen Mittel unserer demokratischen Gesellschaft zur Verfügung standen.

Es gibt jedoch wichtige Unterschiede zu heutigen Migranten: Die Waldenser (und die Hugenotten) waren bei den aufnehmenden Landesherren nicht nur wegen der Peuplierung willkommen, sondern weil sie 1. in ihrer Religion und damit in ihrer Mentalität ziemlich passgenau den Aufnahmeländern entsprachen, Religionsfremde hätte man nie und nimmer aufgenommen, also keine Katholiken und erst recht keine Nicht-Christen, 2. weil sie – wie im Falle Palmbach ausdrücklich hervorgehoben wird – Vieh und Mobilien mitbrachten, d. h. diese Leute waren keine besitzlosen Sozialfälle, 3. wiesen sie ja darauf hin, dass sie wegen ihres Besitzes dem Aufnahmeland nicht irgendwie zur Last fallen würden, 4. gelobten die Waldenser von vorne herein, gute Untertanen zu sein und den Herzog als ihren Herrn anerkennen zu wollen, und 5. dürfte auch eine Rolle gespielt haben, dass sie französisch sprachen, damals die Umgangssprache an allen Höfen, auch den deutschen. Französisch galt als höhere Kultur. Entsprechend hat man diese Leute hoch eingeschätzt (obwohl ihr geschriebenes Französisch sich etwas bäuerlich und stellenweise fast italienisch liest).

# TAGUNGSBEITRÄGE

*Zur Erinnerung an Bernd Schmidt (1952-2007),  
Sonderschulpädagoge und  
„Bewahrer der Geschichte“ in Weikersheim*

## **Politische und konfessionelle Grenzen in Tauberfranken**

### **Versuch eines Überblicks**

Von Christoph Bittel

Zur Zeit hören wir das Wort „Grenze“ sehr häufig: Mal geht es um „Obergrenzen“ für Flüchtlinge aus den politischen, gesellschaftlichen und religiösen Unruheherden dieser Welt, mal geht es um das so genannte „Schengener Abkommen“ zur Abschaffung der stationären Grenzkontrollen an den Binnengrenzen der beteiligten Staaten der Europäischen Union. Wir wollen dies hier aus begreiflichen Gründen nicht weiter vertiefen, es zeigt uns aber, dass der Aspekt des Einbeziehens und des Ausgrenzens brandaktuell ist und leider auch bleiben wird. Gemeinschaften öffnen ihre Grenzen, wenn sie sich einen Vorteil davon erhoffen, und schließen sie, wenn sie das Gegenteil befürchten.

### **Herkunft des Wortes „Grenze“**

Woher kommt das vermeintlich deutsche Wort „Grenze“ eigentlich? Laut „Etymologischem Wörterbuch der deutschen Sprache“ von Friedrich Kluge und Alfred Götze gehört das altslawische „grani“, die „Ecke“, zum russischen und polnischen „granica“ und zum tschechischen „hranice“ im Sinn des deutschen Begriffs „Mark“.<sup>1</sup> Im Deutschordensland Preußen kam im 13. Jahrhundert das Wort „greniz(e)“ auf, zunächst 1262 als „granizze“ in der Stadt Thorn. Im 15. Jahrhundert drang das Fremdwort in den nieder- und hochdeutschen Westen vor und wurde laut erwähntem Wörterbuch „gemeindeutsch“ durch den Reformator Martin Luther, der es geliebt habe. Seinen Begriff „grentze“ verdeutlichten sich die oberdeutschen Zeitgenossen mit „(land)mark“, „gegend“, „umkreis“ oder „ende, dar ein lant keret“. Im 17. Jahrhundert waren Formen wie „gränitze“ und „gräinitze“, daneben aber auch entsprechend der französischen Mode der Zeit das aus dieser romanischen Sprache entlehnte „Frontier“ geläufig.

### **Der Deutsche Orden, Preußen und Mergentheim**

Vielleicht wäre es nicht ohne Reiz, auch einmal der Rolle des Deutschen Ordens bei der Übernahme dieses slawischen Wortes in das sich entwickelnde und verbreitende Neuhochdeutsche nachzuspüren. Die während der Kreuzzüge im Orient 1190 bzw. 1198 entstandene zölibatäre Rittergemeinschaft hatte ja bekanntlich seit dem 13. Jahrhundert ihren Schwerpunkt in Preußen und in Livland an der Ostsee. Der Hochmeister, das auf Lebenszeit gewählte Ordensoberhaupt, residierte von 1309 bis 1457 auf der Marienburg an der Nogat und von da an bis 1525 in Königsberg, dem heutigen russischen Kaliningrad. Die erwähnte Stadt Thorn, heute polnisch Toruń, ist eine der planmäßig angelegten und einst durch deutsches Stadtrecht privilegierten Städte im ehemaligen Ordensland Preußen.

In der Siedlung Mergentheim, heute infolge seiner gesundheitlichen Heilbadfunktion als „Bad Mergentheim“ zertifiziert, war der Deutsche Orden seit 1219 durch eine Schenkung dreier Brüder von Hohenlohe ebenfalls ansässig. Und etwas über 100 Jahre später, am 2. Juli 1340, verlieh Kaiser Ludwig der Bayer dem aufblühenden Marktflecken an der Tauber das Stadtrecht – mit

---

<sup>1</sup> Friedrich KLUGE, Alfred GÖTZE: Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache. Berlin <sup>14</sup>1948, S. 216.

dem Deutschen Orden als Stadtherrn. In die Wege geleitet hatte dies der Deutschmeister Wolfram von Nellenburg, der an der Spitze der deutschen Ordensprovinzen stand und zu den Vertrauten des Kaisers aus dem Hause Wittelsbach zählte. Die große Stunde Mergentheims schlug aber erst fast 200 Jahre danach, als der letzte in Königsberg residierende Hochmeister Albrecht von Brandenburg-Ansbach 1525 aus dem Orden austrat, die Reformation in Preußen einführte und das Land fortan als weltlicher Herzog in polnischer Lehensabhängigkeit regierte. Einen nicht geringen Anteil an diesem „Konfessionswechsel“ hatte wahrscheinlich die 1523 in Wittenberg erschienene Luther-Schrift „An die herrn Deutschs Ordens das sie falsche keuscheit meyden und zur rechten ehlichen keuscheit greyffen Ermanung“.<sup>2</sup> Preußen war damit dem Deutschen Orden verloren und 1561 folgte auch der letzte Landmeister in Livland dem Vorbild Albrechts.

Damit verfügte der Orden nur noch über seinen mitteleuropäischen Splitterbesitz mit dem Deutschmeistersitz auf der Burg Horneck oberhalb von Gundelsheim am Neckar. 1525, während des Bauernkrieges, floh der betagte Deutschmeister Dietrich von Cleen vor aufgebrachten Bauern, die die Wohn- und Wirtschaftsgebäude der Burg völlig zerstörten, nach Heidelberg und hierauf nach Mergentheim. Hier an der Tauber ließ sich sein Nachfolger Walter von Cronberg 1527 von Kaiser Karl V. zum „Administrator des Hochmeistertums in Preußen“ ernennen, womit er den Anspruch des Ordens auf das Land an der Ostsee aufrechterhielt. Mergentheim war damit provisorische Ordenszentrale, der hier residierende Deutschmeister, seit 1494 Reichsfürst, zugleich provisorischer Hochmeister, also Hoch- und Deutschmeister, wie es künftig verkürzend hieß.

Dieses doppelte Provisorium erwies sich indessen als recht zählebig und dauerte bis 1809 an. Zu einer wirklich glanzvollen Residenz stieg Mergentheim nicht auf, meist ließen sich die Hoch- und Deutschmeister, die seit 1600 meist den hochadligen Häusern Habsburg, Lothringen, Wittelsbach und Pfalz-Neuburg entstammten, von Statthaltern vor Ort vertreten. So war beispielsweise der etwa 30 Jahre regierende Hoch- und Deutschmeister Clemens August von Bayern, ein Barockfürst mit einem besonderen Faible für Prunk und Jagd, zugleich Fürstbischof von Köln, Osnabrück, Münster, Hildesheim und Paderborn, nur 17 Mal in seiner Mergentheimer Residenz – meist kurz und auf der Durchreise.<sup>3</sup> Die bis 1809 in Mergentheim dominierende Präsenz des Deutschen Ordens ist bis heute stadtprägend und bestimmt mit gewisser Einschränkung auch die konfessionelle, vielleicht sogar die politische Struktur.

### **Definition der Grenze**

Damit sind wir eigentlich in Tauberfranken angekommen. An dieser Stelle erhebt sich aber noch die Frage: Was ist eine Grenze, wie lässt sich dieser Begriff definieren? In der 17. Auflage der „Brockhaus-Enzyklopädie“ findet man dazu den folgenden Eintrag<sup>4</sup>: „Grenze, Trennungslinie zwischen verschiedenen Gebieten (natürlicher oder rechtlicher Art); im übertragenen Sinn auch zwischen gesellschaftlichen Gegebenheiten; im Rechtssinn die das Gebiet zweier Staaten und damit die Reichweite ihrer Staatsgewalten (→ Gebietshoheit) angegebene Linie (Staatsgrenze); als Verwaltungsgrenze die Abgrenzung örtlicher Zuständigkeiten von Behörden, auch die Trennungslinie zwischen Grundstücken. Künstliche G[renzen] werden öfter durch Längen- und Breitengrade angegeben. Geschichtliche G[renzen], z. B. Volksgrenzen, dynastische, religiöse G[renzen], G[renzen], die durch Friedensschlüsse benannt werden, überschneiden sich

<sup>2</sup> Friedrich BENNINGHOVEN: Unter Kreuz und Adler. Der Deutsche Orden im Mittelalter. Ausstellung des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz anlässlich des 800jährigen Bestehens des Deutschen Ordens. Berlin 1990, S. 188-189.

<sup>3</sup> Max BRAUBACH: Clemens August, Versuch eines Itinerars. In: Kurfürst Clemens August. Landesherr und Mäzen des 18. Jahrhunderts. Ausstellung im Schloß Augustusburg zu Brühl 1961. Köln 1961, S. 64-75.

<sup>4</sup> Brockhaus Enzyklopädie in zwanzig Bänden. 17., völlig neubearbeitete Auflage des Grossen Brockhaus. Siebenter Band: GEC – GZ. Wiesbaden 1969, S. 600-601.

häufig. Soweit G[renzen] nicht durch natürliche Gegebenheiten (Küsten, Gebirge, Flüsse) dargestellt werden, werden sie durch besondere → Grenzzeichen oder Symbole: Grenzsteine, Grenzpfähle, Zollstationen, oft auch durch befestigte Sicherungen markiert.“

### **Tauberfranken und seine Grenzen**

Wenden wir uns nun endlich Tauberfranken zu. Aber was ist Tauberfranken, wo liegen – um auch das noch zu ergründen – seine Grenzen? Es handelt sich offensichtlich um eine recht junge, erst vor wenigen Jahrzehnten entstandene Gebietsbezeichnung.<sup>5</sup> Sie ist wohl in Analogie zum etwas älteren „Mainfranken“ entstanden, das in Bayern von 1938 bis 1946 offiziell die Bezeichnung „Unterfranken“ ersetzte.<sup>6</sup> Ähnlich wie einst dieser Gebietsname, der sich mittlerweile in vielerlei Hinsicht durchgesetzt hat, scheint auch „Tauberfranken“ eine vielversprechende Zukunft vor sich zu haben. Seit 1992 jedenfalls trägt der im Einzugsgebiet des „Badischen Weinbauverbandes“ liegende „Weinbaubereich“ des Main-Tauber-Kreises die Bezeichnung „Tauberfranken“ anstelle des als weniger werbewirksam ausgerichteten Begriffs „Badisches Frankenland“.<sup>7</sup> Und seit ihrer Fusion 2002 firmiert der Zusammenschluss der beiden bisherigen Sparkassen Tauberbischofsheim und Bad Mergentheim als „Sparkasse Tauberfranken“. Die Liste ließe sich anhand weiterer Beispiele fortsetzen.

Die Bezeichnung „Tauberfranken“ wird demnach vor allem von Einrichtungen des Handels, des Gewerbes und des Dienstleistungsbereichs im Main-Tauber-Kreis verwendet, die damit ihren beanspruchten oder angestrebten Einzugsbereich zum Ausdruck bringen. Zum unbestreitbaren Bestandteil von Tauberfranken gehört der heutige „Main-Tauber-Kreis“, der zu Jahresbeginn 1973 als Zusammenschluss aus den Altkreisen Tauberbischofsheim und Mergentheim sowie aus drei Gemeinden des aufgelösten Landkreises Buchen gebildet wurde und im ersten Jahr seines Bestehens den fraglos zutreffenderen Namen „Tauberkreis“ führte.<sup>8</sup> Über die bayerischen Bestandteile Tauberfrankens gehen die Meinungen auseinander. Während der Autor eines Reiseführers durch „Tauberfranken“ von 2013 ganz selbstverständlich die taubernahen Gebiete in den bayerischen Kreisen Würzburg und Ansbach einbezieht<sup>9</sup>, schließt der „Wikipedia“-Artikel zum Thema die sieben Taubergemeinden des Kreises Ansbach am Oberlauf mit der Stadt Rothenburg ob der Tauber als zum „bayerischen Franken“ gehörig aus.<sup>10</sup>

Wir wollen nun für unsere Zwecke „Tauberfranken“ als denjenigen Teil im ostfränkischen Sprachraum bezeichnen, der im ungefähren Einzugsbereich der Tauber liegt. Er ist damit mehr oder weniger identisch mit dem Taubertal und seinen Seitentälern. Eine allzu genaue Abgrenzung wollen wir uns aber lieber versagen.

---

<sup>5</sup> Christoph BORCHERDT (Hg.): Geographische Landeskunde von Baden-Württemberg (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 8). Stuttgart 1983, spricht S. 192-208 naturräumlich vom „Tauberland“ (in den Grenzen von Baden-Württemberg). – Axel KALLHARDT, Gunter MEISSNER: Kennzeichen TBB. Heimatkunde für den Main-Tauber-Kreis. Lörrach und Stuttgart 1990, bleibt insbesondere im Abschnitt „Wir Tauberfranken“ (S. 98-99) in der Frage der Grenzen etwas vage, setzt aber offensichtlich Tauberfranken weitgehend mit dem (baden-württembergischen) Main-Tauber-Kreis gleich.

<sup>6</sup> <https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Mainfranken> (abgerufen 13.12.2016). – Der NSDAP-Gau „Unterfranken“ hieß bereits seit 1934 „Mainfranken“ (vgl. Peter KOLB, RENIG (Hg.): Unterfränkische Geschichte. Band 5/1: Von der Eingliederung in das Königreich Bayern bis zum beginnenden 21. Jahrhundert, Würzburg 2002, S. 360, 364).

<sup>7</sup> <http://www.badischer-weinbauverband.de/weinbaubereiche.html> (abgerufen 13.12.2016); [https://de.wikipedia.org/wiki/Tauberfranken\\_\(Weinbaubereich\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Tauberfranken_(Weinbaubereich)) (abgerufen 13.12.2016).

<sup>8</sup> <https://de.wikipedia.org/wiki/Main-Tauber-Kreis> (abgerufen 13.12.2016).

<sup>9</sup> Horst-Dieter RADKE: Alles fließt in Tauberfranken. Nicht nur für Wasser- und Weinfreunde. Meßkirch 2013, S. 10.

<sup>10</sup> <https://de.wikipedia.org/wiki/Tauberfranken> (abgerufen 13.12.2016).

## Wilhelm Heinrich Riehl und sein „Gang durch's Tauberthal“

Wenn wir uns jetzt den politischen und konfessionellen Grenzen innerhalb dieses Gebietes zuwenden, muss ein Journalist, Novellist und Kulturhistoriker des 19. Jahrhunderts genannt und auch zitiert werden, der als wissenschaftlicher Begründer der Volkskunde gilt. Wilhelm Heinrich Riehl wanderte im Herbst 1865 durch das Flusstal und veröffentlichte noch im gleichen Jahr seine Studie „Ein Gang durch's Tauberthal“ in der Beilage zu Cottas „Augsburger Allgemeinen Zeitung“. Er beginnt seinen Beitrag mit den folgenden, auf unser Thema zugeschnittenen Sätzen<sup>11</sup>: „Wer das Tauberthal mit Vernunft durchwandern will, der muß zwei Reisekarten mitnehmen: eine neue und eine alte aus der Schlußzeit des alten römischen Reichs. Ohne die letztere weiß er gar nicht, auf welchem Grund und Boden er eigentlich steht, und die rasch wechselnde historische Physiognomie der Städte und Dörfer bleibt ihm ein Räthsel. Ein Gang durch's Tauberthal ist ein Gang durch die deutsche Geschichte, ist heute noch ein Gang durch's alte Reich, und da man bei der gleichfalls noch alterthümlichen Billigkeit der Wirthshäuser mit einer ziemlich leichten Barschaft des Geldbeutels durchkommen kann, so thut man wohl, eine etwas schwerere Barschaft historischer Vorstudien in die Tasche zu stecken.“

Bis vor kurzem noch wurde der letzte Satz, wenigstens sein Anfang, in Sonntagsreden und in der Tourismuswerbung häufig zitiert – jetzt scheint diese Tradition etwas in Abgang gekommen zu sein. Vielen ist heute offensichtlich der Begriff „altes Reich“ – gemeint ist das 1806 auf Veranlassung Napoleon Bonapartes gleichsam erloschene „Heilige Römische Reich Deutscher Nation“ – nicht mehr geläufig oder zumutbar. An anderer Stelle seines Aufsatzes gibt Riehl knapp und pointiert einen Überblick über die historischen Bestandteile des Taubertals, der uns als Einführung dienlich ist<sup>12</sup>: „Inmitten eines regsamen Volks und einer ergiebigen Natur durchschreiten wir an der Tauber die Gebiete von lauter gefallen Reichsgrößen. Das zeigt uns eben die Landkarte schon in den Gränzlinien aus der letzten Reichszeit, die siebenmal den nur dreißig Stunden langen Thalgrund kreuzten. Zu oberst das Gebiet der annectirten Reichsstadt (Rotenburg); dann eine ausgestorbene Markgrafschaft (Ansbach) bei Creglingen; ein säkularisirtes Hochstift (Würzburg) bei Röttingen und Lauda; ein mediatisirtes Fürstenthum (Hohenlohe) bei Weikersheim; das Land eines aufgehobenen Ritterordens (der Deutschherren) bei Mergentheim und ein ehemaliges halbes Reichsdorf (Althausen); eine weiland unmittelbare Reichsherrschaft (Gamburg), ritterschaftliche Besitzungen (in Archshofen, Edelfingen etc. etc.), verlassene Klöster, ein säkularisiertes geistliches Kurfürstenthum (Mainz) bei Bischofsheim; und endlich eine mediatisirte Grafschaft (Wertheim) im Mündungsgebiete des Flusses! So war also das Tauberthal zur Zeit des Reichs mindestens neunherrisch, und jetzt gehört es nur noch dreien Herren: Bayern, Württemberg und Baden, und begegnet sich also der ganze künftige Südbund in diesem kleinen Thale.“

---

<sup>11</sup> Wilhelm Heinrich RIEHL: Ein Gang durch's Tauberthal. In: Wilhelm Heinrich RIEHL: Wanderbuch, als zweiter Theil zu „Land und Leute.“ (Die Naturgeschichte des Volkes als Grundlage einer deutschen Social-Politik 4). Stuttgart 1869, S. 148.

<sup>12</sup> Ebd., S. 150f.



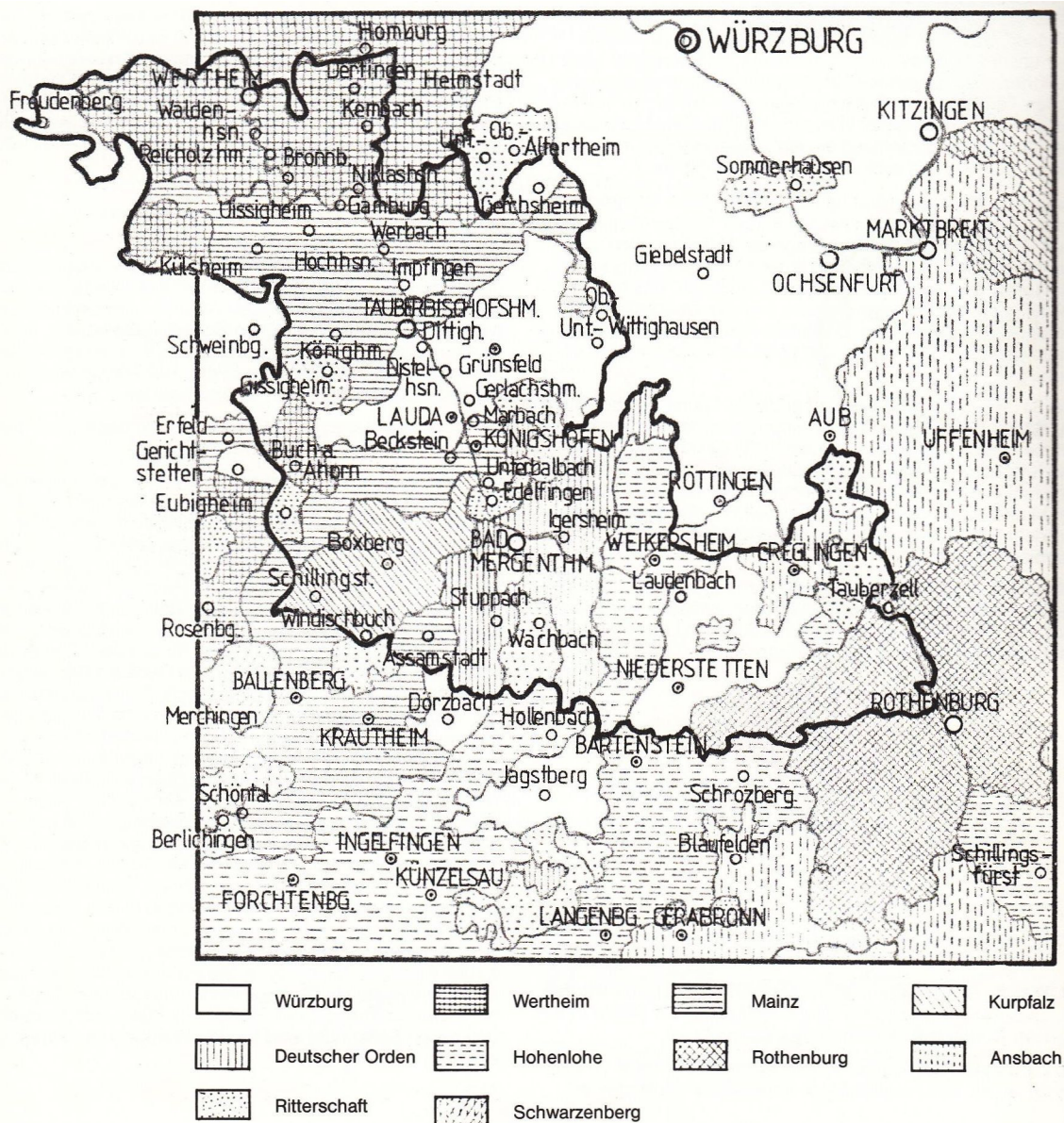


Abb. 1: Karte der Territorien um 1800 im Main-Tauber-Kreis. (Aus: Kreissparkasse Mergentheim, Sparkasse Tauberbischofsheim (Hg.): *Meine Heimat – mein Kreis*, Bad Mergentheim 1985)

Die beiden Zitate aus dem Riehl-Text sind dem Wortlaut nach nicht dem Erstdruck in der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ von 1865, sondern einem Wiederabdruck von 1869 entnommen. Riehl hat den Text an einigen Stellen erweitert und aktualisiert. So findet sich der interessante Hinweis auf den „ganzen künftigen Südbund“ am Ende des zweiten Zitats erst im „Wanderbuch“ von 1869, einem Sammelband des Autors. Riehl bezieht sich hier auf den besonderen Status der drei süddeutschen Staaten nach dem deutschen Krieg von 1866 und ihren „Schutz- und Trutzbündnissen“ mit dem neugebildeten, von Preußen dominierten „Norddeutschen Bund“.<sup>13</sup> Der Anschluss der süddeutschen Staaten an den Norddeutschen Bund erfolgte auch wirtschaftlich-politisch im Rahmen des reformierten „Deutschen Zollvereins“. Mit dem deutsch-französischen Krieg von 1870/71 und dem Zusammenschluss zum Deutschen Reich unter preußischer Führung endete die Übergangszeit des „Südbundes“. Die Grenzen in Tauberfranken trennten fortan keine souveränen Staaten mehr.

<sup>13</sup> Zu den angeschlossenen Staaten gehörte allerdings auch das Großherzogtum Hessen-Darmstadt, das keinen Anteil am Taubertal hatte.

## Die einstige Reichsstadt Rothenburg und ihre „Landhege“

Folgen wir nun den Spuren Riehls und begeben uns zunächst nach Rothenburg, dessen Altstadt höchst malerisch auf einem Plateau über dem Taubertal liegt. Die Stadt, deren Reichsfreiheit 1274 durch König Rudolf von Habsburg bestätigt wurde, dehnte sich von der Mitte des 12. Jahrhunderts bis zur 2. Hälfte des 14. Jahrhunderts nach und nach, zuletzt durch Vorstädte, bedeutend aus.<sup>14</sup> Die Reichsburg auf der Bergnase, in deren Vorfeld die Siedlung entstanden war, wurde vermutlich 1356 bei einem Erdbeben stark beschädigt und nicht wieder aufgebaut. Gerade in dieser Zeit des Verschwindens des königlichen Herrschaftssymbols erreichte die bis heute mauerumwehrte Stadt ihre höchste Blüte. Diese Glanzzeit ist mit dem Namen des bedeutenden Bürgermeisters Heinrich Toppler verknüpft, dem es im Verlauf von fast 30 Jahren zielstrebigen und planmäßigen Handelns gelang, für die Reichsstadt ein nahezu geschlossenes, fast 400 Quadratkilometer großes Territorium mit 183 Ortschaften zu erwerben. Die so genannte „Landwehr“ wiederum ragte bis in das heutige Gebiet der Stadt Creglingen hinein.

Sie war, wie heute noch an Resten erkennbar ist, im Norden, Westen und Süden, am Ostrand der Hohenloher Ebene, von der so genannten, 62 Kilometer langen „Landhege“ umgeben, einem etwa 20 Meter breiten Wall-Graben-System.<sup>15</sup> Im Osten war das Territorium durch die Frankenhöhe genügend gesichert. Es gab in Westfalen, in Niedersachsen, aber auch in Gegenden Süddeutschlands, so um Frankfurt am Main, Nürnberg, Heilbronn und Schwäbisch Hall, ähnliche Anlagen. Für Tauberfranken allerdings ist die Rothenburger „Landhege“ einmalig, weshalb auf die nach Topplers Tod von 1430 bis um 1480 errichtete Einfriedung der reichsstädtischen „Landwehr“ kurz eingegangen sei.

Die Rothenburger „Landhege“ bestand aus einem Wall mit Gräben auf beiden Seiten, die wiederum von zwei niedrigeren Wällen flankiert waren. Insgesamt wiesen die fünf Linien eine Breite von 18 bis 22 Metern auf. Die Gräben waren bis zu 2,50 Meter tief, wobei der äußere der tiefere war. Alle drei Wälle und den inneren Graben hatte man mit dichtem Buschwerk und jungem Stangenholz bepflanzt, das ständig jung und dicht gehalten werden musste. Während weniger wichtige Wege und Straßen durch „Riegel“ – schwere Holzgatter – gesichert und von „Riegelschließern“ bewacht wurden, standen an den neun Hauptdurchlässen Landtürme, die mit jeweils einem Türmer besetzt waren. Am besten erhalten ist der 15 Meter hohe Landturm bei Lichtel, heute ein Stadtteil von Creglingen. Deutlich erkennbar ist das seit 1805 größtenteils eingeebnete Wall-Graben-System gegenwärtig noch in den bewaldeten Partien.

Größeren Kriegsheeren hielt die „Landhege“ natürlich nicht stand, aber die Wälle, Gräben und der undurchdringliche Bewuchs verzögerten das Eindringen von Angreifern und brachten Zeitgewinn für Verteidigungsmaßnahmen. Die Befestigung war als Verteidigungsanlage gedacht, sie bildete – zumindest anfangs – keine Grenze. Manche Dörfer, in denen Rothenburg Rechte

---

<sup>14</sup> Karl BORCHARDT, Horst F. RUPP, Ludwig SCHNURRER: Zeittafel, in: Horst F. RUPP, Karl BORCHARDT (Hrsg.), Rothenburg ob der Tauber. Geschichte der Stadt und ihres Umlandes. Darmstadt 2016, S. 617-623.

<sup>15</sup> Herbert WOLTERING: Die Reichsstadt Rothenburg ob der Tauber und ihre Herrschaft über die Landwehr. Teil 1 (Jahrbuch 1965/66 des Vereins Alt-Rothenburg), Rothenburg 1965, insbesondere S. 105-115; Walther-Gerd FLECK: Der Landturm bei Lichtel. In: Nachrichtenblatt der Denkmalpflege Baden-Württemberg 13 (1970), S. 57-63; Florian HUGGENBERGER: Die Rothenburger Landwehr. In: RUPP, BORCHARDT (wie Anm. 14), S. 202-251, insbesondere S. 214-227.





*Abb. 2: Der 15 Meter hohe Landturm bei Lichtel (Creglingen) ist der am besten erhaltene Torturm der von 1430 bis um 1480 errichteten „Landhege“ um das von der einstigen Reichsstadt Rothenburg ob der Tauber kontrollierte Landgebiet. (Foto: Wolfgang Willig, Bad Mergentheim)*

besaß, waren nämlich nicht in die Landhege einbezogen, während andererseits Ortschaften fremder Herrschaften innerhalb des Rings lagen. Beim Bau hatte man das Einverständnis der einbezogenen fremden Herrschaften mit dem Argument der verbesserten Verteidigung bereitwillig erhalten; an manchen Orten beteiligten sich sogar auswärtige Untertanen am Bau. Im Schutz der „Landwehr“ und „Landhege“ erlebte die Reichstadt, in der 1544 die Reformation eingeführt wurde, relativ ruhige Jahrhunderte.

### **Creglingen, ein ehemals brandenburgisch-ansbachisches Landstädtchen**

Einen ganz anderen Charakter und eine andere Zugehörigkeit besaß das unterhalb von Rothenburg im Mündungswinkel zwischen Tauber und Herrgottsbach liegende Creglingen, das 1349 von Kaiser Karl IV., noch unter den Grafen von Hohenlohe-Brauneck, sein Stadtrecht erhielt.<sup>16</sup> 1448 erwarb Markgraf Albrecht Achilles von Brandenburg-Ansbach das Landstädtchen mit den dazugehörigen Besitzungen für 24.000 Gulden. Im Jahrhundert darauf, 1527, führte sein Enkel Markgraf Georg, ein früher Anhänger Martin Luthers, die Reformation in seinen Territorien und damit auch in Creglingen ein. Creglingen bildete eines von 15 Oberämtern des im Jahre 1800 rund 690 Quadratkilometer umfassenden, recht zersplitterten Fürstentums. Diese Verwaltungsfunktion endete allerdings 1791/92, als der kinderlose Karl Alexander – vor allem für seine Untertanen – völlig überraschend abdankte. Wie im Frieden von Teschen 1779 reichsrechtlich bestätigt, fielen damit die Markgrafentümer an das Königreich Preußen, das unter seinem Minister Karl August Freiherr von Hardenberg sogleich eine umfassende Verwaltungsreform durchführte, die in mancherlei Hinsicht die Reformen zu Beginn des 19. Jahrhunderts vorwegnahm. Er schuf – auch unter militärischen Zwangsmaßnahmen – ein geschlossenes Territorium mit neuorganisierten Behörden und führte die Mediatisierung der Reichsritterschaft, also die Unterwerfung der bisher reichsunmittelbaren Ritter, in dem neuen preußischen Territorium durch. Creglingen gehörte fortan zum Oberamt Uffenheim.

Man kann sich den Unterschied zwischen Rothenburg und Creglingen kaum größer vorstellen. Bis zum Ende des Alten Reiches war das Rothenburger Landgebiet als eine feste Größe der städtischen politischen und wirtschaftlichen Macht in der Hand einer selbstbewussten Bürgerschaft. Creglingen dagegen, dessen Tortürme im Lauf des 19. Jahrhunderts abgetragen wurden, besaß eher eine territoriale Randfunktion. Die Entscheidungen fielen in Ansbach und wurden vom Creglinger Amtmann, der fast durchgängig dem fränkischen Adel angehörte, umgesetzt.

### **Röttingen und Lauda – früher beim Hochstift Würzburg**

Die beiden Tauberstädte Röttingen und Lauda, heute Lauda-Königshofen, dürfen wir, obwohl sie etwa 30 Flusskilometer voneinander entfernt liegen, hier im Zusammenhang nennen. Beide gehörten nämlich zum Hochstift Würzburg, dem weltlichen Territorium, in dem der Bischof von Würzburg als Reichsfürst seine Landesherrschaft ausübte. Es ist zu unterscheiden vom Bistum oder der Diözese Würzburg, also einem wesentlich größeren Gebiet, in dem der Bischof die kirchliche Leitung innehatte. Eine Diözese umfasste auch Gebiete anderer weltlicher und manchmal auch geistlicher Territorialherren, wie beispielsweise im Würzburger Fall das Gebiet des Deutschen Ordens um den Hochmeistersitz in Mergentheim, heute Bad Mergentheim.

Röttingen, im 13. Jahrhundert im Besitz der Hohenlohe, erhielt bald nach 1230 bzw. 1275 Stadtrechte.<sup>17</sup> Bereits 1326 bzw. 1345 fiel das Städtchen, von deren Mauerumwehrung noch

<sup>16</sup> K. statistisch-topographisches Bureau (Hg.): Beschreibung des Oberamts Mergentheim, Stuttgart 1880, S. 481-513; Walther NASSE: Aus der Vergangenheit der Stadt Creglingen, Creglingen 1949; E. SCHWEIKHARDT: Aus längst vergangenen Tagen der Stadt Creglingen. Creglingen 1960; Festschrift zum 650jährigen Jubiläum der Stadt Creglingen. Creglingen 1999.

<sup>17</sup> Michael WIELAND: Röttingen. Ein Beitrag zur Geschichte dieser fränkischen Landstadt, Würzburg 1858; Kurt FREUDINGER: Aus der Vergangenheit der Stadt Röttingen an der Tauber. Ochsenfurt 1954; Stadt Röttingen 700 Jahre 1275-1975. Röttingen 1975.

sieben der ursprünglich 14 Türme erhalten sind, an das Hochstift Würzburg. Der fürstbischöfliche Amtmann hatte seit 1520 seinen Sitz in der hochmittelalterlichen Burg Brattenstein am nordöstlichen Eck der Stadtmauer. Auch das viel weiter tauberabwärts gelegene Lauda, das 1344 Kaiser Ludwig der Bayer zur Stadt erhob, war bis 1803 würzburgischer Amtssitz.<sup>18</sup> Von der einstigen Befestigung um die nahezu quadratische Altstadt sind noch abgesehen von dem bis heute als Durchfahrt genutzten Oberen Tor nur wenige Partien erhalten. 1506 erwarb Würzburg die Stadt Lauda und das Schloss, das künftig als Amtshof diente und 1917 niederbrannte.

### **Weikersheim – einst hohenlohisches Residenzstädtchen**

Wir nähern uns der einstigen Residenzstadt Weikersheim mit seinem Schloss, dem Stammsitz des Hauses Hohenlohe.<sup>19</sup> 1313 erhielt die Siedlung, deren Grundriss ein unregelmäßiges Oval bildete, das Stadtrecht. Von der Stadtbefestigung sind noch wenige Partien und zwei Türme, die so genannte „Blaue Kappe“ und der so genannte „Gänsturm“, das 1945 in seinen oberen Partien zerstörte und 2002 wieder rekonstruierte Stadttor, erhalten. Das 1450 in den Grafenstand erhobene, durch Erbteilung in mehrere Linien zersplitterte Haus Hohenlohe hatte sich nach 1548 der Reformation zugewandt. Die Stadt Weikersheim an der Mündung des Vorbachs in die Tauber war bis 1756 Residenzstadt der gräflichen Linie Hohenlohe-Weikersheim, deren Renaissanceschloss mit barockem Schlosspark vom einstigen Hofleben zeugt. Das in jenem Jahr in den Besitz der Linie Hohenlohe-Neuenstein-Oehringen übergegangene Territorium erstreckte sich wie ein Nord-Süd-Riegel quer zum Taubertal.

### **Bad Mergentheim – bis 1809 Verwaltungszentrale des Deutschen Ordens**

Wir erreichen nun das bereits erwähnte (Bad) Mergentheim, seit 1340 Deutschordensstadt und von 1527 bis 1809 Sitz des Hoch- und Deutschmeisters des Deutschen Ordens.<sup>20</sup> Die zur Zeit der Stadterhebung errichtete Stadtbefestigung um die ringförmige Altstadt, eine Doppelmauer mit vielen Türmen, darunter auch vier Tortürmen, ist heute nur noch in geringen Resten erhalten. Der Regierungs- und Verwaltungssitz des Ordensstaates mit seinem sich über ganz Mitteleuropa erstreckenden Splitterbesitz war in den nach 1527 erbauten Gebäuden um den äußeren Schlosshof untergebracht. Um Mergentheim verfügte der Deutsche Orden allerdings über einen relativ geschlossenen Besitzkomplex.

Bei den Herrschaftsrechten des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“ ist zwischen der Landesherrschaft, der Dorfherrschaft und der Grundherrschaft sowie vogteilichen Rechten zu unterscheiden. Die Landesherrschaft umfasste die hohe Gerichtsbarkeit, das Gesetzgebungsrecht, die Kriegshoheit und nach der Reformation in den protestantischen Staaten auch die Kirchenhoheit. Mit der Landeshoheit war auch die Reichsunmittelbarkeit verbunden, der Landesherr hatte Sitz und Stimme im Reichstag. Die Dorfherrschaft berechnete zur Ernennung von Bürgermeistern, und zum Erlass von Dorfordnungen, in denen den Ortschaften eine gewisse Selbstverwaltung und eine Gerichtsbarkeit in einfachen Rechtssachen eingeräumt wurden. Der Dorf- oder Ortsherr konnte ein allgemeines Aufsichts- und Weisungsrecht ausüben.

---

<sup>18</sup> Karl SCHRECK: 600 Jahre Stadt Lauda 1344-1944. Ein Beitrag zur Entwicklung einer fränkischen Stadt. Lauda 1951; DERS.: Lauda – Schicksale einer ehemaligen fränkischen Oberamtsstadt. Lauda 1973.

<sup>19</sup> Beschreibung des Oberamts Mergentheim (wie Anm. 16), S. 778-830; Carlheinz GRÄTER: Weikersheim an der Tauber. Donauwörth 1972; Stadt Weikersheim, Landesdenkmalamt Baden-Württemberg (Hg.): Stadt. Denk. Mal. Weikersheim, Weikersheim 2002; Carla FANDREY: Schloss Weikersheim (Führer Staatliche Schlösser und Gärten). Berlin, München 2010.

<sup>20</sup> Beschreibung des Oberamts Mergentheim (wie Anm. 16), S. 318-432; Franz DIEHM: Geschichte der Stadt Bad Mergentheim. Äußeres Schicksal und innere Verhältnisse, Bad Mergentheim 1963; Hanns Hubert HOFMANN: Der Staat des Deutschmeisters. Studien zu einer Geschichte des Deutschen Ordens im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation (Studien zur Bayerischen Verfassungs- und Sozialgeschichte III). München 1964.



Nicht selten hatten Herrschaften nur Anteile an einem Dorf, was zur gemeinsam ausgeübten Ortsherrschaft – einem so genannten „Kondominat“ – führte. Als Beispiel hierfür sei der Ort Edelfingen an der Tauber nördlich von Mergentheim herausgegriffen, der auch einst mit Mauern und einem Graben umgeben war.<sup>21</sup> Hier hatten seit 1503 der Deutsche Orden fünf Achtel, Hohenlohe außer dem (evangelischen) Kirchenpatronat zwei Achtel und die Reichsritter von Adelsheim ein Achtel der Ortsherrschaft inne. In diesem Verhältnis war das Gericht besetzt und wurden die Bußen verteilt, jede Herrschaft hatte ihren besonderen Schultheiß, Adelsheim zudem einen Amtmann. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts fiel übrigens das Adelsheimische Achtel an das Großherzogtum Baden und der Rest an das Königreich Württemberg, bis 1846 ein „Staatsvertrag“ die Verhältnisse zugunsten der Württemberger bereinigte.

Die Grundherrschaft schließlich war an das Grundeigentum an den Hofgütern geknüpft und brachte umfangreiche Forderungsrechte an die jeweiligen bäuerlichen Insassen auf Abgaben und Fronen mit sich. Einzelne hoheitliche Rechte konnten von ihren Inhabern abgegeben, verpfändet, verliehen oder getauscht werden.

### **Tauberbischofsheim – früher Sitz eines kurmainzischen Oberamts**

Kehren wir zur Tauber zurück. Tauberbischofsheim am Unterlauf des Flusses, bis ins 19. Jahrhundert Bischofsheim, ist 1288 sicher als Stadt bezeugt, die Stadtrechtsverleihung dürfte etwa in der Mitte des 13. Jahrhunderts erfolgt sein.<sup>22</sup> Ein letzter Stadtturm der ursprünglich 21 Türme der Stadtbefestigung um die heutige Altstadt mit ovalem Grundriss ist mit einer Mauerpartie in der Nähe des Schlossplatzes erhalten. Bis 1803 war Bischofsheim Sitz eines kurmainzischen Oberamts, das bis ins 18. Jahrhundert hinein im Stadtschloss mit seinem hoch aufragenden Türmersturm untergebracht war. Die weltlichen Gebiete von Kurmainz um Bischofsheim gehörten auch kirchlich zur Diözese Mainz und nicht wie viele der umliegenden, zur Diözese Würzburg.

### **Wertheim – ehemals Residenz der Grafen von Löwenstein-Wertheim**

Kommen wir schließlich zur ehemaligen Residenzstadt Wertheim, deren Altstadt entlang der schmalen Uferstreifen beiderseits der Tauber an der Mündung in den Main liegt.<sup>23</sup> Die Siedlung erhielt 1306 von König Albrecht I. das Frankfurter und 1333 von Kaiser Ludwig dem Bayern das Gelnhauser Stadtrecht. Von der im 19. Jahrhundert weitgehend beseitigten Stadtbefestigung aus dem 13. bis 15. Jahrhundert sind die „Stadtwehren“, die von der Burg zu den Flüssen hinabführen, sowie einige Stadttore erhalten. Die Grafen von Wertheim mit dem Sitz in einer der größten steinernen Höhenburgen in Deutschland errichteten seit etwa 1200 am mittleren Main und in der Taubergegend zwischen den Territorien von Mainz und Würzburg eine nicht unbedeutende selbständige Herrschaft, die sie trotz zahlreicher Fehden behaupten konnten. Nach manchen Teilungen einigten sich 1611 die Erben des Grafen Ludwig III. auf die gemeinsame Herrschaft über die Grafschaft Löwenstein und die Aufteilung der übrigen Besitzungen. Damit war die Spaltung der Familie in die zwei Linien Löwenstein-Wertheim-Virneburg und Löwenstein-Wertheim-Rochefort zementiert, die beide noch heute existieren – die erste evangelisch, die zweite katholisch. Als fürstliche Hofhaltung der katholischen Linie diente im 17. und 18. Jahrhundert ein großer Gebäudekomplex an der Tauber, heute Rathaus der Stadt Wertheim, in der seit dem 16. Jahrhundert die Reformation eingeführt war.

---

<sup>21</sup> Beschreibung des Oberamts Mergentheim (wie Anm. 16), S. 517-525.

<sup>22</sup> Julius BERBERICH: Geschichte der Stadt Tauberbischofsheim und des Amtsbezirks, Tauberbischofsheim 1895; Tauberbischofsheim. Aus der Geschichte einer alten Amtsstadt, Tauberbischofsheim 1955; Franz GEHRIG: Hermann Müller, Tauberbischofsheim. Beiträge zur Stadtchronik, Tauberbischofsheim 1997.

<sup>23</sup> Hermann EHMER: Geschichte der Grafschaft Wertheim. Wertheim 1989; Erich LANGGUTH: Aus Wertheims Geschichte (Veröffentlichungen des Historischen Vereins Wertheim 7). Wertheim 2004.

## **Konfessionelle Grenzen orientierten sich an der Herrschaft**

Bei unserem Gang durch Tauberfranken von Rothenburg bis Wertheim haben wir uns auf die Tauberstädte und deren ehemalige Gebiets- und Konfessionszugehörigkeiten am Ende des „Alten Reiches“ beschränkt. Die Reichsstadt Rothenburg war evangelisch, das ansbachische Creglingen evangelisch, die würzburgischen Städte Röttingen und Lauda katholisch, das hohenlohische Weikersheim evangelisch, die Ordensresidenz Mergentheim katholisch, das mainzische Tauberbischofsheim katholisch und die Residenzstadt Wertheim am Main evangelisch. Die Konfessionzugehörigkeit war zunächst gemäß dem Augsburger Religionsfrieden dem Rechtsprinzip des „cuius regio, eius religio“ gefolgt, das besagt, dass der Herrscher eines Landes berechtigt ist, die Religion bzw. Konfession für dessen Bewohner vorzugeben. Im Westfälischen Frieden von 1648 wurden allerdings – mit gewissen Ausnahmen – der evangelische und der katholische Besitzstand auf den 1. Januar 1624 als „Normaljahr“ eingefroren.<sup>24</sup> Diese Regelung war wiederum bis zum Ende des „Alten Reiches“ grundlegend.

## **Tauberfranken war lange Zeit staatlich dreigeteilt**

Mit der so genannten „napoleonischen Flurbereinigung“ teilten im Zusammenhang mit dem Reichsdeputationshauptschluss von 1803, dem Preßburger Frieden von 1805, der Rheinbundsakte von 1806 und – im Falle des Deutschen Ordens – mit dem Krieg gegen Österreich von 1809 die drei vergrößerten süddeutschen Mittelstaaten, das Großherzogtum Baden, das Königreich Württemberg und das Königreich Bayern Tauberfranken unter sich auf.

Beschränken wir uns zunächst auf die beiden Staaten Baden und Württemberg, die den „Löwenanteil“ erhielten. Beide bildeten in ihren neuen Gebieten Verwaltungsbezirke nach dem Vorbild des französischen Zentralismus, deren Grenzen ohne jede Rücksicht auf historische Zusammenhänge gezogen wurden.<sup>25</sup> Das Großherzogtum rief im Nordabschnitt der Tauber die beiden Amtsbezirke Wertheim und Tauberbischofsheim ins Leben. Württemberg, das sein Staatsgebiet um 1810 in 65 ungefähr gleich große Oberämter mit je rund 20.000 Einwohnern untergliederte, errichtete an seiner neu erworbenen Nordspitze das Oberamt Mergentheim. In den Gebietsreformen der 1920er und 1930er Jahre wurde der Tauberbischofsheimer Verwaltungsbezirk auf badischer Seite unter Einschluss von Wertheim erheblich, der Mergentheimer auf württembergischer Seite nur unerheblich erweitert. Beide führten fortan in Angleichung an das preußische Vorbild die Bezeichnung „Kreis“.

---

<sup>24</sup> Vgl. Barbara STOLLBERG-RILLINGER: Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation. München 42009, S. 60f, 84f.

<sup>25</sup> Landesarchivdirektion Baden-Württemberg (Hg.): Das Land Baden-Württemberg. Amtliche Beschreibung nach Kreisen und Gemeinden. Band IV: Regierungsbezirk Stuttgart, Regionalverbände Franken und Ost-württemberg, Stuttgart 1980, S. 266-269.

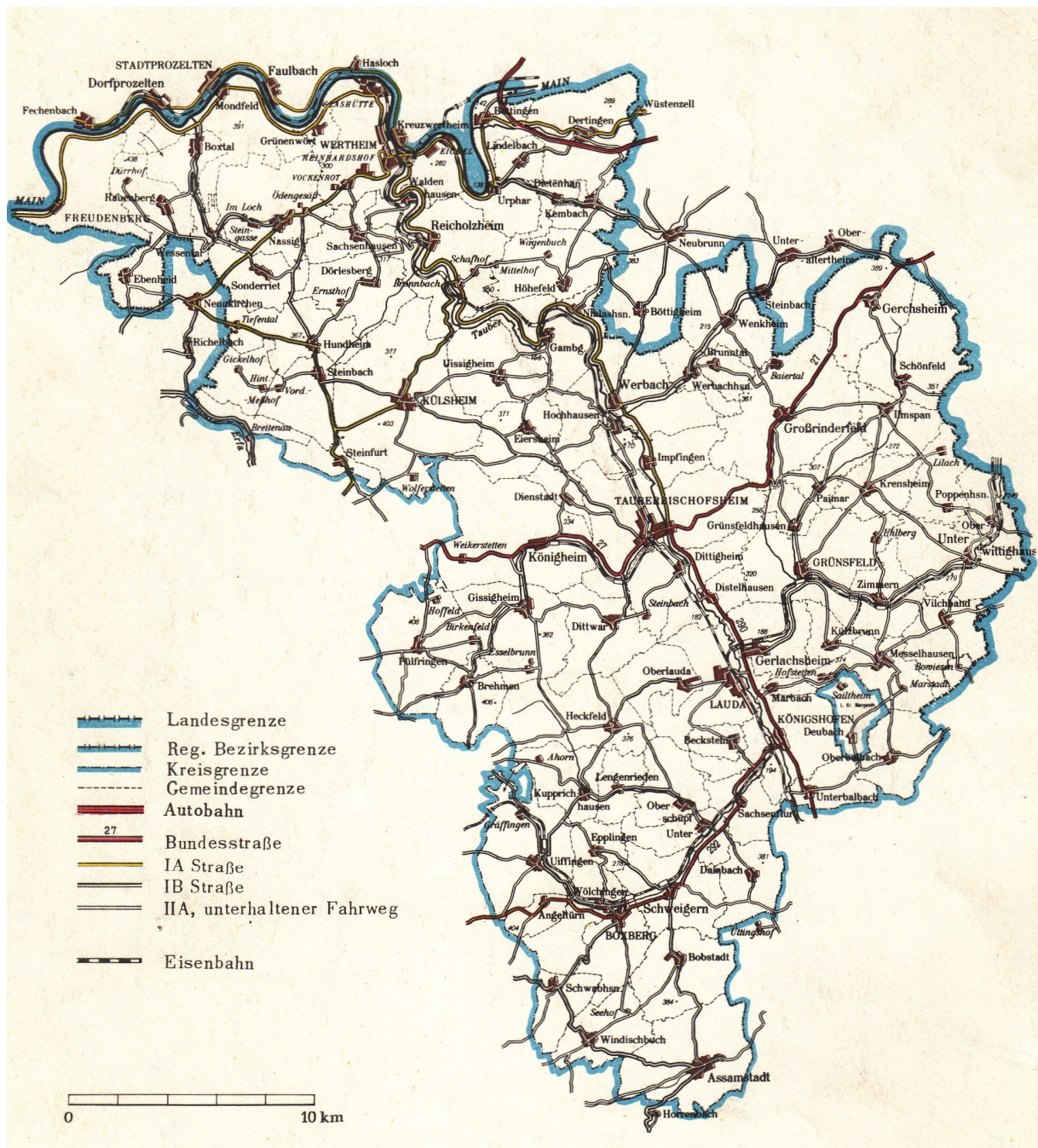


Abb. 3: Der ehemalige badische Landkreis Tauberbischofsheim bildet heute im Wesentlichen die Nordhälfte des Main-Tauber-Kreises. (Aus: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Bearb.), Die Stadt- und Landkreise Baden-Württembergs in Wort und Zahl. Heft 1: Landkreis Tauberbischofsheim, Stuttgart 1963, S. 24).

### Allmähliche Durchlässigkeit der Staatsgrenzen

Bis zum Inkrafttreten des bayerisch-württembergischen Zollverbandes von 1828 war die Grenze zwischen den beiden Staaten des 1815 begründeten „Deutschen Bundes“ zugleich eine Zollgrenze. Zur Erklärung: Der „Deutsche Bund“ war ein während des Wiener Kongresses vereinbarter lockerer Zusammenschluss von 37 bzw. 38 Staaten auf dem Gebiet des ehemaligen Heiligen Römischen Reiches, dessen Führungsorgan ein Bundestag in Frankfurt am Main, praktisch ein Gesandtenkongress unter österreichischem Vorsitz, bildete.





Abb. 4: Der ehemalige württembergische Landkreis Mergentheim bildet heute im Wesentlichen die Südhälfte des Main-Tauber-Kreises. (Aus: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Bearb.): Die Stadt- und Landkreise Baden-Württembergs in Wort und Zahl. Heft 8: Landkreis Mergentheim. Stuttgart o. J. (1964), S. 24)

Zurück zur Zollgrenze: Ein Zollhaus mit Backhaus und Holzlege befand sich beispielsweise noch um 1828 an der grenzüberschreitenden Straße zwischen dem württembergischen Reut-sachsen (heute Stadt Creglingen) und dem bayerischen Detwang (heute Stadt Rothenburg ob der Tauber).<sup>26</sup> Mit dem Inkrafttreten der bayerisch-württembergischen Zollvereinbarung waren die Personen- und Warenzölle zwar aufgehoben worden, doch mussten die Grenzübergänger weiterhin Weggelder, Zoll auf Malz, das auf auswärtigen Mühlen geschrotet worden war, und eine Abgabe für ausländisches Bier entrichten. Mit der Erhebung dieser Gebühren wurde im Juli 1828 der Gastwirt Johann Georg Hofmann in Schwarzenbronn (heute Stadt Creglingen) betraut, der dieses Amt von seinem Gasthaus „Zum Goldenen Ross“ aus versah.

<sup>26</sup> Erwin HEIßWOLF: Die Zollstation in Reutsachsen. In: Festschrift zum 650jährigen Jubiläum der Stadt Creglingen. Creglingen 1999, S. 46ff.

Die zusätzliche Tätigkeit brachte Hofmann allerdings viel Ärger ein. Die Hälfte der Fuhrwerke passierte die Straße vor dem Wirtshaus ohne anzuhalten und ohne zu bezahlen. Den alten Schlagbaum konnte man zur Abhilfe nicht mehr vom alten Zollhaus zum Wirtshaus versetzen, da er, wie man vor Ort „mit Schrecken“ feststellen musste, bereits zerbrochen war.<sup>27</sup> Im Angebot des Zimmermeisters Vorläufer in Wolfsbuch (heute Stadt Creglingen) wurden die Kosten eines neuen, in den württembergischen Farben „mönchsrot und schwarz“ anzustreichenden Schlagbaums aus Fichtenholz unter Wiederverwendung der noch am Zollhaus befindlichen intakten Stöcke auf 6 Gulden veranschlagt. Die Aufstellung eines neuen Schlagbaumes in Schwarzenbronn erwies sich jedoch nach der Abschaffung des Straßengeldes im Sommer 1828 als überflüssig und unterblieb schließlich.

Infolge des Weiterbestehens gewisser Sonderrechte von Baden und Württemberg besaß die Staatsgrenze durch das Taubertal auch lange Zeit nach der Reichsgründung von 1871 die Qualität einer echten Trennungslinie. Bis zur Errichtung der Deutschen Reichsbahn 1920 war beispielsweise der Mergentheimer Bahnhof für die Erfordernisse der württembergischen und der badischen Eisenbahnverwaltung zweigeteilt eingerichtet.<sup>28</sup> Auf dem hölzernen Dachreiter des niedrigen Mitteltrakts, einem Uhrtürmchen, war, wie erzählt wird, bis zur Einführung der „Mitteleuropäischen Zeit“ als Betriebszeit 1890 auf der einen Seite die Karlsruher, auf der anderen Seite die Stuttgarter Zeit angegeben – mit drei Minuten Unterschied.

Dank der amerikanischen Besatzungsmacht fiel die Landesgrenze zwischen den Landkreisen Tauberbischofsheim und Mergentheim nicht erst 1952 beim Zusammenschluss Südwestdeutschlands zu Baden-Württemberg. Beide Kreise waren vielmehr gemeinsam Bestandteile des am 19. September 1945 von General Dwight D. Eisenhower proklamierten Landes Württemberg-Baden im Nordteil der beiden Länder, dessen Ministerpräsident der liberale Schwabe Reinhold Maier wurde, der dann kurz auch das neu gebildete Bundesland Baden-Württemberg regierte.<sup>29</sup>

### **Neue Bistumsgrenzen und traditionelle Konfessionszugehörigkeiten**

Auch die Grenzen der Diözesen bzw. Bistümer der beiden Konfessionen wurden im Zuge der „napoleonischen Flurbereinigung“ und deren weitgehender Bestätigung durch den Wiener Kongress 1815 in Angleichung an die neuen Staatsgrenzen neu gezogen. Seit 1821 gehört die katholische Kirche in Baden zum neugeschaffenen Bistum Freiburg, in Württemberg zum ebenfalls neu eingerichteten Bistum Rottenburg<sup>30</sup>, seit 1978 Rottenburg-Stuttgart. Die evangelische Kirche gliedert sich in zwei Landeskirchen, die württembergische mit Sitz in Stuttgart und die seit 1821 vereinigte badische mit Sitz in Karlsruhe.<sup>31</sup>

Die konfessionelle Verteilung der Bevölkerung war ungeachtet der Reformen der Kirchenadministrationen noch bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein ein Spiegelbild der Konfessionszugehörigkeiten im „Alten Reich“. 1936 lag der Katholikenanteil in der Bevölkerung Bad Mergentheims bei 61 Prozent, in Creglingen gleichzeitig der Protestantenanteil bei 90 Prozent.<sup>32</sup> Die konfessionelle Zugehörigkeit bestimmte auch die Wahlentscheidung, wie sich in der

---

<sup>27</sup> HEIBWOLF (wie Anm. 26), S. 47.

<sup>28</sup> Oscar FRAAS: Württembergs Eisenbahnen mit Land und Leuten an der Bahn, Stuttgart 1880, S. 123; Beschreibung des Oberamts Mergentheim (wie Anm. 16), S. 246.

<sup>29</sup> Paul SAUER (Bearb.): Die Entstehung des Bundeslandes Baden-Württemberg. Eine Dokumentation. Ulm 1977, S. 17ff, 179ff.

<sup>30</sup> Heinz SPROLL, Jörg THIERFELDER (Hg.): Die Religionsgemeinschaften in Baden-Württemberg (Schriften zur politischen Landeskunde Baden Württembergs 9). Stuttgart 1984, S. 58-62, 89-93.

<sup>31</sup> Ebd., S. 122f, 150f.

<sup>32</sup> Württembergisches Statistisches Landesamt (Hg.): Staatshandbuch für Württemberg, Ortschaftsverzeichnis, Stuttgart 1936, S. 184f.



ersten Hälfte der 1930er Jahre zeigte. Während die katholische Zentrumspartei in Bad Mergentheim am 15. September 1930 mit 35,1 Prozent,<sup>33</sup> am 31. Juli 1932 mit 36,5 Prozent<sup>34</sup> und am 6. März 1933 (also nach Hitlers Regierungsantritt) noch mit 41,2 Prozent die Nase leicht vor der NSDAP hatte,<sup>35</sup> entschied sich das überwiegend protestantische Creglingen bei den gleichen Wahlen mit 19,6 Prozent, 65,6 Prozent und 75,9 Prozent für die Partei des künftigen Diktators.<sup>36</sup>

### Grenzen im Gelände heute

Abschließend sei noch ein kurzer Blick auf das heutige Erscheinungsbild alter und aktueller politischer Grenzen in Tauberfranken geworfen. Obwohl mittlerweile große Teile der „Rothenburger Landhege“ und ihrer Elemente verschwunden sind, haben sich, wie bereits erwähnt, Reste des ehemaligen Graben-Wall-Systems dieser Kontrolllinie, im Main-Tauber-Kreis beispielsweise bei Lichtel und Finsterlohr, bis heute erhalten. Im Landkreis Schwäbisch Hall bildet seit 1982 ein aus 13 Teilgebieten bestehender, „vorwiegend nieder- bis mittelwaldartig bestockter Geländestreifen“ im Bereich der ehemaligen Landhege als „kulturhistorisches Dokument der Waldbewirtschaftung; Windschutzhecke und Vogelschutzgehölz“ ein Landschaftsschutzgebiet.<sup>37</sup>

Wenn wir heute den alten und auch den aktuellen Grenzen in Tauberfranken nachspüren wollen, benötigen wir, über die Empfehlung Wilhelm Heinrich Riehls hinausgehend, bereits drei-erlei Karten: eine aus der Zeit des Heiligen Römischen Reiches, eine aus der Zeitspanne 1846 bis 1945 bzw. 1952 und eine neue. Sichtbare Markierungen der Grenzen im Gelände sind in den Boden eingelassene Grenzsteine, die häufig auf beiden Seiten die Wappen oder zumindest die Initialen des jeweiligen Landes zeigen. Recht schöne Steine mit dem traditionellen badi-schen Wappen mit Schrägbalken einerseits sowie den drei württembergischen Hirschstangen auf der anderen Seite finden sich auf den Markungsgrenzen von Edelfingen-Unterbaltbach und Bad Mergentheim-Dainbach. Im ersten Fall markieren sie noch heute die Gemeindegrenze zwischen Bad Mergentheim und Lauda-Königshofen, im zweiten Fall die Gemarkungsgrenze zwischen zwei heutigen Bad Mergentheimer Stadtteilen.

Leider kommt es immer wieder zum Diebstahl alter Grenzsteine, die anschließend außerhalb des originalen Standortes häufig als nutzlose Gartendekoration wieder auftauchen. Grenzsteine markieren jedoch bis heute gültige und historisch bedeutsame Grenzen, nur am originalen Standort behalten sie ihre rechtshistorische Aussage.<sup>38</sup> Daher sind historische Grenzsteine durch das Denkmalschutzgesetz und historische und aktuelle Grenzsteine (zusätzlich) durch das Vermessungsgesetz des Landes Baden-Württemberg geschützt. Auf Grund ihrer kulturhistorischen, rechts- und vermessungsgeschichtlichen sowie ihrer heimatgeschichtlichen Bedeutung sind sie Kulturdenkmale, an deren Erhalt auf Grund ihres dokumentarischen Wertes gemäß § 2 des Denkmalschutzgesetzes von Baden-Württemberg ein öffentliches Interesse besteht.

---

<sup>33</sup> Tauber-Zeitung, 15.9.1930.

<sup>34</sup> Tauber-Zeitung, 1.8.1932.

<sup>35</sup> Tauber-Zeitung, 6.3.1933.

<sup>36</sup> Hartwig BEHR, Horst F. RUPP: Vom Leben und Sterben. Juden in Creglingen. Würzburg 2001, S. 116-119.

<sup>37</sup> <http://rips-dienste.lubw.baden-wuerttemberg.de/rips/ripsservices/apps/naturschutz/schutzgebiete/steckbrief.aspx?id=1279003000060> (abgerufen 17.12.2016).

<sup>38</sup> Baden-Württemberg, Landesamt für Denkmalpflege im Regierungspräsidium Stuttgart (Hg.): Grenzsteine – erhaltenswerte Zeugnisse der Geschichte, Esslingen 2011 (Faltblatt).



Mit gutem Schuhwerk muss derjenige versehen sein, der sich zum ehemaligen Dreiländereck Baden-Württemberg-Bayern auf den Weg macht. Genau genommen gibt es drei Stellen, an denen die drei Länder zusammenstießen. Zwei dieser Dreiländerecke lagen an der einst württembergischen Exklave Bowiesen, die von badischem und bayerischem Gebiet umgeben war.





Abb. 5 a/b: An der Gemarkungsgrenze zwischen Unterbalbach („UB“) und Edelfingen („E“) weist ein Stein einerseits durch den badischen Schrägbalken (a) und andererseits durch die württembergischen Hirschstangen (b) auf die ehemalige Landesgrenze hin. (Fotos: C. Bittel)

Noch heute bildet Bowiesen eine Exklave der Gemeinde Igersheim und liegt zwischen den Gemeindegebieten von Lauda-Königshofen einerseits und Bütthard (Bayern) andererseits. Am „echten“ Dreiländereck stoßen heute noch die Gemarkungen Oberbalbach (Lauda-Königsh-



ofen), Harthausen (Igersheim) und Oesfeld (Büttard/Bayern) zusammen. Der wenig spektakuläre Dreieckstein an einem Waldeck recht tief in einer Grasmulde vergraben und zeigt an der einen Seite die drei württembergischen Hirschstangen. Auf den beiden anderen Seiten lässt sich nichts deutlich erkennen.



Abb. 6 a/b: Dieser Dreieckstein (a: Blick von oben) markiert das einstige Dreiländereck Baden-Württemberg-Bayern. Noch heute stoßen hier die Gemarkungen Oberbalbach (ehemals Baden), Harthausen (früher Württemberg) und Oesfeld (Bayern) zusammen. An einer Seite (b) sind noch die drei württembergischen Hirschstangen erkennbar. (Fotos: C. Bittel).

### Grenzüberschreitende Attraktion

Heute wird Tauberfranken nur noch von einer einzigen Landesgrenze durchzogen, und zwar von der bayerischen. Jenseits liegen die Landkreise Würzburg und Ansbach, die katholischen Diözesen Würzburg und Bamberg und der evangelische Kirchenkreis Ansbach-Würzburg. Aber auch diese Grenze ist mittlerweile sehr durchlässig geworden. Das 1998 eröffnete Gasthaus „Holdermühle“ zwischen dem mittelfränkischen Taubertzell (Landkreis Ansbach) und dem baden-württembergischen Creglingen (Main-Tauber-Kreis) bildet heute als grenzüberschreitendes Gebäude eine Attraktion. Die Landesgrenze geht mitten durch die Wirtsstube und ist mit einem (inoffiziellen) Grenzpfahl markiert, die Tische auf beiden Seiten sind in den jeweiligen Landesfarben dekoriert. Das „Gasthaus für Grenzgänger“ brachte es sogar 2001 bis zu einem Artikel im „Staatsanzeiger für Baden-Württemberg“ mit der Überschrift: „Holdermühle: Schlafen in Bayern – duschen in Württemberg“.<sup>39</sup> Dieses Beispiel scheint mir auch für andere Grenzen nachahmenswert.

<sup>39</sup> Staatsanzeiger für Baden-Württemberg, 22.10.2001 (Baden wurde offensichtlich der Kürze wegen in der Überschrift unterschlagen!).

# **Grenzen und deren Überschreitungen in Konflikten der frühneuzeitlichen Dorfgesellschaft**

## **Eine landesgeschichtliche Vertiefung im Geschichtsunterricht der Oberstufe**

Von Michaela Grund

### **1. Einleitung**

Der Gebrauch des Begriffs Grenze geht im übertragenen Sinne über die Formen des eigentlichen Raumbezuges hinaus.<sup>1</sup> Im Bereich der Umgangssprache ist der Begriff Grenze ein durchaus geläufiger. Damit verbunden sind sowohl positive, etwa in Form von Schutz, aber auch negative Vorstellungen – hierbei wären beispielsweise Verbote und Restriktionen zu nennen – und in diesem Sinne sind Grenzen Teil des alltäglichen Erfahrungsbereichs aller Menschen.<sup>2</sup> Dies ist nicht nur zutreffend für uns in der heutigen Zeit, sondern auch für die Menschen in der Frühen Neuzeit, obgleich der damalige Gebrauch des ursprünglichen Grenzbegriffes erst allmählich, nämlich seit dem 18. Jahrhundert, eine Bedeutungserweiterung erfuhr.<sup>3</sup> Trotzdem gab es Grenzen im Leben der damaligen Bevölkerung, beispielsweise in den Konflikten der frühneuzeitlichen Menschen. In den folgenden Ausführungen sollen diese am Beispiel von Fällen des Zentgerichtes Wertheim dargelegt werden.<sup>4</sup> An dieser Stelle sei darauf verwiesen, dass sich das Zentgericht bezüglich seiner Grenzen, also seiner Zuständigkeiten, über Personen und weniger über einen Raum definierte, denn die Zuständigkeit eines Zentgerichtes beschränkte sich zum Großteil ausschließlich auf die ländliche Bevölkerung.<sup>5</sup>

Im Anschluss soll darauf eingegangen werden, welche didaktischen Möglichkeiten sich für das vorgestellte Thema im Geschichtsunterricht in der Oberstufe eröffnen.

### **2. Die Bedeutung der Ehre in der frühneuzeitlichen Ständegesellschaft und deren Rolle in frühneuzeitlichen Konflikten**

In der frühneuzeitlichen Ständegesellschaft spielte die Ehre<sup>6</sup> eine überaus bedeutende Rolle und den damaligen Menschen ging es nicht nur um die materielle Absicherung des Lebens, sondern auch – und dies in besonderem Maße – um ein ehrenvolles Leben. Die Wahrung der Existenzsicherung und der sozialen Ehre waren diesbezüglich nicht zu trennen, sondern bedingten einander. Die Ehre stellte die Grundlage für das Verhältnis zu den Nachbarn, den materiellen

---

<sup>1</sup> Vgl. dazu: Reinhard STAUBER: Grenze. In: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 4 (2006), Sp. 1105-1113.

<sup>2</sup> Vgl. Ebd., Sp. 1105.

<sup>3</sup> Vgl. Deutsches Wörterbuch von Jakob und Wilhelm Grimm, Bd. 9, Sp. 135.

<sup>4</sup> Die Zentgerichte stellten eine Besonderheit in den Territorien am Mittelrhein, in Hessen und in Ostranken dar. Vornehmliche Aufgabe der Zent war die des Gerichts, das in der Regel unter dem Vorsitz des Zentgrafen gemeinsam mit einem bürgerlichen Schöffenkollegium als Urteiler und der Gesamtheit der Zentverwandten als Gerichtsumstand zusammen trat. Vgl. Gerhard THEUERKAUF: Zent. In: HRG, Bd. V (1998), Sp. 1663f. (= Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte); Meinrad SCHAAB: Die Zent in Franken von der Karolingerzeit bis ins 19. Jahrhundert. Kontinuität und Wandel einer aus dem Frühmittelalter stammenden Organisationsform. In: Werner PARAVICINI/Karl Ferdinand WERNER (Hg.): Histoire Comparée de l'administration (IVe-XVIIIe siècles). Actes de XVIe colloque historique franco-allemand, Tours, 27 mars – 1er avril 1977, organisé en collaboration avec le Centre d'Etudes Supérieures de la Renaissance par l'Institut Historique Allemand de Paris (Beihefte der Francia 9). München 1980, S. 360.

<sup>5</sup> Vgl. Karl WELLER: Die Zentgerichtsverfassung im Gebiet des heutigen württembergischen Franken. Würzburg 1952, S. 22.

<sup>6</sup> „Ehre“ begreift die aktuelle Forschung nicht mehr als statische moralisch-rechtliche Größe, sondern als historisch wandelbares, komplexes Regelsystem wechselseitiger Wertzumessung, das maßgeblich sowohl individuelle Selbstachtung als auch Rangvorstellungen und damit entsprechende Verhaltenserwartungen erzeugte. Vgl.: Wolfgang E.J. WEBER: Ehre. In: Enzyklopädie der Neuzeit, Bd. 3. Stuttgart 2006, Sp. 77.

Erfolg, gute Heiratschancen und für die Bekleidung eines Amtes in der Dorf- oder Stadtgemeinde dar.<sup>7</sup> Demnach war es für die damaligen Menschen im Fall einer Ehrverletzung – beispielsweise durch eine Beleidigung – existenziell wichtig, sich anschließend im Blick der Öffentlichkeit zu verteidigen. Wollte eine durch Worte, Gesten oder Mimik herabgesetzte Person verhindern, dass der Verdacht entstand, die Vorwürfe seien möglicherweise wahr, musste sie eine Reaktion darauf zeigen. Zur Wiederherstellung der Ehre boten sich dem Beleidigten verschiedene Möglichkeiten. Die Option eines formalen Gerichtsprozesses war lediglich eine unter mehreren und andere Arten von Konfliktregelung und Normkontrolle gingen der gerichtlichen Lösung voraus beziehungsweise liefen parallel dazu. Häufig sühnte ein in seiner Ehre Angegriffener das Vergehen, indem er den Konflikt mit Gewalt löste.

Dies geschah beispielsweise auch im Jahr 1601 in Reicholzheim, als ein Konflikt zwischen den beiden Müllern Adam Otto und Hans Koch eskalierte.<sup>8</sup> Die beiden hatten dort im Wirtshaus miteinander gezecht und waren in ein Streitgespräch geraten. Im Verlauf der Auseinandersetzung stritten sich die Kontrahenten schließlich um die Frage, wer von beiden der bessere Vertreter ihres Handwerks sei und sie forderten sich gegenseitig dazu auf, darzulegen, wo und wie das Müllerhandwerk erlernt worden sei. Schließlich beschimpfte Adam Otto sein Gegenüber als Schelm. Als der Beleidigte daraufhin mit den Worten *strassen räuber* und *kinder Morder* konterte, waren die Grenzen des Zumutbaren offenbar eindeutig überschritten und der Konflikt wurde daher mit den Fäusten entschieden. Vor Ort gebot man den beiden schließlich Einhalt, indem man sich in die Auseinandersetzung einmischte und die Kontrahenten voneinander trennte.

Das Fallbeispiel zeigt, dass Gewalt in der frühneuzeitlichen Gesellschaft nicht um ihrer selbst willen, sondern unter anderem im Zusammenhang mit der Verteidigung der Ehre ausgeübt wurde. Zwar wurde damals ein gewisses Maß an Gewalt als legitim empfunden, wie beispielsweise das Züchtigungsrecht eines Ehegatten oder eines Dienstherrn, trotzdem darf der frühneuzeitlichen Gesellschaft keineswegs ein grundsätzlicher gewaltsamer Charakter unterstellt werden.<sup>9</sup> Eine Auseinandersetzung wie die oben geschilderte wurde nicht nur von der Obrigkeit mit einer Geldstrafe sanktioniert, sondern in der Regel auch von den Mitmenschen nicht geduldet, da man den Streit sowohl am Zentgericht Wertheim zur Anzeige gebracht und sich auch aktiv in die Konfrontation eingemischt hatte.

Ein weiterer Fall aus dem Jahr 1602 aus Urphar soll verdeutlichen, dass die Überschreitung bestimmter Grenzen im Zusammenleben der frühneuzeitlichen Bevölkerung auch Konsequenzen nach sich trug.

Die Auseinandersetzung zwischen den beiden Urpharern Christoph Meckenwein und Linhard Flegler verlief vorerst ganz ähnlich wie die zwischen den beiden Müllern.<sup>10</sup> Christoph Meckenwein und Linhard Flegler waren während eines Gemeindetages auf dem Rathaus zuerst mit Worten und schließlich mit Händen aneinander geraten, woraufhin sich eine dritte und unbeteiligte Person, Michael Amend, in die Konfrontation einmischte. Er forderte die beiden Streithähne dazu auf, *friedt*<sup>11</sup> zu halten und voneinander abzulassen. Der gut gemeinte Rat fruchtete jedoch nur bei einem der Kontrahenten, so dass Christoph Meckenwein Linhard Flegler mit der

---

<sup>7</sup> Vgl. Richard VAN DÜLMEN: Kultur und Alltag in der Frühen Neuzeit, Bd. 2: Dorf und Stadt (16. bis 18. Jahrhundert). München 2005, S. 180f. sowie 194.

<sup>8</sup> Vgl. dazu: StAWt G-Rep. 102 Nr. 534 („Adam Otto vs. Hans Koch“). Die in diesem Beitrag verwendeten Archivalien sind zudem dem Anhang zu entnehmen.

<sup>9</sup> Vgl. Ellen FRANKE: Von Schelmen, Schlägern, Schimpf und Schande. Kriminalität in einer frühneuzeitlichen Kleinstadt – Strassburg in der Uckermark. Köln u.a. 2013, S. 109.

<sup>10</sup> Vgl. dazu: StAWt G-Rep. 102 Nr. 535 („Stoffel Meckenwein vs. Linhardt Flegler“).

<sup>11</sup> StAWt G-Rep. 102 Nr. 535 („Stoffel Meckenwein vs. Linhardt Flegler“).

Faust ins Gesicht schlug; letzterer reagierte daraufhin aber nicht mit Gegengewalt, sondern forderte Michael Amend dazu auf, den Vorfall vor Gericht zu bringen, da Meckenwein ihn *über fridt geschmisen*<sup>12</sup> hatte. Die Schöffen des Wertheimer Zentgerichtes verurteilten Meckenwein daraufhin nicht wie üblich zu einer Geldbuße, sondern verwiesen den Fall an den Wertheimer Grafen; als Begründung für diese Entscheidung wird im Urteil ebenfalls die Tatsache erwähnt, dass Meckenwein *über frieden geschlagen*<sup>13</sup> hatte. Was genau bedeutete diese Formulierung in Bezug auf das Zusammenleben der damaligen Menschen?

Die frühneuzeitliche Gesellschaft kannte vor allem in und um eine Auseinandersetzung eine Vielzahl symbolischer und ritualisierter Formen des Austrags und der Regulierung von Konflikten. In diesem Zusammenhang war es wichtig, dass innerhalb bestimmter Gruppierungen, aber auch innerhalb der Gesamtgesellschaft, Konsens über die Bedeutungen bestimmter Rituale oder symbolischer Handlungen bestand. Das heißt, es gab einen überaus engen Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Normen und den ihnen zugeordneten symbolischen Handlungen, jedoch mussten die entsprechenden Informationen nicht nur mitgeteilt, sondern eben auch verstanden werden.<sup>14</sup> So konnte es beispielsweise dazu führen, dass eine Auseinandersetzung ein tragisches Ende nahm, weil die Kontrahenten nicht die gleiche Konfliktsprache sprachen und verstanden und die symbolische Kommunikation deshalb scheiterte. Im Folgenden soll dies anhand eines Beispiels verdeutlicht werden. Arnold Beuke beschreibt diesbezüglich in einer seiner Arbeiten einen interessanten Fall.<sup>15</sup> Er schildert darin die Auseinandersetzung zwischen einem adligen Junker und einem Spielmann, die derart eskalierte, dass die Ehefrau des Musikers beim Versuch die Konfrontation der beiden Männer zu beschwichtigen mit ihrem Leben bezahlen musste. Der adlige Junker war so sehr in Rage geraten, dass er ein Messer gezogen hatte und den Spielmann damit zu verletzen beabsichtigte. Der tödliche Stich traf dann aber nicht den Spielmann, sondern dessen Frau. Das eklatante Sozialgefälle und der ständische Unterschied der beiden Gegner, so konstatiert Beuke, machte eine geregelte Austragung des Konflikts unmöglich, da der Adlige das Regelnetz bürgerlicher Konfliktaustragung für sich nicht als bindend ansah und die Deeskalationsversuche ignorierte. Die „Kampfkulturen“ der beiden Gegner waren bezüglich des Konfliktaustrags sowie der Konflikteingrenzung nicht kompatibel gewesen. Die beiden Kontrahenten sprachen nicht die gleiche Konfliktsprache.<sup>16</sup>

Ständische Unterschiede der Kontrahenten sind in Bezug auf die Fälle aus Wertheim nicht festzustellen. Adam Otto und Hans Koch, Christoph Meckenwein und Linhard Flegler sprachen die gleiche Konfliktsprache, die auch von ihrem Umfeld verstanden wurde. Deshalb bestand für sie immer auch die Möglichkeit, aus einer Auseinandersetzung auszusteigen und eine friedliche Lösung mit der Gegenseite zu erreichen.<sup>17</sup> In den vorgestellten Wertheimer Fallbeispielen schlug die jeweilige verbale Auseinandersetzung zwar recht zügig in körperliche Aggressionsakte um, trotzdem wiesen beide Fälle eben auch der Gewalt Einhalt gebietende Züge auf, sobald eine bestimmte Grenze überschritten worden war. Das bedeutet, dass ein Konflikt nicht zwangsläufig eskalieren musste und es auf Beilegung oder Friedensstiftung ausgerichtete Momente

---

<sup>12</sup> StAWt G-Rep. 102 Nr. 535 („Stoffel Meckenwein vs. Linhardt Flegler“).

<sup>13</sup> StAWt G-Rep. 102 Nr. 5550 (Centgericht Zue Wertheim Dienstag Nach Philippi & Jacobi Anno 1602).

<sup>14</sup> Vgl. Ruth-E. MOHRMANN: Vorwort. In: Barbara KRUG-RICHTER/Ruth-E. MOHRMANN (Hg.): Praktiken des Konfliktaustrags in der Frühen Neuzeit (= Schriftenreihe des Sonderforschungsbereichs 496: Symbolische Kommunikation und gesellschaftliche Wertesysteme 6). Münster 2004, S. 7f.

<sup>15</sup> Vgl. dazu: Arnold BEUKE: „In guter Zier und Kurtzweil bey der Naßen angetastet“. Aspekte des Konfliktaustrags in der Frühen Neuzeit. In: KRUG-RICHTER/MOHRMANN (wie Anm. 14), S. 119-129.

<sup>16</sup> Vgl. Ebd.

<sup>17</sup> Vgl. dazu auch: Martin DINGES: Formenwandel der Gewalt in der Neuzeit. In: Rolf Peter SIEFERLE/Helga BREUNINGER (Hg.): Kulturen der Gewalt. Ritualisierung und Symbolisierung von Gewalt in der Geschichte. Frankfurt/ New York 1998, S. 178.



gab. In der Regel griffen daher bei einem gewalttätigen Konflikt die Umstehenden in die Auseinandersetzung ein oder unterbanden diese.<sup>18</sup> Die Zeitgenossen sprachen in diesem Zusammenhang vom *frieden bieten*. Wurde in einer Streitsituation Frieden geschaffen, so war dieser von den Kontrahenten im Sinne der von allen Beteiligten verstandenen Konfliktsprache auch einzuhalten. Kam es in der Folge zu einer erneuten Anwendung von Gewalt, so stellte dies eine eindeutige Grenzüberschreitung dar, die dann auch am Zentgericht strenger sanktioniert wurde.<sup>19</sup> Nachdem in einer Auseinandersetzung für Frieden gesorgt worden war, erwartete man, dass diese Grenze, die man den Kontrahenten gesetzt hatte, auch eingehalten wurde.

### 3. Didaktischer Bezug

In Bezug auf die Oberstufe des Gymnasiums in Bayern orientiert sich die Ordnung der Lehrplanthemen an räumlichen Kategorien und geht vom „Nahen“ zum „Fernen“. Demnach stehen zu Beginn der 11. Jahrgangsstufe bezüglich des Raumes vorerst Land und Region im Mittelpunkt des Unterrichts und sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Ansätze, verknüpft mit Fragestellungen der Historischen Anthropologie und der Kulturgeschichte, dominieren die landesgeschichtlichen Betrachtungen zu Beginn der Unterrichtseinheit.<sup>20</sup> In dieser Lehreinheit sollen dezidiert die Menschen vergangener Zeiten in den Blick genommen und die Geschichte „von unten“, aus der Perspektive des Alltags, betrachtet werden.<sup>21</sup>

Eine vertiefende Beschäftigung mit dem Thema „Grenzen und deren Überschreitungen in Konflikten der frühneuzeitlichen Dorfgesellschaft“ ist eingebettet in die Unterrichtssequenz „Leben in der Ständegesellschaft des 15. bis 18. Jahrhunderts“<sup>22</sup>. Die SuS lernen im Zuge dessen nicht nur die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen in der ständisch geprägten Welt des Spätmittelalters und der Frühen Neuzeit kennen, sondern erfassen zudem auch Mechanismen, die zu ihrer Stabilisierung beitrugen.<sup>23</sup> Soziale Normen gehören beispielsweise zu eben solchen stabilisierenden Mechanismen.

Dem bayerischen Lehrplan zufolge wäre im Geschichtsunterricht zunächst das Thema „Menschen in der frühneuzeitlichen Ständegesellschaft“ zu behandeln. Die SuS lernen hierbei Gruppen sowie Rangordnungen der damaligen Gesellschaft kennen und erhalten somit einen ersten Einblick in das Denken und Handeln der Menschen in früheren Zeiten.<sup>24</sup> Das Thema „Ehre in der Frühen Neuzeit“ und dessen Bedeutung kann bereits an dieser Stelle im Zuge der Beschäftigung mit dem Status von Minderheiten, beispielsweise von Anhängern unehrlicher Berufe, behandelt werden. In den anschließenden Unterrichtsstunden lernen die Jugendlichen exemplarisch frühneuzeitliche Lebens- und Wirtschaftsformen sowie soziale Normen und Abhängigkeiten in der Stadt und im Dorf kennen und sollen in der Lage sein, diese vergleichen zu können. In Hinblick auf die in diesem Beitrag vorgestellte landesgeschichtliche Vertiefung ist es fundamental, dem ländlichen Raum hierbei einen thematischen Schwerpunkt zukommen zu lassen. In diesem Zusammenhang werden noch einmal vertiefend die Merkmale der Ständegesell-

---

<sup>18</sup> Vgl. dazu auch: BEUKE (wie Anm. 15), S. 152f.; Barbara KRUG-RICHTER: Konfliktregulierung zwischen dörflicher Sozialkontrolle und patrimonialer Gerichtsbarkeit. Das Rügegericht in der Westfälischen Gerichtsherrschaft Canstein 1718/19. In: Historische Anthropologie 5 (1997), S. 212-228, hier 222f.

<sup>19</sup> Vgl. StAWt G-Rep. 102 Nr. 5550 (Centgericht Zue Wertheim Dienstag Nach Philippi & Jacobi Anno 1602).

<sup>20</sup> Vgl. III Jahrgangsstufen-Lehrplan Jahrgangsstufe 11/12 Geschichte: <http://www.isb-gym8-lehrplan.de/contentserv/3.1.neu/g8.de/index.php?StoryID=26818>.

<sup>21</sup> Vgl. III Jahrgangsstufen-Lehrplan Jahrgangsstufe 11/12 Geschichte Leitidee 11.1: <http://www.isb-gym8-lehrplan.de/contentserv/3.1.neu/g8.de/index.php?StoryID=26853>.

<sup>22</sup> III Jahrgangsstufen-Lehrplan Jahrgangsstufe 11/12 Geschichte.

<sup>23</sup> Vgl. III Jahrgangsstufen-Lehrplan Jahrgangsstufe 11/12 Geschichte.

<sup>24</sup> Vgl. dazu: II Fachprofil Geschichte.



schaft, und im Zuge dessen, die Bedeutung sozialer Normen aufgegriffen und den SuS verdeutlicht. In der darauffolgenden Unterrichtsstunde geht es darum, die Frage nach der Normierung bzw. der Kontrolle des Alltags der damaligen Menschen durch kirchliche und weltliche Obrigkeiten zu beantworten. Anschließend erfolgt die Unterrichtsvertiefung, bei der die Lektüre des Quellenmaterials einen thematischen Schwerpunkt darstellen soll. Die Bearbeitung des Archivmaterials muss natürlich durch die Lehrkraft vorstrukturiert und ggf. muss beim Entziffern der alten Schrift professionelle Unterstützung in Anspruch genommen werden. Die frühneuhochdeutsche Transkription kann den SuS – zumindest im Fall des hier verwendeten Quellenmaterials – aber durchaus zugemutet werden. Weiterhin ist es unerlässlich, den SuS für die Erarbeitung eine gezielte Fragestellung vorzugeben. So ist aus den Quellen herauszuarbeiten, welche Personen in den Konflikt verwickelt waren und welche Rollen ihnen dabei zukamen; außerdem soll das Augenmerk auf den Verlauf der beiden Auseinandersetzungen gelegt werden, um die jeweiligen Unterschiede, auch hinsichtlich der Urteile, zu erkennen. Zudem ist der Frage nachzugehen, welche Rolle die Ehre in den beiden Konflikten spielte.

Durch die Arbeit mit den Quellen schulen die SuS einerseits ihre Methodenkompetenz, andererseits sollen sie erkennen, dass das Leben der damaligen Menschen nicht nur durch Verordnungen der Obrigkeiten normiert war, sondern dass auch informelle soziale Normen das Zusammenleben regulierten. Das heißt, dass den Jugendlichen verdeutlicht wird, dass Normen in der Vormoderne nicht nur von den Obrigkeiten bestimmt und kontrolliert und Konflikte nicht allein von den Herrschern geschlichtet, sondern zunächst von primären „face-to-face-Gesellschaften“, also beispielsweise innerhalb der Dorfes oder der Nachbarschaft behandelt wurden. In einer Auseinandersetzung duldete man bestimmte Verhaltensweisen bis zu einer gewissen „Grenze“; kam es zu einer Überschreitung derselben, wurde beispielsweise *über frieden geschlagen*, so zog dies auch eine dem jeweiligen Verhalten entsprechende Reaktion nach sich, da den damaligen Menschen offensichtlich an einem friedlichen Zusammenleben gelegen war.

Vor allem der Unterricht in der Oberstufe, so heißt es auf der Ebene des Fachprofils im bayerischen Lehrplan, kann mithilfe lokal- oder regionalgeschichtlicher Themen den Jugendlichen eine unmittelbar berührende Vorstellung von geschichtlichen Sachverhalten vermitteln. Im Umgang mit der Geschichte im Allgemeinen sollen die SuS ein Verständnis für die unterschiedlichen Lebensformen und Mentalitäten der Menschen in vergangenen Zeiten und damit auch für fremde Kulturen der Gegenwart entwickeln, da dies eine wichtige Voraussetzung für ihr eigenes Leben in einer von vielfältigen kulturellen Einflüssen geprägten Gesellschaft darstellt.<sup>25</sup> Durch die Beschäftigung mit Zentgerichtsakten und den darin enthaltenen Informationen kann den SuS ein solches Verständnis sicherlich sehr gut vermittelt werden, da das Quellenmaterial aufgrund seines Detailreichtums einen überaus anschaulichen Einblick in vergangene Lebenswelten eröffnet und den SuS somit einen Zugang zu den Erfahrungen der damals sonst oft sprachlosen Bevölkerungsschichten ermöglicht.

## 4. Anhang

### 4.1. Archivalien

StAWt G-Rep. 102 Nr. 534

*hans im hoff und hans derdinger haben ein rüg für bracht, wie der müller von Brünnbach und der müller von deilbach mit Einander ins wirtzs haus gezecht, und mit Einander zu streit worden deß malzes halben, hat der müller von Brunnbach gesagt, zu dem von deilbach, wue hastdu dein handwerck gelernt, hat der gesagt ich habs bei meinem vatter gelernt Zwey Jar uf dem müel handwerck und Zwey uf dem Becken handwerck Ich kann uf legen, leg du auch uf wie du gelernt hast, sagt der müller von Brünnbach wie gefelt dir daß Ich wiel zu wegen bringen du*

---

<sup>25</sup> Vgl. II Fachprofil Geschichte.

*solst nimmer uf die höff oder ins Closter faren und in die müllen hollen, so sagt der von deilbach, so viel ichs mein herren anzeigen du solst auch nimmer ghen Reicholzheim faren dastu zur müllen holst, sagt der müller zu Brünnbach, das dorff ist meiner herrn von Brünnbach sagt der müller von deilbach du leugst wie ein schelm, wan du das redst, sagt der von Brünnbach wieder, du leugst, wie ein strassen räuber und ein kinder Morder, und uber einander und Ahn Einander geschlagen, do hat man gemerckt und friedt gebotten, [...]*

*Ist gerücht worden den 16 augustii anno 1601 zu Reicholzheim*

StAWt G-Rep. 102 Nr. 5550

*Zendgericht Montags Nach Laurentii Anno 1601 Zur Wertheim*

*Adam Otto Müller Zur Theilbach i gerichtsbuß weil er hans Rachen Müllers Zur Brunbach wie ein schelm liegen heissen*

*hingegen soll bemelter Müller Zue Brunnbach uff ihme Adam Ottho zwischen hier und der Nehern Zend mit recht erweisen das er lige wie ein strassen räuber und i kinds Mörder, oder sol solches gegen Me(inen) g(n)e(digen) He(rrn) verbüssen<sup>26</sup>*

StAWt G-Rep. 102 Nr. 535

*Es hatt sich zugetragen und begeben, kürzlich nach Lichtmeß, diß 1602 Jar hatt die Nachpahr Schafft<sup>27</sup> Zu Urffar Ein gemeihnen tag gehalten, uff dem Rath hauß, in dem do die Nachpahr getruncken, kömpft Stoffel Meckenwein und Linhardt Flegler, mitt worden zu samen und stoßen, ein ander mit den henden uff der Banck, greifte Linhardt flegler Stoffel Meckenwein, mit der handt an Bart und wickelt das har ümb die finger, spricht Michael am Endt was wollt ir do mach haltt friedt so lieb Euch mein Herr ist, Inn dem schmeist Stoffel Meckenwein, Linhardt flegler mitt der faust ins gesicht, aber Linhardt flegler schmeist in nicht wider, sondern spricht zu Michael amEndt, merck mir das, Stoffel hatt mich uber fridt geschmisen, Brings hin wo es hin gehört [...]*

*Das Bring ich Michael AmEndt für Ein Ruch*

StAWt G-Rep. 102 Nr. 5550

*Centgericht Zue Wertheim Dienstag Nach Philippi & Jacobi Anno 1602*

*Die weil Stoffel Meckenwein zue Urffar Linhard Flegler daselbsten über frieden geschlagen weisen ihn die Schöffen me(inem) g(n)e(digen) he(rrn) heim*

---

<sup>26</sup> Der Fall wurde während der folgenden Zentgerichtstermine nicht mehr aufgegriffen; konnte ein Kontrahent die ausgesprochenen Vorwürfe nicht nachweisen, beispielsweise durch Zeugenaussagen, so erhielt er am Wertheimer Zentgericht in der Regel eine Geldbuße.

<sup>27</sup> Mit dem Begriff „nachbar“ als rechtshistorischem Terminus wird unter anderem diejenige rechtstragende Personengruppe bezeichnet, die im Dorf für die Regelung der Probleme des Zusammenlebens verantwortlich war, diese umschloss somit nicht den gesamten Personenverband einer Gemeinschaft. Vgl. dazu: Karl-Siegfried KRAMER: Nachbar, Nachbarschaft. In: HRG III (1984), Sp. 813.

#### 4.2. Vorschlag für thematische Schwerpunkte einzelner Stunden der Unterrichtssequenz<sup>28</sup>

Stunde	Thema
1 – 2	Leben in der frühneuzeitlichen Ständegesellschaft
3	Politisch-soziale Ordnung in der Stadt
4 – 5	Politisch-soziale Ordnung auf dem Land
6	Normierung und Kontrolle der Alltagswelt durch kirchliche und weltliche Obrigkeiten
7 – 8	Quellenarbeit Bedeutung der Ehre in der Frühen Neuzeit Normierung und Kontrolle der Alltagswelt durch soziale Normen

<sup>28</sup> Die Unterrichtssequenz orientiert sich hinsichtlich der Stundenthemen 1-6 an folgendem Schulbuch: Forum Geschichte 11 Bayern. Berlin 2014.

# Landesparlamentarismus nach 1945 als Gegenstand der wissenschaftlichen Forschung – ein Thema auch für die Schule?

Von Michael Kitzing

## Einleitung

*Die Lage war trostlos. Es gab keine Rohstoffe, wegen der zerstörten Brücken keinen Verkehr auf Strasse und Schiene, keine Post, kein Fernsprechverkehr, keine Elektrizitätsversorgung, keinen Bahnverkehr und vor allem fehlten auch männliche Arbeitskräfte.*<sup>1</sup>

Mit diesen Worten charakterisierte Eduard Hirsch, damals kommissarischer, von der amerikanischen Besatzungsmacht eingesetzter, Landrat von Schwäbisch Hall, die Lage in seinem Amtsbezirk. So stellten die ersten Wochen nach der amerikanischen Besetzung einen reinen Überlebenskampf dar. Hirsch sah sich vor die Aufgabe gestellt, Kriegsschäden notdürftig reparieren zu lassen, was jedoch nur mit Holz möglich war, da Backsteine beschlagnahmt wurden. Das Holz musste aus den Forsten des Fürsten von Hohenlohe-Waldenburg organisiert werden, die zur Verarbeitung notwendigen Drahtstifte konnte Hirsch mit einigem Glück im Landkreis Aalen „organisieren“. Gleichzeitig musste er Schnittholz regelrecht verschwinden lassen, damit es nicht von den Amerikaner requiriert wurde und schließlich druckte der Landkreis sogar sein eigenes Geld – Reichsmarkscheine, für deren Einlösung das Landratsamt bürgte, um in anderen Kreisen Textilien, Benzin und Reifen einkaufen zu können, Letztere waren notwendig, um im Sommer 1945 die Ernte einzubringen. Gleichzeitig gab der Kreis Schwäbisch Hall Wolle und Milchprodukte ab. In der damaligen Situation drohten Grenzen nicht eingerissen zu werden, sondern vielmehr neu zu entstehen. Kreise schotteten sich voneinander ab und waren primär aufs eigene Überleben bedacht.

Dieser regelrechte Kreisegoismus konnte erst mit einem Treffen der 15 Landräte Nordwürttembergs am 20. Juni 1945 überwunden werden.<sup>2</sup> Auf Vorschlag des Landrates von Backnang, Dr. Rienhardt, und unter ausdrücklicher Billigung der amerikanischen Besatzungsmacht besprachen sich die Landräte und deren Assistenten über die von Hirsch genannten Probleme, wobei eine überaus rege Diskussion entstand, sodass der spätere Ministerpräsident, Reinhold Maier, zu der Feststellung kommen konnte: *Diese erste Zusammenkunft lief nach demokratischen Spielregeln ab und die Debatte stand auf einem hohen Niveau.*<sup>3</sup> – Auch vom ebenfalls anwesenden Vertreter der Amerikaner wurde diese Einschätzung geteilt.<sup>4</sup>

Die in den folgenden Monaten institutionalisierte Zusammenkunft der Landräte wird heute allgemein als Vorläufer des Landkreistages von Baden-Württemberg, aber gleichzeitig auch als parlamentarischer Neubeginn in Württemberg-Baden, in der amerikanischen Zone, ja in der gesamten westdeutschen Bundesrepublik, angesehen.<sup>5</sup> Tatsächlich kam es bereits im Januar 1946 in Stuttgart zur Einberufung einer vorläufigen Volksvertretung, im Februar legte die Besatzungsmacht Ministerpräsident Reinhold Maier einen genauen Fahrplan vor für die Einberufung einer Verfassunggebenden Landesversammlung, die Ausarbeitung einer Verfassung und

---

<sup>1</sup> Eduard HIRSCH: Meine Tätigkeit im Landratsamt Schwäbisch Hall. In: Landkreisnachrichten 24 (1985), Heft 2, S. 51-52, hier: S. 51; zum Folgenden ebd.

<sup>2</sup> gl. Reinhold MAIER: Ein Grundstein wird gelegt. Die Jahre 1945-1947. Tübingen 1964, S. 93.

<sup>3</sup> Ebd. S. 97f. – Zu den Landrätekonferenzen vgl. auch Josef WEIK: Der Landtag von Baden-Württemberg und seine Abgeordneten von 1952-1988. Stuttgart 1988, S. 17-25; Paul SAUER: Die Landrätekonferenzen des Jahres 1945: Demokratischer Neubeginn in Not und Elend. In: Landkreisnachrichten 24 (1985), Heft 2, S. 46-49.

<sup>4</sup> Südwest-Merkur 26. Juni 1970.

<sup>5</sup> Vgl. WEIK (wie Anm. 3), S. 21.

schließlich die Wahl eines ersten durch die Verfassung legitimierten Landtages. – Dieser Fahrplan konnte eingehalten werden. Als erstes Land der amerikanischen Zone verabschiedete Württemberg-Baden eine neue Verfassung. Diese wurde am 24. November 1946 im Rahmen eines Referendums von der Bevölkerung gebilligt, zugleich erfolgte die Wahl des ersten Landtages.<sup>6</sup>

Mit einiger Verspätung, da sich die Franzosen überaus reserviert gegenüber den Deutschen zeigten und nicht bereit waren, diesen derart schnell demokratische Mitwirkungsrechte zuzugestehen, erfolgte im April 1947 die Verabschiedung der beiden Verfassungen in den Ländern Baden und Württemberg-Hohenzollern.

In den Jahren 2015 – 2017 jährt sich somit der demokratische Neubeginn nach der NS-Herrschaft zum 70. Mal, was den Anlass für die Frage nach dem Landesparlamentarismus der Jahre nach 1945 als Gegenstand des Schulunterrichts bilden soll.

Im Folgenden soll nun der Frage nachgegangen werden, wie lässt sich die Parlaments- und Parteiengeschichte der Jahre ab 1945 in den Geschichts- und Gemeinschaftskundeunterricht integrieren? Welche Zugänge bieten sich hierfür an, mit deren Hilfe den Schülern die Schwierigkeiten des demokratischen Neubeginns vor dem Hintergrund der unmittelbaren Nachkriegsnot aufgezeigt werden können? Wie kann das Interesse der Schüler an diesem Thema geweckt werden und schließlich: Inwiefern bestehen Möglichkeiten für eine weitere Vertiefung und Anregungen zu eigenständiger Weiterarbeit?

Eine „konventionelle“ Hinführung zum Thema Parlamentsgeschichte im Unterricht bietet eine bereits aus dem Jahr 1982 stammende Quellensammlung von Paul Sauer, die sich mit der Parlamentsgeschichte Südwestdeutschlands vom Vormärz bis 1953 beschäftigt.<sup>7</sup> In einem eigenen Kapitel werden die Entwicklung der drei südwestdeutschen Nachkriegsländer sowie die Entstehung des Südweststaates behandelt. Die Quellensammlung bietet sich für den Unterricht insofern an, als Sauer in kurzen Texten in die Thematik einführt, die anhand von Bildquellen, Plakaten, Wahlprogrammen, Parlamentsberichten und Karten oder auch Zeitungsartikeln illustriert wird. Dabei kommen alle zentralen Fragen der Nachkriegszeit, wie Entstehung, Inhalt der Verfassungen der Jahre 1946-1953, die ersten Nachkriegswahlen, die Ziele der neu gegründeten politischen Parteien, das Verhältnis zwischen Parlament und Regierung bzw. Besatzungsmacht und schließlich die alltägliche Parlamentsarbeit zur Sprache.

Es lohnt sich, die Quellensammlung Sauers noch eigenständig zu ergänzen, dies kann bspw. geschehen durch die Lektüre von Parlaments- bzw. Zeitungsberichten über Grundsatzdebatten, so wie dies bspw. heute, im Anschluss an den Vortrag, u. a. anschaulich zu Debatten über die Südweststaatsgründung gemacht werden soll.

Vor allem aber sollen über das vielleicht etwas additive Aneinanderreihen von Quellen auch andere Zugänge zur Parlamentsarbeit vorgestellt werden. So ist im Folgenden zu überlegen,

---

<sup>6</sup> Zur Verfassung Württemberg-Badens und deren Entstehungsgeschichte vgl. Paul SAUER: Demokratischer Neubeginn in Not und Elend. Das Land Württemberg-Baden von 1945 bis 1952. Ulm 1978, S. 120-131.

<sup>7</sup> Paul SAUER (Bearb.): Baden-Württemberg. Bundesland mit parlamentarischen Traditionen. Dokumentation. Stuttgart 1982, hier speziell Kapitel IV. Die Wiedererrichtung des demokratischen Staates (1945-1953), S. 213-276. – Quellensammlungen zur Parlaments- und Parteiengeschichte der Nachkriegszeit vgl. Paul Ludwig WEINACHT/Tilman MAYER: Ursprung und Entfaltung christlicher Demokratie in Südbaden. Eine Chronik 1945-1981. Sigmaringen 1982, S. 283-315 (aus christdemokratischer Perspektive); Beate-Carola PADTBERG (Bearb.): Liberale im Südwesten seit 1945. Ein Lesebuch zum 50-jährigen Bestehen der FDP/DVP von Baden-Württemberg (Schriftenreihe der Reinhold-Maier-Stiftung 25). Konstanz 1995 (Liberale Perspektive). Entsprechende Quellensammlungen aus sozialdemokratischer oder für spätere Jahre aus grüner Perspektive liegen bedauerlicherweise nicht vor.

wie ausgehend von den einzelnen Abgeordneten das Interesse der Schüler für die Parlaments- und Parteiengeschichte der Nachkriegszeit geweckt werden kann.

## **1. Politik und Gesellschaft der Nachkriegsjahre im Spiegel von Lebenserinnerungen sowie Rechenschafts- und Tätigkeitsberichten von Landtagsabgeordneten**

Konzeptionelles Vorbild für eine biographische Annäherung an den Parlamentarismus der Nachkriegszeit ist der Ausstellungskatalog des Staatsarchivs Freiburg „Menschen im Krieg.“<sup>8</sup>.

Der Band vermittelt die Alltags-, Sozial- und Mentalitätsgeschichte, kurz die Lebens- und Erfahrungswelt der Menschen am Oberrhein während der Jahre 1914-1918, indem 32 Biografien aus dem Elsass bzw. Baden herausgegriffen werden. Unter den vorgestellten Persönlichkeiten findet sich das ganz individuelle Erleben des Ersten Weltkrieges auf der einen Seite von bekannten Politikern, Generälen oder Professoren, wie Friedrich Ebert, Adolf Geck, General Berthold v. Deimling oder Fritz Haber. Daneben werden aber auch eine Lernschwester aus einem Lazarett, Kriegsverwundete, eine Prostituierte, der Kommandant eines Lazarettzuges und schließlich die namenlosen Opfer eines Fliegerangriffs auf Freiburg vorgestellt. Mit einem Wort: Es wird die Perspektive auf das Weltkriegsgeschehen aus der Sicht von Menschen vorgestellt, die aus völlig verschiedenen Gesellschaftsschichten kamen, unterschiedlichen Milieus angehörten und auch ganz verschiedenartige berufliche Erfahrungen als Hintergrund hatten. – Genau dieser Ansatz lässt sich auch auf die Geschichte der südwestdeutschen Landtage der Nachkriegszeit anwenden. So haben wir hier Abgeordnete aus unterschiedlichen Gesellschaftsschichten, ja ganz unterschiedlichen Generationen: Der Landtagspräsident von Württemberg-Baden, Wilhelm Keil, war 1870 geboren, der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Badischen Landtag, Richard Jäckle, war Jahrgang 1913! Und natürlich hatten die Abgeordneten ganz unterschiedliche Erfahrungswerte aus der Weimarer Republik bzw. in der NS-Zeit: Der eine war ins „innere Exil“ gegangen und schlicht und ergreifend nicht aufgefallen, andere dagegen waren Mitglieder des Widerstandes und hatten ihr politisches Engagement für den demokratischen Staat mit Schutzhaft, Konzentrationslager oder Exil bezahlen müssen.

Beim Blick auf die Lebenswege, Selbstverständnis und Erfahrungswerte der Abgeordneten scheint es bspw. reizvoll, Schülern autobiografische Schriften der Parlamentarier<sup>9</sup> vorzulegen, die in vielen Fällen leicht greifbar und im Sprachduktus verständlich sind und in denen häufig bereits Auszüge ein sehr anschauliches Bild von den ganz persönlichen Eindrücken in den Jahren des Wiederaufbaus geben. Hierauf verweist bereits das Einleitungsbeispiel der Tätigkeit Eduard Hirschs als Landrat in Schwäbisch Hall, das anlässlich der 40. Wiederkehr der Landrätetagung in Murrhardt im Jahr 1985 entstanden ist. Wie schon erwähnt gab es auch in der französischen Zone in Anlehnung an das Beispiel Württemberg-Baden Landrätekongresse, freilich erst ab November 1945, von denen Hans Speidel, der von 1946-1966 Landrat in Hechingen

---

<sup>8</sup> Menschen im Krieg 1914-1918 am Oberrhein – Vivre en temps de guerre des deux côtés du Rhin 1914-1918. Deutschsprachige Ausgabe herausgegeben von Rainer BRÜNING und Laetitia BRASSEUR-WILD. Stuttgart 2014.

<sup>9</sup> Die Schwierigkeiten im Umgang mit der Quellengattung Autobiographie soll hier nicht eigens thematisiert werden. Selbstverständlich sind Schüler darauf hinzuweisen, dass Autobiographien aus der Erinnerung geschrieben und daher häufig lückenhaft sind und zudem eine ganz persönliche, je eigene Sicht des Geschehens widerspiegeln – und somit keine „objektive“ historische Darstellung sein können.

war, in einem Sammelband zur Geschichte des vormaligen Landes Württemberg-Hohenzollern berichtet.<sup>10</sup>

Als sehr anschaulich erweisen sich auch die (leider noch nicht veröffentlichten) Lebenserinnerungen des langjährigen CDU-Abgeordneten aus Pfullendorf im Freiburger bzw. Stuttgarter Landtag, Josef Vogt. Unter der Überschrift „Mein Weg in den Landtag“ beschreibt dieser, wie es im Linzgau beginnend auf der Gemeindeebene 1946 zum Neuanfang des demokratischen Lebens kam. Eingehend referiert Vogt über das Fehlen junger Männer in der Nachkriegsgesellschaft, über die politische Apathie – die Menschen hatten von Parteien genug oder waren als ehemalige NSDAP-Mitglieder politisch vorbelastet und gar nicht wahlberechtigt – und schließlich die Schwierigkeit, überhaupt Kandidaten für konkurrierende Parteien zu finden. Genauso thematisiert Vogt die Aufbauarbeit in seiner Partei, ja die Entwicklung der Parteienlandschaft in seinem Heimatkreis und die Ergebnisse der ersten Nachkriegswahlen. Auch das Verhältnis der Bevölkerung zu den Franzosen und die überaus starke Beanspruchung ihrer Zone durch die Franzosen sind Gegenstand der Erinnerungen Vogts, wie schließlich auch Konflikte mit der Besatzungsmacht über die Frage der Entnazifizierung. Genauso berichtet Vogt jedoch auch von Versuchen eines besseren wechselseitigen Verstehens und einer allmählichen Annäherung zwischen Franzosen und Deutschen im Zusammenhang mit der Verhärtung der Fronten im Kalten Krieg seit 1948.<sup>11</sup>

Eine ebenfalls geeignete Lektüre für den Schulunterricht stellen die Interviews von Hans Bausch mit dem nachmaligen Bundesfinanzminister Alex Möller, der zwischen 1946 und 1961 zu den dominierenden Persönlichkeiten im Landtag Württemberg-Baden/ Baden-Württemberg gehörte, und mit Gebhard Müller dar.<sup>12</sup> Die Gespräche entstanden anlässlich „runder“ Geburtstage beider Politiker, insbesondere das Gespräch mit Alex Möller gibt einen anschaulichen Einblick in die Tätigkeit eines Landesparlaments am Ausgang der 1940iger und Beginn der 1950iger Jahre. Alle im Landtag zentralen Themen lassen Bausch und Möller im Gespräch Revue passieren: Die Frage der Besatzungskosten genauso wie den Themenkomplex Entnazifizierung oder das Arbeitsklima in dem von Möller geleiteten Finanzausschuss. Schließlich lernt der Leser den von Möller formulierten Anspruch des Parlaments kennen, die Politik gestalten zu wollen, wogegen nach Überzeugung Möllers die Regierung lediglich ausführendes Organ sein sollte. – Warum eignet sich dieser Text nun für Schüler besonders? Durch die Gesprächsform führt Hans Bausch den Leser auf die Themen hin, ordnet die Aussagen Möllers leicht verständlich ein und fügt dort, wo es notwendig ist, Ergänzungen und Erläuterungen ein. Zudem kann der Text in Auszügen gelesen werden und wird durch eine Vielzahl von Bildquellen abgerundet, was den Anschauungswert erhöht.

Nur am Rande erwähnt Alex Möller in seinen Erinnerungen die äußerst einfachen Verhältnisse in den ersten Stuttgarter Parlamentsgebäuden, d. h. im Furtbachhaus und in der Heusteigstrasse. Dagegen informiert der Wangener Kirchenmaler, Konservator und Abgeordnete im Landtag

---

<sup>10</sup> Vgl. Hans SPEIDEL: Neubeginn von unten: Die Landkreise und Gemeinden. In: Max GOEGLER / Gregor RICHTER (Hg.): Das Land Württemberg – Hohenzollern 1945-1952: Darstellungen und Erinnerungen. Sigmaringen 1982, S. 47-80.

<sup>11</sup> Vgl. Lebenserinnerungen Josef VOGT, Familienarchiv Thomas Vogt/Pfullendorf; Kopie des hier beschriebenen Abschnitts im Besitz des Verfassers.

<sup>12</sup> Hans BAUSCH (Hg.): Alex MÖLLER: Blick zurück nach vorn: Ein Interview im Süddeutschen Rundfunk zum Thema Baden-Württemberg. Stuttgart 1983; Hans BAUSCH (Hg.): Gebhard MÜLLER blickt zurück: Der ehemalige Staatspräsident von Württemberg – Hohenzollern, Ministerpräsident von Baden-Württemberg und Präsident des Bundesverfassungsgerichts im Gespräch mit dem Intendanten des Süddeutschen Rundfunks Stuttgart, Hans Bausch, am 16. Mai 1980. Stuttgart 1980.

Württemberg - Hohenzollern, Josef Lutz, überaus umfangreich über die Arbeitsbedingungen des Landtages Württemberg – Hohenzollern im ehemaligen Kloster Bebenhausen.<sup>13</sup>

Seine überaus volkstümlich, in Form der Filserbriefe gehaltenen Erinnerungen, entstanden im Zusammenhang mit einem parlamentarischen Abend des Landtages von Württemberg - Hohenzollern. Lutz schildert dabei, wie er und sein Kollege, Albert Hartmann, aus Wangen unter äußerst einfachen Bedingungen in den Mönchszellen des ehemaligen Klosters untergebracht waren, genauso spiegeln sich in seinem Bericht die überaus karge Versorgungslage oder aber auch das Partei übergreifende Gemeinschaftsgefühl der Abgeordneten in den ersten Nachkriegsjahren wider. Zugleich gibt Lutz Charakteristiken bedeutender Persönlichkeiten, wie von Landtagspräsident Karl Gengler oder Staatspräsident Lorenz Bock. Anschaulich werden aber vor allem die Auseinandersetzungen mit der französischen Besatzungsmacht geschildert: Die überaus starke Beanspruchung des Landes durch die Franzosen, der Protest des Landtages gegen Entnahmen und Demontagen, der Versuch der Franzosen, öffentliche Kritik an ihrer Politik zu unterbinden und der anschließende Streik des Landtages von Württemberg-Baden. – Dieser konnte zwar erreichen, dass die Franzosen Landtagsprotokolle nicht mehr zensierten, dies bedeutet jedoch noch keineswegs das Ende der Demontagen. Besonders erschütternd ist schließlich die Schilderung, wie Staatspräsident Lorenz Bock aufgrund der Auseinandersetzungen mit den Franzosen buchstäblich „fertig“ war und kurze Zeit darauf einem Herzanfall erlag.

Zusammen mit der Lektüre der Erinnerungen Hartmanns lohnt ein Blick in die Notizen des Journalisten Peter Kustermann, der offizieller Landtagskorrespondent der Schwäbischen Zeitung war und ein ähnlich anschauliches Bild über die Verhältnisse in Tübingen - Bebenhausen gibt.<sup>14</sup> Mehr aber noch lohnt, gerade für Schulklassen, ein Besuch im Kloster Bebenhausen, wo der ehemalige Sitzungssaal im Winterrefektorium besichtigt werden kann, wie auch die Mönchszellen. Hier kann man sich vorstellen, wie für Lutz und Hartmann in ihrer gemeinsam bezogenen Zelle ein Nagel als Garderobe ausreichen musste oder der eine der beiden Abgeordneten im beheizten Winterrefektorium noch den politischen Diskurs mit anderen Kollegen suchte, während der jeweils andere sich bereits für die Nacht herrichtete.

Aus pädagogischer Sicht sehr zu bedauern ist, dass die anderen südwestdeutschen Parlamentsgebäude der Nachkriegszeit nicht derart intensiv in der Literatur beschrieben und auch für keinerlei museale Nutzung erschlossen sind.<sup>15</sup> Immerhin bemühte sich die Stuttgarter Zeitung im vergangenen Jahr in einer Artikelserie, auch einmal unbekannte, gleichwohl in der Geschichte der Stadt bedeutungsvolle Lokalitäten vorzustellen. In diesem Zusammenhang erschien ein kleinerer Artikel über das Furtbachhaus, in dem die Verfassunggebende Landesversammlung von Württemberg-Baden 1946 Quartier bezogen hatte.<sup>16</sup>

Neben dem Blick auf die hier angeführten Interviews und Lebenserinnerungen stellen Rechenschaft- und Tätigkeitsberichte von Oberbürgermeistern und Landräten der ersten Nachkriegsjahre eine überaus interessante Quelle für die Lektüre im Schulunterricht dar. – Zur Erläuterung muss an dieser Stelle erwähnt werden, dass sämtliche Landräte sowie die Oberbürgermeister

---

<sup>13</sup> Josef LUTZ, MdL, an „Maria Kirchenlicht, Abgeordnetensgattin (1951/1952), in: HStA Stuttgart Q 01/35 Bü 185; Vortrag des Abgeordneten Josef LUTZ in Briefform über den Landtag von Württemberg - Hohenzollern, beim Parlamentarischen Abend im Landtag am 18. Juli 1979, in: HStA Stuttgart Q 01/35 Bü 652; zusammenfassend vgl. Jeanette GODAU: Der Landtag von Württemberg - Hohenzollern in Bebenhausen (1947-1952). Aus den Erinnerungen eines Abgeordneten. In: Peter RÜCKERT (Red.): Landschaft, Land und Leute. Politische Partizipation in Württemberg 1457-2007. Stuttgart 2007, S. 67-70.

<sup>14</sup> Vgl. Peter KUSTERMAN: Als der Landtag in den Streik trat. In: Schwäbische Zeitung 10. November 1972.

<sup>15</sup> Zu Parlamentsgebäuden in Baden-Württemberg vgl. Günther BRADLER: Parlamentsgebäude in Baden-Württemberg. In: Beiträge zur Landeskunde 4 (1985), S. 9-13.

<sup>16</sup> Vgl. Dirk HERMANN: Festsaal im Furtbachhaus. Einst einer der schönsten Säle der Stadt. In: Stuttgarter Nachrichten 12. Oktober 2015.



der kreisfreien Städte kraft Amtes der ersten Vorläufigen Volksvertretung von Württemberg-Baden angehört haben, also gleichzeitig Landtagsabgeordnete waren, auch wurden gerade in den Gründungsjahrzehnten zahlreiche Kommunalpolitiker bei den ersten Wahlen erneut in den Landtag entsandt.<sup>17</sup> Dementsprechend werden an diesen Personen Schnittflächen zwischen kommunalen Fragen und den im Landtag behandelten Themen deutlich.

Besondere Aufmerksamkeit verdient bspw. eine Schrift des Ulmer Oberbürgermeisters Robert Scholl (Vater der Widerstandskämpfer Hans und Sofie Scholl) aus dem Jahr 1948, in der Scholl den Wiederaufbau in Ulm schildert und – das muss freilich dazu gesagt werden – um seine Wiederwahl als Oberbürgermeister wirbt.<sup>18</sup> Dennoch ist die Schrift aufschlussreich, der Leser erfährt hier über den Wiederaufbau in Ulm: Wie erfolgte die Entschuttung der Stadt, auch lernt der Leser die Strategie des Ulmer Oberbürgermeisters im Umgang mit Flüchtlingen und Heimatvertriebenen kennen: Scholl warb im Ulmer Sammellager bewusst Handwerker ab, die den Wiederaufbau voranbringen sollten. Dies war notwendig, da die ohnehin schwer zerstörte Stadt große Gebäudekapazitäten an die amerikanische Besatzung abgeben musste. Genauso geht Scholl jedoch auf Fragen der Wiederherstellung der Infrastruktur und des Verkehrswesens, der Wirtschaftsansiedelung im Zeichen des Wiederaufbaus oder auf den Neubeginn des kulturellen Lebens in der Stadt ein. Da Scholl sich darum bemüht, möglichst exakt Rechenschaft abzuliefern, zieht er auch gern andere südwestdeutsche Städte zum Vergleich heran, sodass der Blick über die Donaustadt hinausgeht auf den gesamten südwestdeutschen Raum.

Für den Schulunterricht ist es nun besonders interessant, die Schrift Scholls auf der einen Seite zu lesen (zumindest in Auszügen), gleichzeitig kann eine jüngst erschienene Publikation zum demokratischen Neubeginn in Ulm und zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in der Stadt, die gemeinsam vom Stadtarchiv Ulm und der KZ-Gedenkstätte Oberer Kuhberg erarbeitet wurde, vergleichend herangezogen werden.<sup>19</sup> Der reich bebilderte Band gibt einen Überblick vor allem über den Aufbau der Demokratie. In der Schrift begegnen dem Schüler auch viele Akteure aus dem Landtag – bemerkenswerter Weise war Ulm in diesem nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ prominent vertreten. Der Ulmer Stadtrat Franz Wiedemeier<sup>20</sup> (1890-1970, MdL 1946-1960 u. 1961-1964) war gleichzeitig 1948 bis 1952 Vorsitzender der CDU Landtagsfraktion in Stuttgart, dem Stuttgarter Parlament gehörten außerdem die Stadträte Hermann Wild (1884-1962, DVP, MdL 1946-1952) und der Mitherausgeber der Schwäbischen Donauzeitung Johann Weißer<sup>21</sup> (1893-1954, SPD, MdL 1946-1950) an. Gerade die Person Johann Weißers ist überaus interessant: Dieser steht für den Abwehrkampf der Sozialdemokratie gegen den Nationalsozialismus in der Endphase der Weimarer Republik und musste in den Jahren des Dritten Reiches mehrere Monate das Konzentrationslager auf dem Heuberg durchleben. Zudem wurde er, wie auch Wiedemeier, im Zusammenhang mit der Aktion Gewitter nach dem 20. Juli 1944 verhaftet. In der Nachkriegszeit stand er in Ulm für den Neubeginn der demokratischen Presse, genauso wie er im Stadtrat als Verfechter einer besonders scharf durchzuführenden Entnazifizierung hervortrat, wodurch er in Gegensatz zu Oberbürgermeister Scholl geriet. Letzterer betonte im Geiste der Versöhnung wirken zu wollen, gerade auch im Andenken an seine Kinder.

---

<sup>17</sup> Der LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG (Hg.): Stationen 1952-1992. Stuttgart 1992, S. 116.

<sup>18</sup> Robert SCHOLL: Zusammenbruch und Wiedergeburt einer Stadt: Berichte über den Wiederaufbau in Ulm. Ulm 1948.

<sup>19</sup> Marie-Christin HAUKE: Demokratischer Neubeginn nach 1945. In: Erinnern in Ulm. Ulm 2014, S. 9-80; sowie Thomas VOGEL: Auseinandersetzung um den Nationalsozialismus. In: ebd. S. 81-163.

<sup>20</sup> Zu Wiedemeier vgl. Frank RABERG: Wiedemeier Franz: Schreiner, Verwaltungsdirektor, MdR/Z, MdL/CDU. In: Baden-Württembergische Biographien 3 (2002), S. 454-457.

<sup>21</sup> Zu Weißer vgl. Michael KITZING: Weißer, Johann Matthias: Chefredakteur und Verleger, MdL/ SPD. In: Baden-Württembergische Biographien 5 (2013), S. 463-466.

## **2. Schüler recherchieren Abgeordnetenbiographien – besonders im Fokus: die Frauen in den Parlamenten**

Mit dem Hinweis auf Persönlichkeiten wie Scholl, Wiedemeier oder Weißer soll schließlich die Anregung für eine weitere Vertiefung hinsichtlich der Beschäftigung mit Abgeordneten durch die Schüler gegeben werden. So wäre es reizvoll, wenn Schüler sich darum bemühen, Lebensläufe von Abgeordneten der drei südwestdeutschen Landtage zu recherchieren. In den Lebensläufen dieser Abgeordneten spiegeln sich, wie im Falle Weißers, zentrale Aspekte der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert exemplarisch wider: Die Auseinandersetzung zwischen demokratischen Kräften und dem Nationalsozialismus in der Weimarer Republik, Schicksale von Widerstand und Verfolgung in der Zeit des Dritten Reiches und eben der demokratische Neubeginn nach 1945.

Nahe liegend ist es zuerst einmal, bei den Schülern bspw. in Form von Referaten eine Beschäftigung mit bekannten Politikern wie bspw. Leo Wohleb, Carlo Schmid oder Theodor Heuss anzuregen. Auch hier besteht die Möglichkeit durch den Blick auf derart herausragende Persönlichkeiten nicht nur Interesse für den südwestdeutschen Parlamentarismus der Nachkriegszeit bei Schülern zu wecken, sondern den Bogen weiter zu spannen, besonders im Falle Schmid und Heuss, die ja auch zentrale Bedeutung für die Entwicklung der frühen Bundesrepublik hatten. Der Blick der Schüler weitet sich automatisch von der südwestdeutschen auf die politische – und Verfassungsgeschichte der Bundesrepublik insgesamt.

Im Hinblick auf die zuletzt genannten Persönlichkeiten ist die Literaturlage für eine Bearbeitung innerhalb des Schulunterrichtes überaus günstig: So liegen bspw. für Wohleb als auch für Schmid Handreichungen der Landeszentrale für politische Bildung vor,<sup>22</sup> die einen schülergerechten Einstieg in die Materie ermöglichen. Zudem hat die Landeszentrale für politische Bildung im Jahr 2005 einen Band herausgebracht, in dessen Rahmen herausragende politische Köpfe des Südwestens im 20. Jahrhundert vorgestellt werden. Hierbei konnte die Landeszentrale renommierte Wissenschaftler gewinnen, die auf der Grundlage ihrer Forschungen jeweils acht bis zehnteilige Portraits bedeutender Demokraten in Baden und Württemberg verfassten. Unter den Portraits finden sich u. a. Abrisse zu Reinhold Maier, Gebhard Müller, Theodor Heuss, Carlo Schmid oder Eberhard Wildermuth<sup>23</sup>.

Zur Vertiefung des Lebensweges von Theodor Heuss bietet sich schließlich ein Besuch des Theodor-Heuss-Hauses am Stuttgarter Killesberg an. Selbstverständlich versteht sich das Theodor-Heuss-Haus als ein außerschulischer Lernort, an dem nicht nur der Lebensweg von Theodor Heuss dargestellt wird, sondern dieser in die deutsche Demokratiegeschichte im 20. Jahrhundert eingebettet wird.

---

<sup>22</sup> Tobias WÖHRLE: Leo Wohleb (1888-1955). Landeskundliches Faltblatt 11 (2008) – Menschen aus dem Land. Stuttgart 2008. Frank RABERG: Carlo Schmid (1896-1979). Landeskundliches Faltblatt 9 (2006) – Menschen aus dem Land. Stuttgart 2006. Die Faltblätter sind abrufbar im Internet auf <https://www.lpb-bw.de/faltblaetter.html>.

<sup>23</sup> Reinhold WEBER/ Ines MAYER (Hg.): Politische Köpfe aus Südwestdeutschland. (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 33). Stuttgart 2005. – Von Seiten der politischen Stiftungen hat die Reinhold Maier Stiftung noch ein kleines Bändchen zu liberalen Politikern der ersten Nachkriegsjahre vorgelegt. Die Artikel fallen hier jedoch deutlich kürzer aus, anders als bei der Landeszentrale werden hier jedoch auch Abgeordnete und Minister, die zumindest auf den ersten Blick in der zweiten Reihe stehen, portraitiert: So bspw. Margarete Fischer-Bosch, Otto Gönnerwein, Willy Stahl, Peter Brandenburg, Emmy Diemer – Nicolaus ... usw., vgl. REINHOLD-MAIER-STIFTUNG BADEN-WÜRTTEMBERG (Hg.): Liberale und Demokraten der ersten Stunde (Schriftenreihe der Reinhold-Maier-Stiftung 35). Stuttgart 2013. Vergleichbare Publikationen zu christ- oder sozialdemokratischen Landespolitikern von Seiten der Adenauer- oder Ebert-Stiftung liegen bedauerlicherweise nicht vor.

Über prominente Persönlichkeiten wie bspw. Theodor Heuss hinaus ist es natürlich schwierig, und nicht in allen Fällen möglich, zu den knapp 480 Landtagsabgeordneten der Jahre zwischen 1946 und 1952 Material zu finden, vor allem solches, das sich für eine Aufbereitung im Schulunterricht eignet. Dennoch: für rund die Hälfte der Abgeordneten liegt grundsätzlich Literatur vor. Sicherlich vom Anspruchsniveau her einerseits wissenschaftlich, andererseits allgemeinverständlich sind die Artikel der Reihen Badische -, Württembergische - und Baden-Württembergische Biographien. Diese sind mit maximal drei bis vier Seiten vom Umfang her überschaubar, verzichten bewusst auf einen aus Schülersicht nicht ergiebigen Anmerkungsapparat, geben gleichwohl weiterführende Literaturhinweise, sodass auf diese Weise zu weiterer Lektüre angeregt werden soll.

Reizvoll wäre es nun, gerade dort, wo wissenschaftliche Regionalbibliotheken vorhanden sind oder große Stadtarchive über eine zeitgeschichtliche Sammlung (in der Regel Zeitungsartikel) verfügen, Schüler zu motivieren, selbst in Literatur und gedruckten Quellen nach den Lebensläufen von lokalen Abgeordneten zu „fahnden“.

Eine Parlamentariergruppe sollte im Unterricht schließlich besonders in den Fokus gerückt werden: Die weiblichen Abgeordneten der ersten Nachkriegsjahre. Heute ist es erklärtes Ziel aller Parteien, das politische Engagement von Frauen zu fördern. Dies war in den ersten Nachkriegsjahrzehnten keineswegs selbstverständlich. Im ersten Landtag von Baden-Württemberg des Jahres 1952 gab es gerade einmal acht weibliche Abgeordnete, bis 1968 sollte deren Zahl auf zwei absinken<sup>24</sup>!

Gerade aufgrund der geringen Anzahl sollten die wenigen weiblichen Abgeordneten eine Würdigung auch im Schulunterricht erhalten: Was war deren Motivation für ein politisches Engagement, für welche Ziele haben sie sich eingesetzt, warum kam es in den seltensten Fällen zu einer Wiederwahl?

Besonders günstig ist die Literaturlage zu Elly Heuss-Knapp, die erste First Lady der Bundesrepublik, die in den Jahren 1946-1949 dem Landtag von Württemberg-Baden angehört hat. Elly Heuss-Knapp hat in diesen Jahren bei der Organisation von Schulspeisungen mitgewirkt, genauso wie sie sich die Sorgen Jugendlicher im Allgemeinen zu Eigen gemacht hat und sich für die Bearbeitung neuer Schul- und Jugendbücher frei von nationalsozialistischem Gedankengut engagiert hat – ein schöner Anknüpfungspunkt für den Unterricht. Ihr gesellschaftlicher Einsatz war breit gelagert: „Sie reformierte das Schulwesen, brachte Wohnungsbauprogramme auf den Weg und half ein Krankenkassenwesen aufzubauen.“<sup>25</sup> Den Höhepunkt ihrer sozialen und politischen Tätigkeit bildete ohne Zweifel an der Seite ihres Mannes der Aufbau des Müttergenesungsheimes, dessen Schirmherrin sie ab 1951 wurde.

Über Elly Heuss-Knapp ist zuletzt u. a. ein kurzer Artikel in dem Sammelwerk „Stuttgarts starke Frauen“ erschienen, packend und flüssig geschrieben.<sup>26</sup> Die Autorin Gabriele Katz wirft zunächst ein Schlaglicht auf die gerade dargestellte politische und soziale Arbeit von Elly Heuss-Knapp in den ersten Nachkriegsjahren, um dann deren gesamten Lebensweg zu entwickeln: Das Bild einer liberalen, gebildeten und gesellschaftlich engagierten jungen Frau zwischen Kaiserreich, Ersten Weltkrieg und Weimarer Republik, deren politisches Engagement mit dem Einbruch des Nationalsozialismus jäh beendet wurde.

---

<sup>24</sup> Der LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG Stationen 1952-1992 (wie Anm. 17), S. 121.

<sup>25</sup> Gabriele KATZ: Elly Heuss-Knapp (1881-1952). Vielmehr als eine First Lady. In: DIES.: Stuttgarts starke Frauen. Darmstadt 2015, S. 226-236, hier: S. 228.

<sup>26</sup> Ebd.

Die Beschäftigung mit Elly Heuss-Knapp muss jedoch nicht nur auf die Lektüre im Schulunterricht beschränkt werden, auch hier bietet sich eine Führung im Theodor-Heuss-Haus am Feuerbacher Weg in Stuttgart an, zumal die Stiftung Bundespräsident Theodor Heuss-Haus Führungen speziell mit dem Themenschwerpunkt „Was Frauen stark macht. Lehrerin - Werbefachfrau-First Lady: Elly Heuss-Knapp 1881-1952“ anbietet.<sup>27</sup>

Die Ausstellung präsentiert zunächst Elly Heuss-Knapp als junge, auf dem Feld der Sozialpolitik engagierte Frau im Umfeld Friedrich Naumanns.<sup>28</sup> Es wird deutlich: Hier hat eine junge Frau einen für ihre Zeit durchaus ungewöhnlichen Lebensweg eingeschlagen. Sie ist emanzipiert, sie gibt Unterrichtskurse für andere Frauen zu wirtschafts- und sozialpolitischen Themen, sie führt mit ihrem Ehemann eine Beziehung auf Augenhöhe, beeinflusst dessen literarisches Schaffen, lektoriert dessen Publikationen. Bereits in dieser Lebensphase, d. h. im Kaiserreich und im Ersten Weltkrieg, ist das Engagement auf den Themengebieten angelegt, denen sie sich als Parlamentarierin und als First Lady besonders widmen wird. – Einen weiteren Schwerpunkt legt die Ausstellung zudem auf die berufliche Tätigkeit von Elly Heuss-Knapp in den Jahren des Dritten Reiches, als sie in der Werbebranche tätig ist,<sup>29</sup> aufgrund des faktischen Publikationsverbotes für ihren Mann für den Unterhalt der Familie aufkommen muss und in der Werbebranche, zunächst in der Radiowerbung und schließlich in der Kinowerbung, Akzente setzt und zu deren Professionalisierung beiträgt. – Über den Bereich Parlamentarismus hinaus haben Schüler in der Ausstellung die Möglichkeit, die Chancen, aber auch Schwierigkeiten, im Leben einer sozial und politisch engagierten Frau in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts kennen zu lernen. Das Theodor-Heuss-Haus bietet jedoch nicht nur Themen orientierte Führungen zu Elly Heuss-Knapp, sondern ist durchaus offen für Unterrichtsformen, die als Dialog angelegt sind. Überaus reizvoll erscheint es bspw., gemeinsam mit den Schülern einmal in Briefen von Elly Heuss-Knapp zu lesen, in denen sie auch über ihre politische Arbeit und die Situation der Jahre nach 1945 nachdenkt.

Von den übrigen Parlamentarierinnen der Nachkriegszeit hat bislang lediglich die Schriftstellerin und Pazifistin Anna Haag in stärkerem Maße Aufmerksamkeit gefunden.<sup>30</sup> Diese brachte im Landtag von Württemberg-Baden eine Gesetzesvorlage ein, mit der sie sich – zu ihrer Enttäuschung – erst nach kontroverser Diskussion durchsetzen konnte: Sie hatte das Recht der Verweigerung auf Kriegsdienst beantragt, dies fand bekanntlich in leicht abgewandelter Form Eingang ins Grundgesetz.

---

<sup>27</sup> Zu Elly Heuss-Knapp aus liberaler Perspektive vgl. zudem Jürgen FRÖLICH: Elly Heuss-Knapp 1881-1952. „Sie sind ein Stück Frauenbewegung und ein Muster für andere“. In: Irmgard SCHWAETZER (Hg.): Die liberale Frauenbewegung – Lebensbilder. Berlin 2007, S. 111-122.

<sup>28</sup> Vgl. Thomas HERTFELDER/Christiane KETTERLE (Hg.): Theodor Heuss. Publizist – Politiker – Präsident. Begleitband zur ständigen Ausstellung im Theodor-Heuss-Haus. Stuttgart 2003, S. 67-71.

<sup>29</sup> Ebd., S. 121-123.

<sup>30</sup> Maja RIEPL-SCHMIDT: Die Friedensfrau: Anna Haag geb. Scheich. In: Dies.: Wider das verkochte und verbügelte Leben. 02. Aufl. Tübingen 1998, S. 247-254 und 313 (mit weiteren Angaben); als Lektüre für den Schulunterricht kommen sicherlich auch (auszugsweise) die Lebenserinnerungen von Anna Haag in Frage. Anna HAAG: Leben und gelebt werden. Erinnerungen und Betrachtungen, herausgegeben v. Rudolf HAAG. Tübingen 2003.

Zu allen übrigen Parlamentarierinnen liegt freilich ein gemeinsam vom Landtag und der Landeszentrale für politische Bildung angeregtes, von Ina Hochreuther bearbeitetes, knappes Handbuch vor.<sup>31</sup> Dieses stellt einen größeren Zusammenhang her und portraitiert die Arbeit von Parlamentarierinnen von der Weimarer Zeit bis zur Gegenwart. Damit ist auch eine knappe Basis gegeben, um weitere Recherchen von Schülerinnen und Schülern anzuregen, zumal auch in den letzten Jahren viele Darstellungen zur Geschichte der ersten Nachkriegsjahre der Frage nach der Rolle von Frauen in der Politik ein je eigenes Kapitel gewidmet haben.<sup>32</sup> Besonders hervorgehoben werden können dabei die Arbeiten von Maja Riepl-Schmidt<sup>33</sup>, die sich auf Portraits politisch und gesellschaftlich engagierter Frauen spezialisiert hat, sowie ein Sammelband zu Frauen im Stuttgarter Gemeinderat<sup>34</sup> der ersten Nachkriegsjahre.

## **Zusammenfassung und Ausblick**

Angesichts der 70. Wiederkehr von Weltkriegsende, demokratischem Neubeginn und den ersten Verfassungen der Nachkriegszeit erscheint es lohnend, sich auch im Schulunterricht einmal mit dem Thema Landesparlamentarismus nach 1945 auseinanderzusetzen.

Einen besonders interessanten Zugang zu diesem Thema bilden autobiographische Quellen ehemaliger Abgeordneter, die einen anschaulichen, wenn auch subjektiven, Spiegel der politischen und sozialen Verhältnisse der ersten Nachkriegsjahre gegeben. Dies gilt in besonderem Maße für die Erinnerungen des Kirchenmalers und Abgeordneten im Landtag Württemberg – Hohenzollern Josef Lutz, der ein überaus plastisches Bild der Arbeitsverhältnisse im Landtag Bebenhausen, das Verhältnis der Abgeordneten zueinander und der Schwierigkeiten im Umgang zwischen französischer Besatzungsmacht und deutscher Bevölkerung nachzeichnet. Subjektive Erinnerungen bilden somit einen Einstieg in die Materie insgesamt, vertiefen lässt sich dieser an Hand von Rechenschaftsberichten von Bürgermeistern und Landräten, die in den ersten Nachkriegsjahren vielfach gleichzeitig dem Landesparlament angehört haben.

Einen anderen Zugang bildet der Auftrag an die Schüler, selbst nach Viten von Abgeordneten zu „fahnden“, wofür die Voraussetzungen in der Literatur durchaus günstig sind. Neben dem Blick auf die Abgeordneten des je eigenen Kreises sowie auf besonders prominente Politiker, für die die Arbeit in einem Landesparlament zum Sprungbrett für eine bundespolitische Karriere werden sollte, sind vor allem die Frauen in den ersten Landtagen von besonderem Interesse. Vielfältige Möglichkeiten der Lektüre oder des Besuches eines außerschulischen Lernortes (unter Mitwirkung der Schüler), ergeben sich bspw. im Hinblick auf Elly Heuss-Knapp.

Im Übrigen bildet neben dem Kloster Bebenhausen und dem Theodor-Heuss-Haus in Stuttgart auch noch das Hauptstaatsarchiv Stuttgart einen außerschulischen Lernort. Auch hier werden Themen bezogene Führungen angeboten, in deren Rahmen nicht nur die Arbeit eines Archivs vorgestellt wird, sondern auch bestimmte Archivalien präsentiert werden können. Da das Hauptstaatsarchiv bereits mehrfach Ausstellungen zum demokratischen Neubeginn nach 1945

---

<sup>31</sup> Ina HOCHREUTHER: Frauen im Parlament. Südwestdeutsche Parlamentarierinnen von 1919 bis heute. Aktualisierte und fortgeschriebene Aufl. Stuttgart <sup>3</sup>2012. – Seitens der Landeszentrale für politische Bildung wurde schon vor etwas längerer Zeit der Band herausgebracht: Birgit KNORR/Rosemarie WEHLING (Hg.): Frauen im deutschen Südwesten (Schriften zur politischen Landeskunde Südwestdeutschland 20). Stuttgart 1993. – Auch diese Veröffentlichung enthält knappe, für Schüler gut lesbare biographische Abrisse südwestdeutscher Parlamentarierinnen.

<sup>32</sup> Vgl. u. a. HAUKE (wie Anm. 19), S. 61-65 (Abschnitt: „Frau sein, heißt politisch sein“ – Frauen und Demokratie).

<sup>33</sup> RIEPL-SCHMIDT (wie Anm. 30).

<sup>34</sup> Ursula SCHLEICHER-FAHRION: Trümmerfrauen der Kommunalpolitik: Frauen im Stuttgarter Gemeinderat 1945-1960. Stuttgart 2013.

und zu den damit verbundenen Persönlichkeiten organisiert hat,<sup>35</sup> sollte es durchaus möglich sein, Objekte aus dieser Zeit und diesem thematischen Zusammenhang zu präsentieren. Die Vorstellung der Objekte kann dabei von den Schülern übernommen werden, sodass auch hier ein Dialog zwischen Archivar und Schülern entstehen kann.

---

<sup>35</sup> Reinhold Maier: 1889-1971; Ausstellungskatalog des Hauptstaatsarchivs Stuttgart zum 100. Geburtstag des ersten Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg im Rathaus Schorndorf. Stuttgart 1989; Gebhard Müller: 1900-1990; Christ-Jurist-Politiker; Katalog zur Wanderausstellung des Hauptstaatsarchivs Stuttgart. Stuttgart 2000.

## **AUTORINNEN UND AUTOREN**

Dr. Christoph Bittel, Edelfinger Str. 24, 97980 Bad Mergentheim,  
christoph.bittel@gmx.de

Prof. Dr. Gerhard Fritz, PH Schwäbisch Gmünd, Oberbettringer Str. 200,  
73525 Schwäbisch Gmünd,  
Gerhard.Fritz@ph-gmuend.de

Michaela Grund, Marktplatz 1, 97244 Bütthardt,  
Mi.Grund@gmx.de

Ngozi Heidelberger-Josiah, Gutleuthausstr. 12, 76275 Ettlingen,  
NgoziHeidelberger@web.de

Dr. Michael Kitzing, Samlandstr. 31, 78224 Singen,  
Michael.kizing@gmail.com

Prof. Dr. Frank Meier, PH Karlsruhe, Bismarckstr. 10, 76133 Karlsruhe  
Frank-Meier@ph-karlsruhe.de

Jessika Sita, PH Schwäbisch Gmünd, Oberbettringer Str. 200, 73525 Schwäbisch Gmünd,  
Jessika.Sita@gmail.com